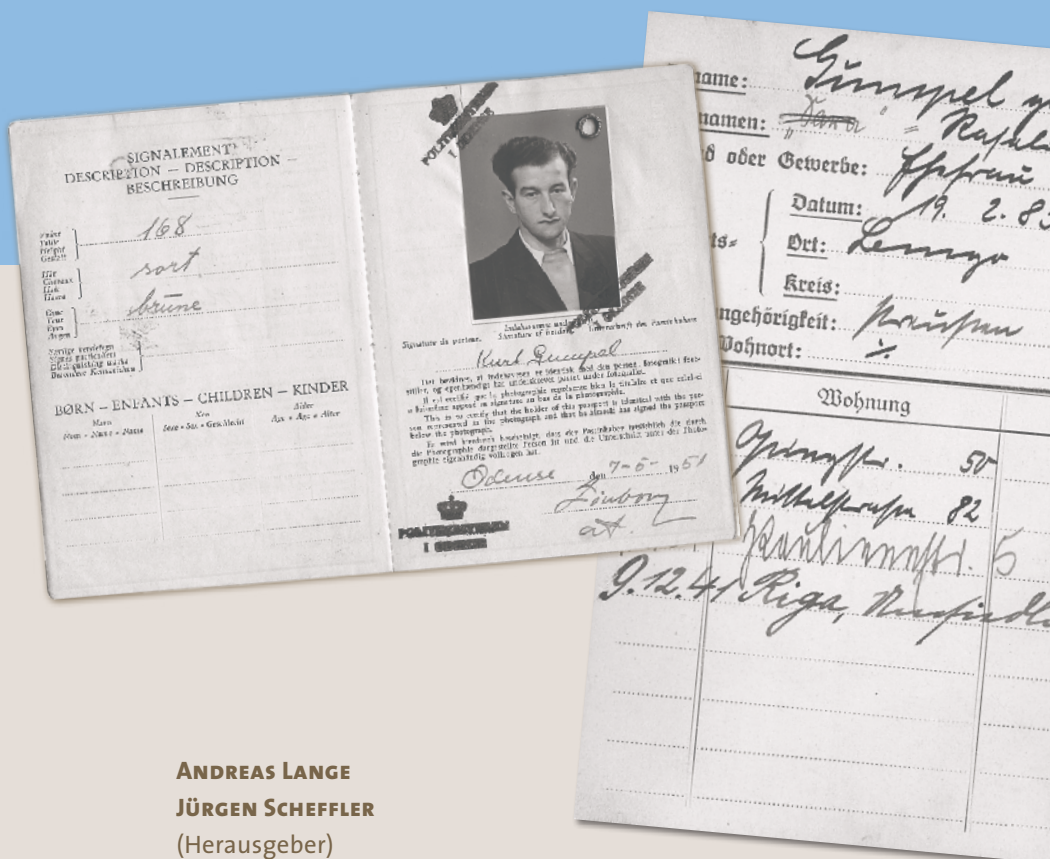


DER FAMILIE GUMPEL

AUF DEN SPUREN DER FAMILIE GUMPEL

BIOGRAFISCHE ZEUGNISSE
ALS QUELLEN ZUR JÜDISCHEN
GESCHICHTE IM 20. JAHRHUNDERT



ANDREAS LANGE
JÜRGEN SCHEFFLER
(Herausgeber)

Verlag für Regionalgeschichte

Auf den Spuren der Familie Gumpel

v|rg

GUSTAV GUMPEL - LEMGO IN LIPPE

MANUFAKTURWAREN & BETTEN

BANKKONTO: SPARKASSE DER STADT LEMGO

LEMGO, DEN 1. 1. 1932

Mein

*Sein Leberden Wunder aus Lemgo war am 1. April 1928
 1. April 1931 als Lehramtlerin in meinem Hause
 und nach der Lehrzeit war sie noch bei mir
 im April 1932 als Verkäuferin bei mir. Sie hat sich während
 der Zeit die Kenntnisse einer richtigen Verkäuferin
 erworben, und war sehr fleißig und ehrlich. Seitdem
 ist Fräulein Wunder aus dem Arbeitsverhältnis
 ausgeschieden, und ich empfehle sie
 sehr für über
 Gustav Gumpel*



SIGNALEMENT
 DESCRIPTION - DESCRIPTION -
 BESCHREIBUNG

Vaite } 168
 Taille }
 Hauteur }
 Corps }
 Mlle }
 Cheveux }
 Hair }
 Haar }
 Ombre }
 Eyes }
 Augen }
 Særlige bemærkninger }
 Signes particuliers }
 Besondere Bemerkungen }

BØRN - ENFANTS - CHILDREN - KINDER

Namn	Køn	Alder
Nome - Name - Name	Sex - Sex - Geschlecht	Age - Age - Alter

POLYGRAPH
 POLYGRAPH
 POLYGRAPH

Indehaverens underskrift
 Signature of holder
 Unterschrift des Passinhabers

Karl Gumpel

Der besidder, at indehavere er identisk med den person, fotografet for-
 stiller, og egenhændigt har underskrevet passet under fotografet.
 Il est certifié que la photographie représente bien le titulaire et que celui-ci
 a lui-même apposé sa signature au bas de la photographie.
 This is to certify that the holder of this passport is identical with the per-
 son represented in the photograph and that he himself has signed the passport
 before the photograph.
 Es wird hierdurch bescheinigt, dass der Passinhaber tatsächlich die durch
 die Photographie dargestellte Person ist und die Unterschrift unter der Photo-
 graphie eigenhändig vollzogen hat.

Odense den 7-6-1931
Liubom
at.

POLYGRAPH
 POLYGRAPH
 POLYGRAPH

PANU DERECH - Bereitet den Weg
 Schriften der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V.
 Band 24

ANDREAS LANGE
JÜRGEN SCHEFFLER
(Herausgeber)

AUF DEN SPUREN DER FAMILIE GUMPEL

BIOGRAFISCHE ZEUGNISSE ALS QUELLEN ZUR JÜDISCHEN GESCHICHTE IM 20. JAHRHUNDERT

Verlag für Regionalgeschichte
Bielefeld 2006

Abbildungen Frontispiz:

Abb. im Hintergrund: Zeugnis für Lieschen Winter, 1932.

**Abb. im Vordergrund: Fremdenpass für Kurt Gumpel,
Dänemark, 1951.**

Dieses Buch wurde freundlicherweise unterstützt von:

Dr. Sigrid und Dr. Walter Hägele, Lemgo

Evangelisch-lutherische Kirchengemeinde St. Nicolai Lemgo

Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V.

Museumsverein Hexenbürgermeisterhaus e.V.

Naturwissenschaftlicher und Historischer Verein für das Land Lippe e.V.,

Vereinsgruppe Lemgo

Rotary-Club Lemgo

Sparkasse Lemgo

Stadt Lemgo

Verein Alt Lemgo

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© Lemgo 2006

© für die Abbildungen bei den Autoren und Leihgebern

ISSN: 0944-2626

ISBN-10: 3-89534-634-9

ISBN-13: 978-3-89534-634-7

Gestaltung und Produktion: **Büro für Design. Martin Emrich, Lemgo**

Druck und Verarbeitung: **Merkur-Druck**

Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier nach Iso 9706

Printed in Germany

INHALTSVERZEICHNIS

- 7 — ANDREAS LANGE: Vorwort

- 9 — JÜRGEN SCHEFFLER: Biografische Dokumente, Briefe und Fotos als Quellen zur jüdischen Geschichte. Lemgo im 20. Jahrhundert

- 27 — ANDREAS LANGE: Auf den Spuren Kurt Gumpels

- 35 — KLAUS POHLMANN: „... und ich stehe schuldenfrei da ...“ Der Verkauf des Hauses von Rosalie Gumpel. Ein Fallbeispiel der „Arisierung jüdischen Besitzes“ in der Kleinstadt

- 73 — HANNE POHLMANN: „Meine Gedanken weilen nur bei Euch, sie sind ein einziges Gebet für Euer Wohl ...“ Letzte Briefe von Rosalie Gumpel an ihre Kinder

- 87 — EDDA UND HORST-ALFRED KLESSMANN: Psychotherapeutische Anmerkungen zum Schicksal Kurt Gumpels

- 103 — HANNE POHLMANN: Die Brüder Mordechai (Herbert), Hans und Kurt Gumpel. Biografische Übersichten

- 110 — Autorenverzeichnis

ANDREAS LANGE

VORWORT

Ein Projekt gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt lieferte den Anstoß, dass sich im Jahre 2001 Lemgoer Jugendliche erstmals mit

Kurt Gumpel befassten. Das seinerzeit im Internet präsentierte Arbeitsergebnis erfährt mit dem vorliegenden Buch eine erhebliche Erweiterung und Vertiefung.

Herzlich zu danken ist den Autoren dieses Buches: Jürgen Scheffler, dem Leiter des Städtischen Museums Lemgo, den Ehepaaren Dr. Edda und Dr. Horst-Alfred Klessmann sowie Hanne und Klaus Pohlmann. Sie haben erhebliche Zeit in gründliche Recherche und Aufarbeitung investiert und in mehreren Sitzungen des Autorenkreises geholfen, das Projekt voranzubringen.

Ebenso gilt mein Dank denen, die mit Spenden geholfen haben, dass dieses Buch veröffentlicht werden konnte. Dem Engagement der auf Seite 4 genannten Privatpersonen, Vereine und Firmen ist es zu verdanken, dass es auch in Zeiten knapper gewordenen Geldes noch möglich ist, Projekte wie dieses zu ermöglichen.

Der letzte Dank gilt Kurt Gumpel selbst: mit der Übergabe vieler persönlicher Dokumente an die Stadt Lemgo ermöglichte er die Beschäftigung mit seiner Biographie. In vielen Gesprächen hat er die Arbeit der Jugendlichen wie auch jetzt das Buchprojekt gefördert. Dass er zur öffentlichen Vorstellung des Buches im August 2006 in Lemgo anwesend ist, erfüllt die Autoren mit großer Freude.



BIOGRAFISCHE DOKUMENTE, BRIEFE UND FOTOS ALS QUELLEN ZUR JÜDISCHEN GESCHICHTE. LEMGO IM 20. JAHRHUNDERT

„Juden in Lemgo – Vergessene Bürger?“ So lautete der Titel einer Veranstaltungsreihe, die im Jahre 1986 in Lemgo stattfand. Mit der Reihe,

die der Schriftsteller und Künstler Arie Goral-Sternheim zusammen mit dem Kulturredirektor und der Volkshochschule vorbereitet hatte, wurde an die vertriebenen und ermordeten Juden der Stadt Lemgo erinnert.¹ Darüber hinaus bildete sie den Rahmen für die Vorstellung der Ergebnisse eines Ideenwettbewerbes, der von der Stadt zur Neugestaltung des Synagogenplatzes initiiert worden war. Die Mahn- und Gedenkstätte Synagoge Neue Straße, die auf den prämierten Entwurf des Architekten Wolfgang Michael Pax (Hannover) zurückgeht, wurde am 7. November 1987 eingeweiht. Zugleich war die Veranstaltungsreihe der Beginn einer intensiven Beschäftigung mit der Geschichte der Juden in Lemgo und ihrer Verfolgung in der NS-Zeit. Von besonderer Bedeutung war dabei die Publikation der autobiografischen Erinnerungen von Karla Raveh unter dem Titel „Überleben. Der Leidensweg der jüdischen Familie Frenkel aus Lemgo“.²

Die Lemgoer Gymnasiallehrerin Hanne Pohlmann sowie einige Schülerinnen und Schüler hatten im Jahr 1985 Angehörige und Nachfahren jüdischer Familien angeschrieben und sie um Informationen zur Geschichte ihrer Familien gebeten. Für Karla Raveh, die in Tivon/Israel lebt, war der Brief aus ihrer Heimatstadt der wohl entscheidende Anstoß, ihre Erinnerungen an die Kindheit und Jugend und an das Schicksal ihrer Familie in der NS-Zeit aufzuschreiben. Das Manuskript wurde im Jahre 1986 von der Stadt Lemgo veröffentlicht, mit dem Foto des früheren Wohnhauses der Familie Frenkel auf dem Titelblatt. Damit wurde das Haus in der Lemgoer Echternstraße für viele Bürger zu einem zentralen Ort der Erinnerung an das Schicksal der verfolgten und ermordeten jüdischen Familie Frenkel sowie darüber hinaus aller Juden, die in den Jahren 1941/42 deportiert und ermordet worden waren. Als Karla Raveh und ihr inzwischen verstorbener Mann Szmuel im Jahre 1986 im Rahmen einer offiziellen Einladung

nach Lemgo kamen, entstand bei den Repräsentanten der Stadt die Idee, das Haus zu erwerben. Im Jahre 1988 wurde die Dokumentations- und Begegnungsstätte Frenkel-Haus im früheren Wohnhaus der Familie Frenkel eröffnet. Im Erdgeschoss wurde eine kleine ständige Ausstellung zur Geschichte der Juden in Lemgo vom späten Mittelalter bis zur Verfolgung in der NS-Zeit eingerichtet. Vor allem durch die Bereitschaft von Karla Raveh, in ihrer Heimatstadt als Zeitzeugin zu wirken, ist das Frenkel-Haus zu einem Ort der Begegnung geworden, den viele Schulklassen, Erwachsenengruppen und auch viele Angehörige jüdischer Familien besucht haben. Nicht zuletzt verdeutlicht die Namensgebung der Gesamtschule des Kreises Lippe in Lemgo, die seit 1997 den Namen „Karla-Raveh-Gesamtschule“ trägt, welche Resonanz das Engagement von Karla Raveh in der Öffentlichkeit gefunden hat.³

Die Ausstellung im Frenkel-Haus war als lokalhistorische Ausstellung geplant. Sie besteht im Wesentlichen aus Bild-/Texttafeln, die einen Überblick über die Geschichte der Juden in Lemgo vom späten Mittelalter bis ins 20. Jahrhundert vermitteln.⁴ Zwar gab es in der Sammlung des Städtischen Museums nur wenige Exponate zur Geschichte der Juden, die in der Stadt gelebt hatten, aber durch Kontakte zu Angehörigen und Nachkommen jüdischer Familien in Israel, England und den USA wurden Dokumente, Fotos sowie auch einige weitere Exponate gesammelt, die den Grundstock der Ausstellung bildeten. So konnte durch die Vermittlung des Rechtsanwaltes Herbert Hochfeld, der in London lebte, eine Reihe von familiengeschichtlichen Dokumenten und Fotos, u.a. die Reproduktion des Stammbaums der Familie Hochfeld, in die Ausstellung aufgenommen werden.⁵ Von daher ergab sich die Möglichkeit, die Geschichte der Juden in der Kleinstadt Lemgo im späten 19. und frühen 20. Jahrhundert einerseits am Beispiel der Unternehmerfamilie Hochfeld und andererseits am Beispiel der Familien Frenkel und Davidsohn zu verdeutlichen, die von ihrer sozialen Stellung her zu den „kleinen Leuten“ gezählt wurden. Drei Ausstellungstafeln zeigten schließlich die Lebenswege jüdischer Männer, Frauen und Kinder während der NS-Zeit. Von der Familie Frenkel hatte nur Karla Raveh den Holocaust überlebt. Ihre Eltern und ihre Geschwister wurden ermordet. Mordechai (Herbert) Gumpel hatte Deutschland im Jahre 1937 verlassen und war über Dänemark nach Palästina/Israel emigriert. Schließlich gehörte der Kaufmann Adolf Sternheim, der Onkel des Schriftstellers Arie-Goral Sternheim, zu den wenigen jüdischen Überlebenden, die nach dem Kriegsende nach Lippe zurückkehrten. Bis zu seinem Tod im Jahre 1950 lebte er in Lemgo.⁶

Zwar konnte die Ausstellung mit ihren biografischen Beispielen dazu beitragen, dass die Juden in Lemgo nicht länger als „vergessene Bürger“ bezeichnet werden mussten, aber es wurde auch deutlich, wie begrenzt der Kenntnis- und Forschungsstand zur jüdischen Geschichte in Lemgo und in Lippe dennoch war. Hanne Pohlmann, Lehrerin am Lemgoer Engelbert-Kaempfer-Gymnasium, nahm sich in den folgenden Jahren der



Abb. links: Adolf Sternheim
als Vorsitzender der
Sanitätskolonne, um 1915.
Abb. rechts: Adolf Sternheim,
um 1948.
Abb. unten: Ausweis für Adolf
Sternheim, Dezember 1945.

Wiedergutmachungs-Komitee Münster in Westfalen.

Dieser Ausweis wurde nach eingehender Prüfung aller
Unterlagen ausgestellt und kennzeichnet die umstehend
genannte Person als durch die Nationalsozialisten im
Dritten Reich aus politischen Gründen verfolgt und
bestraft. Die Behörden und Dienststellen werden um
bevorzugte Behandlung des Ausweisinhabers gebeten.
Der Ausweis berechtigt nicht zu eigenmächtigen Aktionen
irgendwelcher Art.

Der Ausweisinhaber war aus politischen Gründen
3 Jahre im Konzentrationslager in Sinschlag.

Münster (Westf.), den 19. 12. 1945

Wiedergutmachungs-Komitee
Münster (Westf.)

Stückmann
Vorsitzender

„Leerstellen“ in der Ausstellung an. Sie initiierte eine Reihe von Unterrichtsprojekten, in denen Schülerinnen und Schüler sich intensiver mit den Biografien jüdischer Männer, Frauen und Kinder beschäftigten, die bis in die NS-Zeit in der Stadt gelebt hatten oder zu denjenigen gehörten, die im Juli 1942 aus Lemgo deportiert wurden. Am Anfang standen die Quellen, die im Stadtarchiv Lemgo und im Staatsarchiv Detmold vorhanden waren. Dies waren im Wesentlichen Archivalien der kommunalen und staatlichen Behörden. Um mehr über die Biografien der jüdischen Frauen und Männer zu erfahren, nahm die Gruppe im Zuge der Recherchen Kontakt zu Angehörigen und Nachkommen auf, die brieflich um Informationen gebeten wurden. So beschäftigte sich ein Geschichtskurs der Jahrgangsstufe 11 in den Jahren 1989–1991 mit der Biografie der jüdischen Familie Katz. Durch die Recherchen ergaben sich Kontakte zu Anny Katz de Weinstock, der Tochter der Familie, die nach Argentinien ausgewandert war, sowie zu der Holländerin Juttina Grünewald-Wolters, bei der sich Anny Katz einige Zeit verstecken konnte, nachdem sie aus Deutschland ausgewandert war. Die Ergebnisse der Recherchen wurden in einer Ausstellung und einer Publikation präsentiert.⁷

Ein weiteres Projekt ging der Geschichte der jüdischen Unternehmerfamilie Kabaker nach. Als die Ausstellung im Frenkel-Haus vorbereitet wurde, gab es nur wenige Informationen über diese Familie. Eine Tochter der Familie, die in England lebte, hatte auf den Brief, den ihr Hanne Pohlmann und ihre Schülerinnen und Schüler im Jahre 1985 geschickt hatte, ablehnend reagiert. Diese Antwort war respektiert worden. Im Zuge der Recherchen entstanden nun Kontakte zu Familienangehörigen in den USA, in England, Schweden, Israel und in der Bundesrepublik. Viele Informationen wurden im Austausch mit den Angehörigen der Familie gesammelt und wechselseitig ergänzt. Zwei Schüler aus der Gruppe waren besonders engagiert und setzten ihre Recherchen über das Abitur hinaus fort. Die Ergebnisse wurden in zwei Ausstellungen und in einer umfangreichen Publikation präsentiert.⁸ Aber es gab auch Projekte, die trotz intensiver Recherchen nicht weitergeführt werden konnten. So wollte eine Schülergruppe das Schicksal von Luise Backer erforschen, die zu denjenigen gehörte, die am 28. Juli 1942 von Lemgo aus nach Theresienstadt deportiert und im Vernichtungslager Auschwitz ermordet wurden. Die Schüler hatten vergeblich versucht, die Anschrift des einzigen Sohnes ausfindig zu machen, der in den USA lebte. Ohne den persönlichen Kontakt blieb die Gruppe auf die wenigen Quellen angewiesen, die im Stadtarchiv Lemgo vorhanden waren. Auf dieser Quellengrundlage ließ sich die Biografie von Luise Backer nur rudimentär darstellen.⁹

Während der Vorbereitung der Ausstellung im Frenkel-Haus war der Kontakt zu dem Künstler Mordechai Gumpel entstanden, der in Mevasseret Zion in der Nähe von Jerusalem lebt. Er war im Jahre 1912 als Sohn des Kaufmanns Gustav Gumpel und seiner Frau Rosalie in Lemgo geboren. Die Verbindung zu ihm hatte Karla Raveh vermittelt, die Mordechai Gumpel in den 1950er Jahren überraschend in ihrem Wohnort Tivon getrof-



Abb. oben: Klassenfoto mit Herbert (Mordechai) Gumpel, 1922/23.
Abb. unten: Mordechai Gumpel in seinem Haus in Mevasseret Zion, Israel, 1995.

fen hatte. Auch Mordechai Gumpel hatte eine Zeitlang dort gewohnt. Er hat in einem langen Gespräch, das in seinem Haus geführt wurde, über seine Kindheit und Jugend in Lemgo sowie seine Auswanderung nach Palästina/Israel berichtet.¹⁰ Mit seinen Erinnerungen öffnete er den Blick auf die Alltagswelt und die Lebensverhältnisse einer jüdischen Familie in der Kleinstadt Lemgo.¹¹ So berichtete er über den Gottesdienst in der Synagoge, den Religionsunterricht bei einem jüdischen Lehrer und Prediger und über seine Bar Mizwah. An der Feier hatten nicht nur die jüdischen Gemeindemitglieder teilgenommen, sondern auch die christlichen Nachbarn und Freunde hatten ihm gratuliert und ihn beschenkt. „Freude gemacht haben mir die Glückwünsche, die ich bekommen habe von den christlichen Familien. Ich hatte Schulfreunde, eine Pastorenfamilie (...), die haben in der Leopoldstraße gewohnt. Und wie ich kurz nach meiner Bar Mizwah dorthin kam, wie reizend mich der Herr Pastor und die Frau ermahnt haben: Werden Sie ein würdiges Mitglied Ihrer Gemeinde! Seien Sie stolz auf Ihren Glauben! Wirklich wunderbar. Ohne Übertreibung und ohne Missionsabsichten. Und solche Glückwünsche habe ich viele bekommen.“¹²

Die zahlreichen Freundschaften und Kontakte zu den nicht-jüdischen Nachbarn, die das Leben nicht nur der Familie Gumpel, sondern, so weit man es aus den Quellen nachzeichnen kann, aller Juden in der Kleinstadt Lemgo im frühen 20. Jahrhundert bestimmt hatten, gerieten mit der nationalsozialistischen Machtergreifung unter massiven Druck. In dem Gespräch erinnerte sich Mordechai Gumpel an die Ambivalenz, die er, seine Eltern und Geschwister am Tage des Geschäftsboykotts im April 1933 erlebt hatten. „Es war ein trüber Tag (...). Da standen ein, zwei SA-Männer. Ich kann mich noch an den Namen (...) erinnern. Er hat mit mir gesprochen. Es tut mir leid, aber ich bin hierhin befohlen worden. Ich habe noch ein paar Minuten mit ihm gesprochen. Ich kannte ihn gut. Wie alle Lemgoer sich kannten.“¹³ Auch in der Kleinstadt zerbrachen in kurzer Zeit die meisten Freundschaften und Nachbarschaften unter dem Druck der NS-Verfolgungsmaßnahmen. In den zeitlichen Phasen und der Intensität der Verfolgung unterschied sich Lemgo nicht von den umliegenden Städten und Gemeinden.¹⁴

Angesichts des wachsenden Druckes und der Perspektivlosigkeit, die für ihn in Lemgo immer wahrnehmbarer wurde, verließ Mordechai (Herbert) Gumpel die Stadt im Jahre 1935 und begann eine Ausbildung im „Studio für bildende Kunst“ unter Leitung des Malers Hermann Lismann in Frankfurt. Dort konnten junge Juden, die auf Grund der antijüdischen Maßnahmen der NS-Regierung an den Kunstakademien nicht mehr aufgenommen wurden, ein Kunststudium aufnehmen. Das Studio war eine Gründung des „Kulturbundes deutscher Juden, Bezirk Rhein-Main“.¹⁵ Während seines Aufenthaltes in Frankfurt bekam Mordechai Gumpel Kontakt zu einer Gruppe der Hechaluz-Bewegung. Diese Gruppe ging im Jahre 1937 geschlossen in das Landwerk Neuendorf bei Fürstenwalde/Spree, um sich dort auf die Auswanderung nach Palästina/Israel vorzu-

bereiten.¹⁶ Dorthin holte Mordechai Gumpel auch seine beiden jüngeren Brüder Hans und Kurt. Er erinnerte sich in dem Gespräch an diese Situation: „Abends bei der Arbeitseinteilung wurde verlesen, Gumpel 1 – das war ich, Gumpel 2 war mein Bruder Hans, Gumpel 3 war der Kurt. Wir waren die Familie mit stärkster Vertretung.“¹⁷ Der Vater Gustav war bereits im Jahre 1937 verstorben; die Mutter Rosalie Gumpel blieb allein in Lemgo zurück. Von Neuendorf aus gingen die Brüder Herbert (Mordechai), Hans und Kurt Gumpel mit ihrer Hechaluz-Gruppe nach Dänemark, wo sie bei Bauern arbeiteten und sich auf die Emigration nach Palästina vorbereiteten.¹⁸ Mordechai Gumpel konnte im Jahre 1939 nach Palästina/Israel auswandern. Seine Versuche, die Mutter nachzuholen, scheiterten. Rosalie Gumpel, die nur brieflich mit ihren Söhnen in Kontakt bleiben konnte, gehörte zu den zwei jüdischen Frauen aus Lemgo, die im Dezember 1941 deportiert wurden. Sie wurde im Vernichtungslager Ghetto Riga ermordet.¹⁹ Hans und Kurt Gumpel flüchteten im Jahre 1943 nach Schweden, wo sie bis zum Kriegsende lebten. Im Jahre 1945 kehrten beide nach Dänemark zurück.²⁰

Aus Anlass der Eröffnung des Frenkel-Hauses wurde in den Räumen des neu eingerichteten Atelierhauses, dem früheren Lagerhaus der Familie Frenkel, eine Ausstellung mit Werken von Mordechai Gumpel gezeigt. Der Ausstellung schlossen sich im Rahmen der Besuchswoche, zu der die Stadt Lemgo Mordechai Gumpel und seine Frau Vered eingeladen hatte, zahlreiche Begegnungen an.²¹ Dem ersten Besuch in Lemgo folgten in den 1990er Jahren weitere, in der Regel in Verbindung mit Ausstellungseröffnungen in Lemgo oder in anderen deutschen Städten. Im Jahre 1998 nahm Kurt Gumpel, der jüngere Bruder von Mordechai, eine Ausstellung seines Bruders in der Volkshochschule Lemgo zum Anlass für einen Besuch in seiner früheren Heimatstadt. Im Jahre 2000 kam Kurt Gumpel zusammen mit seiner Lebensgefährtin Jeanneke Vanderlooy erneut in die Stadt Lemgo. Anlass war die Einweihung einer Tafel an der Stirnwand der Mahn- und Gedenkstätte Synagoge Neue Straße, auf der die Namen der ermordeten Juden aus Lemgo verzeichnet waren. Auch der Name von Rosalie Gumpel befand sich auf der Tafel. Karla Raveh, Marlene Altmann, die Enkelin von Adolf Sternheim, und Kurt Gumpel gehörten zu den Angehörigen der ermordeten Juden, die von der Stadt Lemgo aus diesem Anlass eingeladen worden waren. Zur großen Überraschung brachte Kurt Gumpel mehrere Umschläge mit Dokumenten, Briefen und Fotos mit. Nach seinem ersten Besuch im Jahre 1998 hatte er begonnen, nach Schriftstücken und Bildern zur Geschichte der Familie Gumpel zu suchen. Er hatte seine eigenen Unterlagen durchgesehen und dabei eine Reihe von interessanten Dokumenten sowie von privaten Fotos zusammengetragen. Darüber hinaus hatte er sich mit den Söhnen seines verstorbenen Bruders Hans in Dänemark in Verbindung gesetzt und auch von diesen eine Reihe von Unterlagen bekommen. So war eine familiengeschichtliche Sammlung entstanden, die er dem Museum bei seinem Besuch als Dauerleihgabe überreichte.²²

LANDWERK NEUENDORF ÜBER FÜRSTENWALDE-SPREE

LEHRBETRIEB FÜR LANDWIRTSCHAFT UND GARTENBAU DER JÜDISCHEN ARBEITSHILFE E. V. BERLIN

Fernruf: Fürstenwalde 696 · Bank: Jüd. Arbeitshilfe e. V., Konto Landwerk Neuendorf
Deutsche Bank, Bln.-Charlbg., Joachimsthaler Str. 4 · Postscheckkonto: 63918 Berlin, Jüd. Arbeitshilfe e. V.
Hauptverwaltung Landwerk Neuendorf, Berlin-Charlbg. 2, Kantstr. 158

Zu erreichen von Stadtbahnhof Zoo-Friedrichstraße Richtung Erkner-Fürstenwalde.
Ab Fürstenwalde mit der Oderbruchbahn bis Neuendorf-Buchholz.

Ihre Zeichen

Ihre Nachricht vom

Unsere Zeichen

Tag

Betrifft:

Bescheinigung !

Der landwirtschaftliche Praktikant Kurt Gumpel, geboren am 28.3.22. ist seit dem 2. Februar 1937. im hiesigen Landwerk tätig.

Wir bezeugen ihm hiermit, dass er in dieser Zeit alle in der Landwirtschaft vorkommenden Arbeiten ausgeführt hat. Trotz seiner körperlichen Kleinheit können wir erklären, dass er in jeder Weise mindestens dasselbe geleistet hat wie andere, die grösser und stärker erscheinen wie er. Er ist aussergewöhnlich zähe und ausdauernd, niemals ernstlich krank, hat ausserdem eine gute Auffassungsgabe und einen festen Willen etwas zu lernen. Diese Eigenschaften haben ihn zu einem unserer besten Praktikanten gemacht, den man ohne Weiteres mit jeder Arbeit betrauen kann. Besonders hervorzuheben wäre noch seine Geschicklichkeit im Umgang mit Haustieren, seine Fertigkeit im Melken und sein Verständnis für Pferdepflege.

Zusammenfassend möchten wir erklären, dass wir Kurt G u m p e l für durchaus geeignet halten, sich als Landwirt zu betätigen.

Unter seinen Kameraden ist er allseits gern gesehen.

Gutsverwaltung
Neuendorf

Weber
Betriebsführer

Umschulungsbetrieb
für Landwirtschaft und Gartenbau
der Jüdischen Arbeitshilfe E. V. Berlin
Landwerk Neuendorf

K. Gumpel



Abb. links: Praktikumsbescheinigung für Kurt Gumpel, Landwerk Neuendorf, 1939.
Abb. oben: Kurt Gumpel in Neuendorf (obere Reihe dritter von links), 1937/38.
Abb. unten: Landwerk Neuendorf, 1938/39.

Die Sammlung enthält Briefe, Schriftstücke von Behörden und Institutionen, persönliche Dokumente und Fotos. Darunter befinden sich die Briefe, die Rosalie Gumpel in den letzten Monaten vor ihrer Deportation an ihre Söhne in Dänemark geschickt hatte. In den Briefen wird die große Belastung deutlich, die einerseits die Emigration der Söhne und andererseits der Hausverkauf für Rosalie Gumpel bedeutet hat. Der Schriftwechsel zwischen dem jüdischen Rechtsanwalt und Notar Dr. Gustav Meyer in Bielefeld und dem Lemgoer Rechtsanwalt Dr. Magerhans, von dem Abschriften aus den frühen Nachkriegsjahren vorliegen, verdeutlicht die langwierigen Verhandlungen über den Verkauf des Wohn- und Geschäftshauses in der Mittelstraße. Aus den Jahren 1928 bis 1935, als Kurt Gumpel in Lemgo zur Schule ging, ist sein Zeugnisheft erhalten geblieben. Zeugnisse aus dem Landwerk Neuendorf, eine kurze handschriftliche Notiz über die Flucht aus Dänemark nach Schweden sowie Dokumente aus Schweden und Dänemark sind Quellen für die verschiedenen Stationen des Weges, den die Brüder ins Exil nach Dänemark und Schweden zurückgelegt haben. Aus der Nachkriegszeit stammen Unterlagen aus dem Rückerstattungsverfahren. Auch die Einladung an Hans Gumpel zur Gedenkfeier an die ermordeten lippischen Juden im Jahre 1948 ist erhalten geblieben. Schließlich gibt es zahlreiche Fotos aus der Kindheit und Jugend, Fotos aus den Exilländern Schweden und Dänemark sowie Fotos aus Israel, wohin Kurt Gumpel in den Jahren 1949/50 gegangen ist. Im Gegensatz zu seinem Bruder Mordechai, der seit 1939 als Lehrer und Künstler zunächst im Kibbuz Sde Nachum und danach in verschiedenen israelischen Dörfern und Städten (u.a. Tivon und Mevasseret Zion) gelebt hat, ist Kurt Gumpel Anfang der 1950er Jahre nach Dänemark zurückgekehrt.²³

Die Unterrichtsprojekte, die Hanne Pohlmann in den 1990er Jahren initiiert und betreut hatte, hatten verdeutlicht, wie interessant und ertragreich die Beschäftigung mit Biografien jüdischer Frauen und Männer sein konnte, die in Lemgo gelebt hatten. Als sich im Mai 2001 der Jugendkreis NicoTeens der Kirchengemeinde St. Nicolai im Rahmen eines Wettbewerbes der „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland“ mit dem Thema „Erinnerungsarbeit“ beschäftigen wollte, entstand in einem Gespräch die Idee, die Dokumente und Fotos, die Kurt Gumpel dem Museum als Leihgabe überlassen hatte, als Ausgangspunkt für eine Recherche zur Biografie Kurt Gumpels zu wählen. Kurt Gumpel stimmte der Projektidee zu und unterstützte die Jugendlichen bei ihren Recherchen. Das Ergebnis war die Internet-Präsentation „Auf den Spuren Kurt Gumpels. Das Leben eines jüdischen Jugendlichen in der NS-Zeit in Lemgo“, die im August 2001 von Pfarrer Andreas Lange programmiert und freigeschaltet wurde.²⁴ Die Internet-Präsentation hat eine große Resonanz in der lokalen Öffentlichkeit erfahren, und die Jugendlichen haben im Rahmen des Wettbewerbes einen Preis gewonnen.



Herr Diplom-Lawrirt Gumpel

wird gebeten, an der Gedächtnisfeier zu Ehren der in den Jahren der Verfolgung getöteten 191 Landesbürger jüdischen Glaubens am Sonntag, dem 10. Oktober 1948, vormittags 11.00 Uhr, in der Aula des Gymnasiums Lemgo, Engelbert-Kämpfer-Schule, teilzunehmen

Antwort erbeten an Das Komitee z. H. des Herrn Hofrat Staercke, Hildesheim

Fotos und Dokumente aus der Sammlung von Kurt Gumpel, von oben nach unten: Jugendbildnis von Rosalie Gumpel, um 1910. Herbert, Hans und Kurt Gumpel, 1922/23. Feldarbeit in Tellerup, Dänemark, 1940/41. Einladung für Hans Gumpel zur „Gedächtnisfeier zu Ehren der in den Jahren der Verfolgung getöteten 191 Landesbürger jüdischen Glaubens“, Lemgo, 1948.

Nach der Übergabe der familiengeschichtlichen Sammlung und nach Abschluss der Recherchen der NicoTeens konnte ein weiterer kleiner Quellenfund zur Geschichte der Familie Gumpel gemacht werden. Im Jahre 2002 berichtete Joshua Pierce auf der Tagung der Arbeitsgemeinschaft Jüdische Sammlungen im Jüdischen Museum Westfalen in Dorsten darüber, dass er im Rahmen einer Recherche für das United States Holocaust Memorial Museum in Washington in der Jüdischen Gemeinde in Hamburg einen Aktenbestand entdeckt und inventarisiert hatte. Dieser Bestand umfasste u.a. die Akten der Lippischen Synagogen-Gemeinden aus den Jahren 1933 bis 1938. Der Bestand ist verfilmt worden, die Filme sind im Institut für die Geschichte der deutschen Juden in Hamburg zugänglich.²⁵ Die Akten enthalten einige Schriftstücke, in denen Gustav Gumpel als zweiter Vorsteher der Synagogen-Gemeinde Lemgo genannt wird, sowie eine ausführliche Darstellung der Situation, in der sich die Familie Gumpel im Frühjahr 1936 befand. Der Vorstand der Lemgoer Synagogen-Gemeinde hatte einen Antrag an die Reichsvertretung der Juden in Deutschland gestellt mit der Bitte, Hans und Kurt Gumpel für den Besuch der Berufsausbildungs- und Berufsumschichtungskurse einen Zuschuss zu gewähren. Der Kaufmann Adolf Sternheim, erster Vorsteher der Lemgoer Synagogen-Gemeinde, war daraufhin vom Verbandsausschuss der Lippischen Synagogen-Gemeinden gebeten worden, über die Situation zu berichten, in der sich die Familie Gumpel in Lemgo befand.²⁶

Die Stellungnahme, die Adolf Sternheim am 3. April 1936 verfasste, verdeutlicht, wie sich die Verfolgungsmaßnahmen auf die wirtschaftliche und soziale Situation einer jüdischen Mittelschichtfamilie in der Kleinstadt auswirkten und wie die Familienmitglieder darauf zu reagieren versuchten. „Herr Gustav Gumpel – Lemgo betrieb hier seit ca. 25 Jahren ein kleines Manufakturwaren-Geschäft und hatte damit eine auskömmliche Existenz für sich und seine Familie. (Mann, Frau, 3 Kinder u. die beiderseitigen Mütter.) Herr G. war Frontkämpfer und ist auch längere Jahre in Gefangenschaft gewesen. Bis zur polit(ischen) Umwälzung 1933 ist er wohl allen Verpflichtungen prompt nachgekommen und konnte auch das von ihm bewohnte Haus käuflich erwerben. Durch den Boykott u.s.w. ging das Geschäft dann andauernd zurück und nach den verschärften Massnahmen im August v. Jahres ging es rapid weiter bergab, sodass vor wenigen Monaten Herr G. gezwungen war, ein Moratorium zu beantragen. Durch den anschließenden Ausverkauf, der seit Ende März d. J. beendet, will Herr G. seinen geschäftlichen Verpflichtungen nachkommen. Sein Haus ist ziemlich belastet und dürfte bei einem Verkauf auch kaum wenige tausend Mark übrig bleiben, sodass die Zukunft der Familie sehr gefährdet ist. (Die beiden Mütter sind seit wenigen Jahren tot.) Der älteste Sohn (ca. 23 Jahre alt) ist seit vorigem Jahr auf Hachscharah in Frankfurt a. M.; der zweite (ca. 21 Jahre alt) bemüht sich ebenfalls nach dieser Richtung hin und der jüngste (14 Jahre) wollte gern zum kommenden Herbst einen Wirkungskreis suchen. Ruf und Charakter

der Familie sind vorzüglich; die Leute haben stets ein bescheidenes Leben geführt und waren allgemein sehr geachtet. Herr G. war ca. 13 Jahre – bis 1933 – Vorsitzender des Kriegsgefangenen-Verein(s), lange Jahre Mitglied der freiw(illigen) Sanitäts-Kolonne. Aber auch für jüd(ische) Belange hat Herr G. stets ein warmes Herz; er gehört seit mehreren Jahren dem Synagogen-Vorstand an und hat auch ehrenamtlich den Posten des Vorbeters bekleidet. Da sich die wirtschaftliche Lage ohne Verschulden der Familie so verschlechtert hat, möchte ich das Gesuch dringend befürworten und auch Sie (...) sehr bitten, nach Prüfung der Verhältnisse ebenfalls für die Familie einzutreten; Sie können es mit gutem Gewissen vereinbaren, zumal keine begüterten Verwandten vorhanden sind. Diesen Bericht gebe ich nach bestem Wissen und Gewissen!²⁷

Zwischen der Lippischen Synagogen-Gemeinde und der Reichsvertretung der Juden in Deutschland wurde schließlich vereinbart, dass die Provinzialstelle für jüdische Wirtschaftshilfe in Westfalen in Bielefeld Herbert (Mordechai) und Hans Gumpel einen monatlichen Zuschuss von je 64 Mk für ihre Ausbildung im Landwerk Neuendorf zahlte. Im Dezember 1936 wandte sich Hans Gumpel an die Provinzialstelle mit der Bitte, auch für die Ausbildung seines Bruders Kurt einen Zuschuss zu zahlen. „Hans Gumpel bemüht sich nun sehr seinen zweiten Bruder im Landwerk unterzubringen. Er begründet die Notwendigkeit der Unterbringung damit, dass der Junge untätig zu Hause wäre und sehr unter den häuslichen Verhältnissen leiden würde.“ Allerdings sah sich die Provinzialstelle – „so sehr wir auch die Ausbildung dieses Jungen wünschen“ – finanziell nicht in der Lage, die vollen Kosten für die Ausbildung (monatlicher Betrag von 45 Mk) zu tragen. Deshalb wandte sie sich an den Vorstand der Lippischen Synagogen-Gemeinden mit der Bitte, die Hälfte der Kosten zu übernehmen.²⁸ Der Schriftwechsel verdeutlicht, wie schwierig es für die jüdischen Gemeinden angesichts der drastischen Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Mitglieder war, den Besuch der Berufsausbildung- und Berufsumschichtungskurse für die Jugendlichen zu finanzieren.²⁹

Die Internet-Präsentation der NicoTeens gab den Anstoß für das vorliegende Buch. Im Zentrum steht Kurt Gumpel, der als Jugendlicher die Stadt Lemgo verließ, weil er als Jude keine Zukunftsperspektive in seiner Heimatstadt mehr hatte. Anhand der biografischen Dokumente und seiner Informationen haben die Jugendlichen seinen Lebensweg darstellen können. Andreas Lange, der als Pfarrer die Jugendgruppe leitet, hat die Ergebnisse des Internet-Projekts zusammengefasst. Er verdeutlicht, wie das Projekt zustande gekommen ist, welche Recherchen die Jugendlichen unternahmen, wie sie die Biografie von Kurt Gumpel dargestellt haben und welche Bedeutung die Beschäftigung mit dem Thema für sie hatte. Auf Grund der Dokumente, die Kurt Gumpel dem Museum überlassen hat, sind darüber hinaus weitere Recherchen zur Geschichte der Familie Gumpel möglich geworden. Klaus Pohlmann hat eine Fallstudie über den

Verkauf des Hauses verfasst, das Rosalie Gumpel nach dem Tod ihres Ehemanns allein gehörte, und damit die „Arisierung“ in der Kleinstadt Lemgo am Beispiel eines privaten Wohn- und Geschäftshauses dargestellt. Hanne Pohlmann hat sich intensiv mit den Briefen beschäftigt, die Rosalie Gumpel ihren Söhnen nach ihrem Weggang aus Lemgo geschrieben hat. Ihr Aufsatz verdeutlicht am konkreten Beispiel den besonderen Quellenwert der sogenannten letzten Briefe für die Geschichte der Juden in den Jahren zwischen 1939 und 1941/42. Am Ende des Buches steht der Beitrag von Edda und Horst-Alfred Klessmann. Horst-Alfred Klessmann ist ein Jugendfreund von Kurt Gumpel. Beide haben sich in der NS-Zeit aus den Augen verloren und in den vergangenen Jahren ihre freundschaftliche Verbindung wieder aufnehmen können, in die nun auch die Ehefrauen Edda Klessmann und Jeanneke Vanderlooy einbezogen sind. Zugleich sind Edda und Horst-Alfred Klessmann Ärzte und Psychotherapeuten, die sich intensiv mit dem Thema der posttraumatischen Belastung befasst haben. Sie haben in den letzten Jahren miterlebt, wie stark Kurt Gumpel unter den Nachwirkungen der Verfolgungserfahrung in der NS-Zeit leidet. Mit seiner ausdrücklichen Zustimmung und Unterstützung haben sie sich an seinem Beispiel mit der Thematik der posttraumatischen Belastung eines Überlebenden der NS-Judenverfolgung auseinander gesetzt.

Ohne die Dokumente und Fotos, die Kurt Gumpel vor einigen Jahren zusammengetragen hat, wäre dieser Band nicht möglich geworden. In den vergangenen Jahren haben Tagebücher, Briefe und andere biografische Quellen eine wachsende Bedeutung für die Erforschung der jüdischen Geschichte in der NS-Zeit erlangt.³⁰ Tagebücher, Briefe und biografische Dokumente machen es möglich, die Perspektive der verfolgenden Institutionen, die in den Quellen staatlicher und kommunaler Herkunft dominiert, zu überwinden. Damit werden die Juden nicht nur als Opfer der nationalsozialistischen Verfolgungsmaßnahmen dargestellt, sondern sie werden auch als handelnde Personen wahrnehmbar, die in ihrem Alltagsleben darauf reagieren mussten.³¹ Sie waren mit den Verhaltensweisen der Nachbarn und Mitbürger konfrontiert, wozu die Unterstützung durch die wenigen verbliebenen Freunde ebenso gehörte wie die wachsende Indifferenz vieler Nachbarn und Bekannter aus früheren Tagen, aber auch die Konfrontation mit denjenigen, die sich an den Verfolgungsmaßnahmen aktiv beteiligten. Während in den Akten der kommunalen und staatlichen Behörden sowie der NS-Organisationen die Perspektive der verfolgenden Institutionen dominiert, wird durch die Erschließung und Interpretation biografischer Quellen die Subjektivität der bis zu ihrem Exil bzw. zu ihrer Deportation in den deutschen Städten und Gemeinden lebenden Juden wahrnehmbar. „Die einzige konkrete Geschichte, die sich bewahren lässt, bleibt diejenige, die auf persönlichen Erzählungen beruht.“³²

ANMERKUNGEN

- 1 Juden in Lemgo – Vergessene Bürger? Veranstaltungen zum Gedenken der vertriebenen und ermordeten Juden Lemgos. 23. Februar bis 11. April 1986. Programmheft, Lemgo 1986; Juden in Lemgo – Vergessene Bürger? In: Lemgoer Hefte, Nr. 40/1987.
- 2 Karla Raveh: Überleben. Der Leidensweg der jüdischen Familie Frenkel aus Lemgo, Lemgo 1986 (= Forum Lemgo. Schriften zur Stadtgeschichte, H. 1).
- 3 Als Überblick: Jürgen Scheffler: Das Frenkel-Haus. Projekte zur jüdischen Geschichte in der Stadt Lemgo, in: Arbeitskreis NS-Gedenkstätten NW e. V. (Hrsg.), Forschen – Lernen – Gedenken. Bildungsangebote für Jugendliche und Erwachsene in den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus in Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2002, S. 151–160.
- 4 Zur Eröffnung der Ausstellung im Frenkel-Haus erschien die Publikation: Jürgen Scheffler/Herbert Stöwer (Red.): Juden in Lemgo und Lippe. Kleinstadtleben zwischen Emanzipation und Deportation, Bielefeld 1988 (= Forum Lemgo. Schriften zur Stadtgeschichte, H. 3).
- 5 Herbert Hochfeld, als Sohn eines Arztes in Lemgo geboren und als Schüler mit seinen Eltern nach Hamburg gezogen, lebte nach seiner Emigration als Rechtsanwalt in London. Durch seine Vermittlung konnten zwei autobiografische Manuskripte aus dem Familienbesitz publiziert werden. Vgl. Willy Hochfeld: Erinnerungen eines 81-jährigen, in: ebd., S. 114–136, sowie Ernst Hochfeld: Kindheitserinnerungen, in: ebd., S. 137–153. Ernst Hochfeld, 1890 in Lemgo geboren, hatte nach dem Studium als Architekt in Hamburg gearbeitet. Im Jahre 1939 war er nach Los Angeles emigriert. Von ihm stammt die Zeichnung des Familienstammbaums. Zu seiner Biografie vgl. Roland Jaeger: Block & Hochfeld: Die Architekten des Deutschlandhauses. Bauten und Projekte in Hamburg 1921–1938, Exil Los Angeles, Berlin 1996.
- 6 Zu Adolf Sternheim und seiner Frau Lina vgl. die Erinnerungen von Arie Goral-Sternheim: Jeckepotz. Eine jüdisch-deutsche Jugend 1914–1933, Hamburg 1989, S. 34–38.
- 7 Hanne Pohlmann/Jürgen Scheffler (Hrsg.): Die Geschichte der jüdischen Familie Katz – Erinnerungsarbeit in Lemgo, Detmold 1991 (= Panu Derech – Bereitet den Weg. Schriften der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V., Bd. 4).
- 8 Jochen Bode/ Hanne Pohlmann: Die Kabakers. Rekonstruktion einer Familienbiographie, Detmold 1999 (= Panu Derech – Bereitet den Weg. Schriften der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V., Bd. 17).
- 9 Hanne Pohlmann: Luise Backer – eine Spurensuche, unv. Manuskript, Lemgo o. J. Die Briefe, die an eine in einer Akte genannte, allerdings aus den 1950er Jahren stammende Adresse des Sohnes geschickt wurden, kamen ungeöffnet zurück. Ein Foto von Luise Backer konnte nicht entdeckt werden.
- 10 Monika Richarz hat sich in mehreren Aufsätzen sehr kritisch mit den lokal- und regionalgeschichtlichen Forschungen zur jüdischen Geschichte beschäftigt, die durch die Gedenkfeiern zum 50. Jahrestag des Novemberpogroms im Jahre 1988 angeregt wurden. Die Kontakte mit jüdischen Emigranten und die Interviews, die mit ihnen geführt wurden, hat sie dabei als „den positivsten Aspekte der Lokalforschung über Juden“ bezeichnet. „Durch die Interviews mit den Zeitzeugen werden historische Quellen geschaffen, die sonst nie entstanden wären.“ Monika Richarz: Luftaufnahme – oder die Schwierigkeiten der Heimatforscher mit der jüdischen Geschichte, in: Babylon. Beiträge zur jüdischen Gegenwart, H. 8, 1991, S. 32.
- 11 Mordechai Gumpel hatte nur wenige Dokumente und Fotos aus seiner Jugend und von seinen Eltern. Als er sich nach dem Gespräch an seine Schwägerin in Dänemark, die Ehefrau seines verstorbenen Bruders Hans, mit der Bitte um „Material für Lemgo“ gewandt hatte, erhielt er einen Brief, den ihm sein Bruder am 30. Dezember 1939 geschrieben und der ihn nie erreicht hatte. Darin berichtete Hans darüber, wie es ihm und dem jüngsten Bruder Kurt in der Hechaluz-Gruppe in Dänemark ging. Am Schluss des Briefes hatten zahlreiche weitere Mitglieder der Gruppe unterschrieben und Grüße gesandt. Fotokopie des Briefes in: Städtisches Museum Lemgo, Sammlung Kurt Gumpel, Nr. 1.

- 12 Mordechai Gumpel: „Ich sage Ihnen die Wahrheit und nur die Wahrheit: an die Dinge habe ich seit Ewigkeiten kaum mehr gedacht“. Ein Gespräch mit Mordechai Gumpel über seine Jugend in Lemgo und die Vorbereitung auf die Einwanderung nach Palästina, in: Jürgen Scheffler/Herbert Stöwer (Red.), wie Anm. 4, S. 173.
- 13 Ebd., S. 179.
- 14 Hanne und Klaus Pohlmann: Kontinuität und Bruch. Nationalsozialismus und die Kleinstadt Lemgo, Bielefeld 1990 (= Forum Lemgo. Schriften zur Stadtgeschichte, H. 5), S. 144–169.
- 15 Jürgen Scheffler: Von Lemgo nach Palästina und Israel: Die Jugendjahre des Künstlers Mordechai Gumpel, in: Galia Bar Or/ Jürgen Scheffler: Mordechai Gumpel – Mosaic of Dreams, Jerusalem 2002, S. 56–59. In den Jahren 2002–2004 haben das Museum of Art, Ein Harod (Israel) und das Städtische Museum Lemgo aus Anlass des 90. Geburtstages von Mordechai Gumpel eine Ausstellung vorbereitet, die in Jerusalem, Lemgo, Gröbzig, Sankt Augustin (der Partnerstadt von Mevasseret Zion) und in Ein Harod gezeigt wurde.
- 16 Andreas Paetz/Karin Weiss (Hrsg.): „Hachschara“. Die Vorbereitung junger Juden auf die Auswanderung nach Palästina, Potsdam 1999.
- 17 Wie Anm. 12, S. 184.
- 18 Jørgen Hæstrup: Passage to Palestine. Young Jews in Denmark 1932–1945, Odense 1983. Ein Foto (S. 151) zeigt Mitglieder der Hechaluz-Bewegung auf einem Seminar im Jahre 1941; unter ihnen befindet sich Kurt Gumpel.
- 19 Dina van Faassen/Jürgen Hartmann (Bearb.): „...dennoch Menschen von Gott erschaffen“ – Die jüdische Minderheit in Lippe von den Anfängen bis zur Vernichtung, Bielefeld 1991, S. 129.
- 20 Ulrich Herbert: Die deutsche Besatzungspolitik in Dänemark im 2. Weltkrieg und die Rettung der dänischen Juden, in: Tel Aviver Jahrbuch für deutsche Geschichte, Bd. 23, 1994, S. 93–114. – Herbert Pundik: Die Flucht der dänischen Juden nach Schweden, Husum 1995. – Mette Bastholm Jensen/Steven L. B. Jensen (Hrsg.): Denmark and the Holocaust, Kopenhagen 2003.
- 21 Vered Gumpel: Unser Besuch in der Alten Hansestadt Lemgo, in: Gertrud Wagner/Micheline Prüter-Müller (Hrsg.): Schwierige Erinnerung und neue Begegnung. Dokumentation der Besuchswochen ehemaliger jüdischer Bürger in Lemgo und Detmold 1988 und 1989, Detmold 1989 (= Panu Derech – Bereitet den Weg. Schriften der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V., Bd. 1), S. 63–69; Mordechai Gumpel: Um die Vergangenheit zu überwinden (Nach dem Besuch in Lemgo), in: ebd., S. 70–71. Der Verfasser konnte Mordechai und Vered Gumpel zu einem Besuch bei dem Landwirt Friedrich Meierjohann begleiten. Mordechai Gumpel wollte ihn unbedingt treffen, da Friedrich Meierjohann zu den wenigen gehört hatte, die ihre freundschaftlichen Kontakte zu den Brüdern und ihrer Mutter nicht abgebrochen hatten. Mordechai Gumpel erinnerte sich vor allem daran, dass Friedrich Meierjohann ihm bei seiner Abreise mit dem Zug aus Lemgo vom Feld aus zugewunken hatte. Der Besuch bei dem Landwirt war die einzige Begegnung mit einem Gleichaltrigen, die sich Mordechai Gumpel während der Besuchswoche gewünscht hatte.
- 22 Städtisches Museum Lemgo, Sammlung Kurt Gumpel, Nr. 1.
- 23 Mordechai Gumpel hat im Jahre 1991 in einem Gespräch ausführlich über sein Leben im Kibbuz berichtet. Vgl. Ingrid Schäfer/Karl Heinz Schäfer/ Karola Scharfenberg: Lebenswege. Lippische Juden in Israel. Bilder und Berichte, Detmold 1993 (= Panu Derech – Bereitet den Weg. Schriften der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V., Bd. 10), S. 138–152.
- 24 www.kurtgumpel.de.
- 25 Zu diesem Bestand, der auch Akten der jüdischen Gemeinde Münster umfasst, vgl. Rita Schlautmann-Overmeyer: Ein Aktenfund in Hamburg zur Geschichte der jüdischen Gemeinde Münster, in: Westfälische Forschungen, Bd. 53, 2003, S. 419–427. Die Akten der Lippischen Synagogengemeinde galten bis zu diesem Fund als verschollen. Hierzu Jürgen Hartmann: Von den Nationalsozialisten während des Pogroms 1938 beschlagnahmte Akten und Kultgegenstände jüdischer Gemeinden in Lippe. Zum Hintergrund eines fast 50 Jahre verschollenen Aktenbestandes, in: Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte, 1. Jg., 2005, H.1, S. 20–28, www.rosenland-lippe.de.

- 26 Wie gering die Ressourcen waren, über die die Synagogen-Gemeinde Lemgo verfügte, wird nicht zuletzt daran deutlich, dass Gustav Gumpel im Mai 1936 für sein Schreiben an den Vorstand der Lippischen Synagogen-Gemeinden in Detmold einen Vordruck mit seinem eigenen Briefkopf verwandte, ihn durchstrich und „Synagogen-Gemeinde“ darüberschrieb. Institut für die Geschichte der deutschen Juden Hamburg, Film 22.007,13.
- 27 Ebd.
- 28 Ebd.
- 29 Zur Auswanderung jüdischer Jugendlicher aus Ostwestfalen-Lippe nach Palästina und zum Besuch von Umschichtungskursen vgl. Joachim Meynert: Was vor der „Endlösung“ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg, Münster 1988, S. 192–200. Über die Finanzierungshilfen, die durch die Provinzialstelle geleistet wurden, lagen ihm offenbar keine Quellen vor.
- 30 Besondere Beachtung gefunden haben die Tagebücher von Victor Klemperer sowie die im Nachlass des früheren Ministers Gerhard Jahn überlieferten Briefe seiner Mutter Lilli Jahn. Vgl. Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten. Tagebücher 1933–1945, 2 Bde., Berlin 1995. – Martin Doerry: „Mein verwundetes Herz“. Das Leben der Lilli Jahn 1900–1944, Stuttgart/München 2002. Anhand der Briefe des jüdischen Unternehmers Dr. Max Schohl, die im Nachlass seines amerikanischen Cousins Julius Hess überliefert wurden, hat der amerikanische Historiker David Clay Large den gescheiterten Versuch einer Emigration in die USA nachgezeichnet. Vgl. David Clay Large: Einwanderung abgelehnt. Wie eine deutsche Familie versuchte den Nazis zu entkommen, München 2006. Max Schohl wurde nach Auschwitz deportiert und dort ermordet.
- 31 Vgl. Marion Kaplan: Der Mut zum Überleben. Jüdische Frauen und ihre Familien in Nazi-Deutschland, Berlin 2003, S. 16–17.
- 32 Saul Friedländer: Das Dritte Reich und die Juden. Die Jahre der Verfolgung 1933–1939, München 2000, S. 16.

Auf den Spuren Kurt Gumpels

Das Leben eines jüdischen Jugendlichen in der NS-Zeit in Lemgo

Beitrag des Jugendkreises NicoTeens, Lemgo zum Wettbewerb "Auf dich kommt es an"

Kurt Gumpel ist ein inzwischen bald 80-jähriger Mann, der in der NS-Zeit in Lemgo lebte. Aus Angst vor Verfolgung verließ er mit 15 Jahren seine Heimatstadt und seine Familie, um aus Deutschland auszuwandern. Sein Vater starb 1937, seine Mutter wurde im Getto von Riga ermordet.



Die Erinnerung an diese Zeit ist bis heute für ihn schmerzvoll. Er hat dem Jugendkreis NicoTeens diese Arbeit ermöglicht, hat Dokumente, Briefe und Fotos zur Verfügung gestellt, die er dem Städtischen Museum Lemgo vorher schon als Dauerleihgabe übergeben hatte. In großem Respekt vor dem Leben dieses Mannes haben sich die Jugendlichen mit Kurt Gumpel beschäftigt. Sie haben Erinnerungsarbeit geleistet, um aus der Vergangenheit für ihr eigenes Leben zu lernen.

AUF DEN SPUREN KURT GUMPELS – AUF DICH KOMMT ES AN

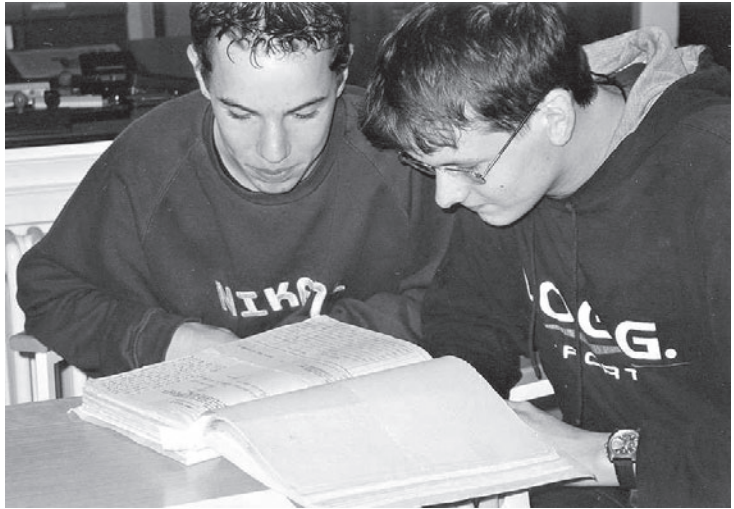
Im Jahr 2001 rief die „Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland“ zu einem Wettbewerb auf. Kirchliche Jugendgruppen wurden gebeten, sich unter der Überschrift des Wettbewerbs „Auf dich kommt es an“ mit einem Beitrag zu beteiligen. Zunächst sollten sich die Jugendgruppen für einen Themenbereich entscheiden, danach dann überlegen, wie sie diesen an ihrem jeweiligen Ort bearbeiten können. Im Jugendkreis der Lemgoer St. Nicolai-Gemeinde (*NicolaiTeenager*, kurz: NicoTeens) bestand schnell Einigkeit darin, sich auf ein solches Projekt einzulassen, wissend, dass dies viele Stunden freier Zeit kosten würde. Zunächst wurden die vorgeschlagenen Themenbereiche intensiv diskutiert: Zivilcourage, Rechtsextremismus, Einwanderung und Erinnerungsarbeit. Einmütig entschieden sich die Jugendlichen nach intensiver Diskussion für das Themenfeld „Erinnerungsarbeit“.

ENTSCHEIDUNG FÜR KURT GUMPEL

Eine erste Beratung mit dem Leiter des Städtischen Museums Lemgo, Jürgen Scheffler, im Sommer 2001 zeigte, dass eine Möglichkeit, „Erinnerungsarbeit“ mit Lemgo zu verknüpfen darin bestehen könnte, sich mit dem Leben des – bis dahin den meisten Lemgoern kaum bekannten – Kurt Gumpel zu beschäftigen. Gumpel war in Lemgo geboren worden, hatte Mitte der dreißiger Jahre seine Heimatstadt verlassen, um der Verfolgung jüdischer Menschen durch den NS-Staat zu entgehen, und lebte 2001 als bald 80-Jähriger in Hasselt in Belgien. Im Jahre 2000 hatte er der Stadt Lemgo eine Sammlung von Bildern und Dokumenten seines Lebens übergeben, zur treuen Verwahrung und eventuellen Aufarbeitung. Das, was zunächst einen Platz im Archiv des Museums bekommen hatte, wurde nun gründlich durchgesehen. Eine Fülle interessanter Dokumente fand sich: originale Fotos aus allen Lebensabschnitten Kurt Gumpels, Briefe seiner Mutter und seiner Brüder an ihn, Ausweise, Schulzeugnisse und mehr.



Abb. von oben nach unten:
Für den wdr interviewte Pfarrer
Andreas Lange den damaligen
lippischen Landesjugendpfarrer
Tobias Treseler über
Möglichkeiten Jugendlicher,
gegen rechte Gewalt aktiv zu
werden. Der Beitrag wurde am
21. August 2001 auf EinsLive
gesendet.



Die Jugendlichen der
NicoTeens – hier Daniel Haus-
mann und Michael Hallerberg –
recherchierten in Archiven, um
Kurt Gumpels Lebenslauf für ihre
Internetarbeit aufzuarbeiten.

Mit den Jugendlichen im
Gespräch: Liesel Kochsiek-Jakob-
feuerborn, Jürgen Scheffler und
Karla Raveh förderten das Projekt.



Im Juni 2001 besuchten die NicoTeens dann Karla Raveh, die Kindheitserinnerungen an Kurt Gumpel und seine Familie hatte und den Jugendlichen zuriet, sich mit ihm zu befassen. Mit dem gebotenen Respekt, mit Bildern, Briefen und Dokumenten nicht einer Person der Zeitgeschichte, sondern einer noch lebenden Person umzugehen, schloss sich eine intensive Arbeit an.

WAS WAR ZU TUN?

Mit Liesel Kochsiek-Jakobfeuerborn und der damaligen Leiterin des Stadtarchivs, Dr. Gisela Wilbertz, recherchierten die Jugendlichen im Stadtarchiv und im Grundbuchamt des Amtsgerichtes, sie besuchten Zeitungsarchive und forschten im Internet. Sie besuchten Freunde aus Schulzeit und Kindheit Kurt Gumpels, entzifferten die – handschriftlich verfassten – Briefe der Mutter Rosalie an ihren Sohn Kurt. Alle Ergebnisse wurden in einer von Pfarrer Andreas Lange programmierten Website www.kurtgumpel.de dargestellt. Eintragungen in ein dort angebotenes Gästebuch zeigten, dass weit über Lemgo hinaus – unter anderem aus Belgien, Israel und den USA – diese Arbeit als Beispiel einer konkreten Beschäftigung mit jüdischer Vergangenheit beachtet wurde.

Für den Westdeutschen Rundfunk schrieb Andreas Lange außerdem einen Beitrag, der am 21. August 2001 gesendet wurde, der die Notwendigkeit thematisierte, dass Jugendliche Erinnerungsarbeit leisten – als Beitrag gegen Rechtsextremismus und Gewalt.

WER WAR UND IST KURT GUMPEL?

Kurt Gumpel wurde am 28. März 1922 in Lemgo geboren. Er war das dritte Kind der Kaufleute Gustav Gumpel und Rosalie geborene Mosberg und hatte mit Hans und Herbert zwei ältere Brüder. Die Familie wohnte in der Lemgoer Mittelstraße 82, wo die Eltern ein Geschäft „Gustav Gumpel Manufakturen & Betten“ betrieben. Am 12. August 1935 verfügte die Stadt Lemgo: „Geschäftsleute, Handwerker, Bauern und andere Volksgenossen, die noch Juden in ihrem Handel unterstützen, werden von der Vergebung städtischer Aufträge ausgeschlossen. Juden haben auf Vergünstigungen, die seitens der Stadt gewährt werden, keinerlei Anrecht.“ Damit brachte sie jüdische Geschäftsleute, auch die Eltern Gumpel, in große wirtschaftliche Not. Potenzielle Kunden waren eingeschüchtert, wer weiterhin in jüdischen Geschäften einkaufte, lief Gefahr, mit Bild und Namen in der örtlichen Zeitung veröffentlicht zu werden. Gustav Gumpel verstarb 1937, zwei Jahre später verkaufte Rosalie Gumpel ihr Haus an die Familie Mengedoht, die dort ein Schuhgeschäft einrichtete. Rosalie Gumpel wurde am 1. November 1939 in das Haus der Familie Sternheim, des jüdischen Gemeindevorstehers, eingewiesen. Am 9. Dezember 1941 wurde sie nach Riga deportiert und im dortigen Ghetto umgebracht. Zuvor hatte sie den Weg ihrer drei Söhne, die alle bis 1937 Lemgo verlassen hatten, mit Briefen begleitet.

Kurt Gumpel lebte von 1937 bis 1939 in einem Auswanderungsvorbereitungslager in Neuendorf bei Fürstenwalde/Spree. Neuendorf war eine von der Jüdischen Arbeitshilfe e.V. betriebene „Hachschara“ (zu deutsch: „Tauglichmachung“)-Stätte. Gemeint war die organisierte Vorbereitung auf eine Auswanderung nach Palästina. Mit Fächern wie Hauswirtschaft, Hausarbeit, Feldarbeit und Milchwirtschaft, aber auch Hebräisch wurden die Auswanderungswilligen auf die Arbeit in der Landwirtschaft in Israel vorbereitet. Kurt Gumpels Weg sollte aber nicht nach Israel, sondern nach Dänemark führen. Kurz vor Kriegsbeginn konnte er am 29. Juni 1939 nach Dänemark ausreisen. Als 1940 deutsche Truppen auch Dänemark besetzten, waren Juden dort zunächst noch keinen Verfolgungen ausgesetzt. Als im September 1943 allerdings Deportationen der in Dänemark lebenden Juden beschlossen wurden, flüchtete Kurt Gumpel nach Schweden, wo er schwere landwirtschaftliche Arbeit verrichten musste, die seine Gesundheit nachhaltig in Mitleidenschaft zog. Am 31. Mai 1945 kehrte Kurt Gumpel von Schweden nach Dänemark zurück. Hier lernte er seine Frau Greta kennen, mit der er bis zu deren Tod 1985 in Dänemark und Spanien lebte. Seither lebt er in Belgien.

WAS HAT DAS PROJEKT GEBRACHT?

ÄUSSERUNGEN BETEILIGTER JUGENDLICHER

Simon, 16 Jahre: „Ich fand besonders interessant, was Juden alles machen und durchstehen mussten, um dem Regime zu entkommen. Sehr bewegt hat mich, dass das alles nicht nur irgendwo, sondern hier bei uns in Lemgo passiert ist. Das hat für mich einen viel tieferen Einblick und Eindruck hinterlassen, weil es ja auch etwas sehr Spezielles war, über eine Person so persönlich und genau zu berichten.“ (Simon hat dann später, nicht zuletzt angeregt durch das Kurt-Gumpel-Projekt, bei Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste seinen Zivildienst abgeleistet)

Sarah, 14 Jahre: „Ich habe gelernt, dass man mit den Menschen, die die NS-Zeit durchgemacht haben, sehr vorsichtig umgehen muss, auch so viele Jahre danach! Und ich habe großen Respekt vor Kurt Gumpel, der uns das ganze Material zur Verfügung gestellt hat!“

Benjamin, 18 Jahre: „Mir wurde jetzt erst so richtig klar, wie sich ein Jugendlicher in meinem Alter gefühlt haben muss. Die ganzen schrecklichen Erlebnisse tragen diese Menschen ihr ganzes Leben mit sich! Diese Erlebnisse darf man keinem weiteren Menschen antun, deswegen setze ich mich gegen den Rechtsextremismus ein!“

Johannes, 15 Jahre: „Mich hat betroffen gemacht, dass Menschen wie Kurt Gumpel schon in ihrer Kindheit alleine flüchten mussten. Vielleicht denken Menschen, die sich die Homepage angucken, ein bisschen mehr darüber nach, wie schlimm diese Zeit war, und werden nicht selbst rechtsextrem.“

Katja, 14 Jahre: „Ich habe viel bei unserem Projekt gelernt – vor allem fand ich interessant, mich in die Geschichte einer mir bis dahin nicht bekannten Familie einzuarbeiten.“

Jan, 15 Jahre: „Für mich war neu, dass die Juden Geschäfte oder Läden verkaufen mussten und das zu verbilligten Preisen. Mir wurde jetzt erst richtig klar, dass die Judenverfolgung so schrecklich war, dass die Juden von früher heute immer noch Angst haben. Durch dieses Projekt habe ich das erste Mal so richtig über die Judenverfolgung nachgedacht. In Zukunft werde ich Ausländer anders beurteilen, weil sie ja – wie Kurt Gumpel – auch Flüchtlinge sein könnten, die aus ihrem Land fliehen mussten oder vertrieben wurden.“

Michael, 16 Jahre: „Etwas, das mich während der Recherche beschäftigte, war die Art, wie die Dokumente in der Akte des Stadtarchivs verfasst waren. Die Dokumente aus der Nazizeit, die sich mit den Juden beschäftigten, waren in einer Art geschrieben, die mir manchmal Gänsehaut einflößte. Sie waren genau und explizit, aber gleichzeitig auch kalt und unmenschlich geschrieben, als ob es nicht um atmende Menschen, sondern um Vieh ging, das auf dem Weg zum Schlachter war. Einige dieser Dokumente zeigten mir die Abgründe der Seele, die diese Leute damals hatten, und lehrten mich, dass die Nazizeit nicht eine, für uns Jugendliche, weit entfernte Epoche dunkelster deutscher Geschichte ist, sondern eine Hölle auf Erden für die verfolgten Juden war, die sich unter gewissen Umständen überall auf der Welt wiederholen kann!“

Carolin, 16 Jahre: „Da ich mich schon etwas länger mit dem Zweiten Weltkrieg beschäftige, kann ich sagen, dass es dieses Mal etwas ganz anderes war als sonst. Auch wenn ich schon (Auto-) Biographien gelesen habe, war es viel persönlicher/bewegender, dazu auch noch Fotos und sogar Briefe zu lesen. Ein weiterer Faktor, dass es für mich so interessant und aufschlussreich war, war bestimmt auch, dass der Betroffene aus Lemgo kam. Wir konnten uns die Häuser, in denen er lebte, und die Gebäude, die er irgendwann nicht mehr betreten durfte, direkt angucken und irgendwie wurde dadurch klar: dieser Geschichte kann sich keiner entziehen. Auch wenn wir nicht selber dabei waren oder gar das Naziregime unterstützt haben, gehört das zu unserer Geschichte, wovon man nicht die Augen verschließen darf. Wenn man das tut, will man sich entweder schützen oder der Wahrheit nicht ins Auge blicken, wobei einem nicht gleich Rechtsradikalismus angedichtet werden muss. Durch die Erzählungen Betroffener erfährt man viel persönlichere Dinge. Erinnerungen und Geschichten, die in einer Fernsehdokumentation nicht so herüber gebracht werden können. Die Einblicke in die kleinen Schikanen und Brutalitäten finde ich auch sehr wichtig, da dadurch noch mehr die Stupidität dieses Regimes deutlich wird. Und durch diese Kleinigkeiten, die ich durch eben diese Arbeit erfahren habe, kann ich mir noch einmal vor Augen führen, wie schrecklich das gewesen sein muss (nachfühlen ist wohl unmöglich) und dass man

daran arbeiten muss, dass so etwas nie wieder passieren darf.“

Sina, 16 Jahre: „Ich finde toll von Kurt Gumpel, dass er sich bereit erklärt hat uns zu unterstützen und uns die originalen Briefe der Mutter und Dokumente zu geben, obwohl er über diese Zeit nicht sprechen möchte. Dadurch, dass wir mit den Briefen seiner Mutter gearbeitet haben, ist mir jetzt erst richtig klar geworden, welchen Wert sie für ihn haben müssen. Durch das Projekt habe ich mich zum ersten Mal mit dem Thema Rechtsextremismus befasst, da dies selbst in der Schule nie ein Thema war.“

Sebastian, 16 Jahre: „Mir wurde erst jetzt richtig klar, wie schlimm der Zweite Weltkrieg und seine Folgen waren und sind. Bis jetzt habe ich nicht so intensiv darüber nachgedacht, was damals geschehen ist. Ich hoffe, dass so etwas nie wieder passiert!“

Gundula, 15 Jahre: „Auch vor diesem Projekt habe ich mich mit diesem Thema schon beschäftigt, indem ich z.B. Tagebücher aus dieser Zeit gelesen habe. Mit dieser Biografie ist mir jedoch noch einmal klar geworden, dass auch hier in nächster Nähe Nazis durchgegriffen haben. Orte, wo Kurt Gumpel geboren ist und gelebt hat, kann ich immer noch besuchen – das lässt mich nachdenken. Von meinen Großeltern habe ich schon von früher erzählt bekommen, aber aus einer anderen Perspektive, da sie nicht die direkten Opfer waren. Ich finde es wichtig, sich mit diesem Thema auseinander zu setzen, wenn man bedenkt, dass so etwas jeden, auch uns, treffen könnte, wenn man die Anschuldigungen gegen die Juden ein wenig verändern würde und auf andere, auf uns übertragen würde.“

Jonas, 15 Jahre: „Mir hat das Projekt gezeigt, dass man aus zum Teil wenig Informationen viel machen kann. Ich hätte nie gedacht, dass unsere Arbeit so umfangreich wird.“

Danny, 16 Jahre: „Ich finde, wir haben Sinnvolles geleistet. Ich konnte etwas über die NS-Zeit und die Juden früher in Lemgo lernen. Es wäre schön, wir könnten die erarbeiteten Materialien auch im Schulunterricht noch benutzen.“

Julia, 17 Jahre: „Das Projekt hat mich sehr fasziniert, und ich war erstaunt darüber, dass es auch noch so andere interessante Geschichten von Lemgoern zu entdecken gibt, außer der von Karla Raveh, die den meisten Jugendlichen ja bekannt ist. Ich wusste bisher nicht, dass auch Lemgoer Firmen – zum Beispiel Firma Mengedocht – sich an der Entschädigung für Zwangsarbeiter beteiligt haben (fand ich sehr interessant). Ich bin der Meinung, dass wir mit der Aufarbeitung der Lebensgeschichte von Kurt Gumpel etwas sehr Positives geleistet haben. Außerdem halte ich es für sehr wichtig, dass man sich mit dem Thema Rechtsextremismus beschäftigt und über die Vergangenheit redet, denn nur so können wir vielleicht verhindern, dass so etwas noch einmal passiert. Ich denke, dass Kurt Gumpel sich auch noch heute mit schrecklichen Erinnerungen plagt, sollte für alle ein Zeichen sein, wie schlimm Rechtsextremismus sein kann. Vielleicht haben wir mit diesem Projekt bewirkt, dass wir mehr über uns, die Zukunft und die

Vergangenheit, nachdenken und sind uns (zumindest teilweise) bewusst geworden, dass wir mehr über manche Handlungen nachdenken sollten.“

WIE GING ES WEITER?

Im Dezember 2001 wurden alle beteiligten Jugendgruppen, auch die NicoTeens, von der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend zu einer Präsentation der Wettbewerbsprojekte nach Berlin eingeladen. Im Frühjahr 2002 überreichte der damalige Präses der Evangelischen Kirche von Westfalen, Manfred Sorg, Pfarrer Andreas Lange einen Preis, den die „Evangelische Darlehensgenossenschaft Münster“ ausgelobt hatte für besondere Förderung von Ehrenamt in Kirchengemeinden. In besonderer Weise anrührend war schließlich die Begegnung Kurt Gumpels im Sommer 2002 mit den Jugendlichen. Kurt Gumpel hatte am Heiligen Abend 2001 erstmals Gelegenheit, die Internetarbeit über sein eigenes Leben zu sehen – mit großer Rührung sah er von Has-selt aus das in Lemgo Entstandene, es war dies, so beschreibt es seine Familie in einem Gästebuch-Eintrag auf der Internetseite, ein ganz besonderer Weihnachtsabend.



NicoTeens im Gespräch mit Horst Mengedoht.



**„... UND ICH STEHE SCHUL-
DENFREI DA ...“ –
DER VERKAUF DES HAUSES
VON ROSALIE GUMPEL. EIN
FALLBEISPIEL DER „ARISIE-
RUNG JÜDISCHEN BESITZES“
IN DER KLEINSTADT**

Der in diesem Aufsatz vorzustellende Fall¹ gehört in einen Zusammenhang, der meist mit der Bezeichnung „Arisierung“ belegt wird. Es ist darauf hingewiesen worden,² dass dieser Begriff zwar

aus heutiger Sicht auf die Mitwirkung weiter Teile der deutschen Gesellschaft verweist, aber die Perspektive der Opfer ausschließt, die im Rahmen der „Arisierungspolitik“ materielle, physische und psychische Schäden erlitten. „Im weiteren Sinne bezeichnete die „Arisierung“ den Prozess der wirtschaftlichen Verdrängung und Existenzvernichtung der Juden, im engeren den Eigentumstransfer von „jüdischem“ in „arischen Besitz.““³

Seit Ende 1938 verwendeten NS-Stellen und staatliche Instanzen die Bezeichnung „Entjudung“, um „den Aspekt des Eigentumstransfers begrifflich nicht allzusehr in den Vordergrund zu rücken und stattdessen den gesellschaftlichen Charakter der wirtschaftlichen Existenzvernichtung hervorzuheben“⁴ und die Maßnahmen so in den Zusammenhang einer Politik zu stellen, die zum Ziel hatte, eine „Volksgemeinschaft“ zu formen, aus der „Volksfeinde“ und „Gemeinschaftsfremde“ auszuschließen waren.⁵ Die „wirtschaftlichen Entjudungsgesetze“ stellen damit nur einen Teilbereich der angestrebten „Gesamtentjudung“ dar.

Die „Arisierung“, die also als politisch-gesellschaftlicher Prozess zu verstehen ist, setzte unmittelbar nach der „Machtergreifung“ der Nationalsozialisten ein. Grob wird dieser Prozess in zwei Phasen eingeteilt,⁶ in eine „freiwillige Phase“ von 1933 bis 1938, in der sich der Staat aus der „Arisierung jüdischen Besitzes“ lange Zeit zurückhielt, und die „Zwangsphase und endgültige Liquidierung“ nach den Novemberpogromen 1938, als auf der Grundlage rasch erlassener Gesetze und Verordnungen die „Entjudung“ in kurzer Zeit durchgesetzt wurde, die unter Einhaltung gegebener Rechtsformen vollzogen werden sollte.

Die folgenden Ausführungen behandeln ein Beispiel aus dieser zweiten Phase. Vorgeschichte und Ausgangssituation, Ergebnisse also der „schleichenden“ Phase der „Arisierung“, sollen kurz skizziert werden. Der dann im Einzelnen darzustellende Fall soll aber nicht nur im Blick auf die Durchsetzung gesetzlich vorgegebener Regelungen hin betrachtet werden. Damit wäre, wie oben schon zur Begriffsverwendung „Arisierung“ ausgesagt, dieser Fall nur in begrenzter Weise behandelt. Es soll darüber hinaus versucht werden, durch eine möglichst detaillierte Darstellung von Aktionen und Reaktionen das Handeln der beteiligten Personen einzubeziehen und so den umfangreichen administrativen Verlaufsprozessen, welche die Personen in den Hintergrund treten lassen, einen Bezugspunkt zu geben. Als Besonderheit kommt hinzu, dass sich die Vorgänge im kleinstädtischen Rahmen abspielten. Anders als in Großstädten, in denen sich solche Eigentums- und Vermögenstransfers in anonymer Weise vollziehen konnten, waren die hier Beteiligten einander gut bekannt und trafen während des Ablaufs ständig aufeinander. Eine solche Beziehung gab es auch zwischen ihnen und den Vertretern von Administration und Partei. Diese besonderen Interaktions- und Kommunikationsstrukturen lassen die Kleinstadt als eigenes System hervortreten.

Die Pogrome vom November 1938 markierten den Übergang zum offenen und unverhohlenen Raub an jüdischem Eigentum durch den Staat, der für die Durchführung seine Behörden, vornehmlich die Finanzverwaltung, einsetzte.⁷ Das Programm dafür war seit Monaten geplant und vorbereitet, und das Attentat von Paris und die folgenden Pogrome dienten als willkommener Propagandavorwand, dieses Programm innerhalb weniger Wochen durchzusetzen und zu vollenden, was auf wirtschaftlichem Gebiet schon in den Jahren zuvor weitgehend durchgeführt war.

Am 12. November 1938 dekretierte Hermann Göring auf der Rechtsgrundlage der Durchführungs-Verordnung des Vierjahresplans die „Judenvermögensabgabe“ (JVA).⁸ Eine Milliarde Reichsmark sollten die Juden als „Sühneleistung“ aufbringen, mit deren Einziehung die Finanzämter beauftragt wurden. Es waren zunächst vier Raten zu je 5% des Vermögens zu entrichten (15. Dezember 1938; 15. Februar, 15. Mai, 15. August 1939). Zum 15. November 1939 wurde die JVA um eine fünfte Rate erweitert.⁹

Der JVA vorausgegangen war die Verordnung über die Anmeldung „jüdischen Vermögens“ vom 26. April 1938.¹⁰ Aus der Differenz aus der Summe der Anmeldungen und dem Aufkommen der JVA im Wege der Hochrechnung ist der zwischenzeitlich erfolgte Vermögensverlust der Juden, der „Arisierungsgewinn“, auf über drei Milliarden Reichsmark geschätzt worden.¹¹

Die unmittelbar nach den Pogromen erlassenen Verordnungen zur „Entjudung der Wirtschaft“ hatten neben der „Arisierung“ „jüdischen Grundbesitzes“ die rasche Über-eignung von Gewerbebetrieben zum Ziel, die noch im Besitz von Juden waren. Diese „Entjudung der gewerblichen Wirtschaft“ hatte für die Behörden Priorität und war

im Wesentlichen bereits Mitte 1939 abgeschlossen. Der Prozess der Übereignung nicht gewerblich genutzter Grundstücke und Häuser hingegen verlief schleppender. Nicht selten ging „jüdisches Eigentum“ erst mit der Deportation der Besitzer in die Verfügungsgewalt des Reiches über.¹²

Auf der Besprechung unter Leitung Görings am 12. November 1938¹³ war nicht nur die JVA beschlossen worden, hier wurden auch die Grundzüge der „Arisierung der Wirtschaft“ festgelegt. Schon hier wurde geäußert, daß „bei dieser ganzen Umwandlung“ auch der „Staat seinen Vorteil davon haben“ sollte.

Dass ein Teil der zu erwartenden Profite dieser „Arisierung“ an den Staat gehen sollte, wurde von Göring in einer Bestimmung vom 10. Dezember 1938 nochmals betont,¹⁴ und diese staatliche Beteiligung am Vermögensraub wurde in Bestimmungen der Folgezeit im Einzelnen festgelegt.

Mit der „Verordnung über den Einsatz jüdischen Vermögens“ vom 3. Dezember 1938¹⁵ war die gesetzliche Grundlage für die „Arisierung“ geschaffen worden. In diesem wie auch den anderen Gesetzen und Verordnungen wurde dafür nun der Begriff „Entjudung“ verwendet. Die Durchführungs-Verordnung vom 16. Januar 1939¹⁶ und der Durchführungs-Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 6. Februar 1939¹⁷ präzisierten die geplante Vorgehensweise. Die „Durchführung der Entjudung“ wurde zur „Sache der zuständigen Verwaltungsbehörden“ gemacht. Die Beteiligung der NSDAP war „durch eine weitgehend gutachtliche Anhörung der Gauleiter der NSDAP sichergestellt. Die Entscheidung und Verantwortung liegt jedoch ausschließlich bei den staatlichen Stellen.“

Die Trennung von Staats- und Parteiinstanzen war freilich nicht so deutlich ausgeprägt, wie der Wortlaut des Erlasses vermuten lassen könnte. Seit Bildung der Reichsstatthalterschaft 1933, die in fast allen deutschen Ländern – auch in Lippe – in Personalunion mit der Gauleitung verbunden war, gab es zumindest an der Spitze eine Vermengung beider Verwaltungsstränge. Unterhalb derselben liefen die Verwaltungswege staatlicher und parteilicher Instanzen getrennt ab. Eine Besonderheit gab es in Lippe. An der Spitze der Lippischen Landesregierung stand bis Anfang 1936 Staatsminister Riecke. Nach seiner Abberufung nach Berlin wurde das Amt nicht neu besetzt, sondern der Gauleiter von Westfalen-Nord, Dr. Alfred Meyer, Reichsstatthalter in Lippe und Schaumburg-Lippe, übernahm selbst die Geschäfte als Regierungschef. In der Praxis übte sein Stellvertreter, der Kreisleiter der NSDAP, Adolf Wedderwille, dieses Amt aus.

Verfügungen über Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte durch Juden waren vom 5. Dezember 1938 an genehmigungspflichtig. Genehmigungen waren zu erteilen von den oberen Verwaltungsbehörden, die unteren sollten lediglich gutachtlich zur Frage der Bewertung der Grundstücke gehört werden, nur in Ausnahmefällen, die





Blick in die Mittelstraße,
um 1910.

Zustimmung des Reichswirtschaftsministers vorausgesetzt, konnten nachgeordnete Behörden Genehmigungen erteilen. Veräußerungsverträge sollten grundsätzlich nur genehmigt werden, wenn „der Kaufpreis sich einigermaßen im Rahmen des Verkehrswertes hält“, der bei Grundstücken im Allgemeinen nicht unter dem Einheitswert liegen sollte. Verträge, bei denen der Preis „erheblich aus dem Rahmen des Verkehrswertes herausfällt, sollten nur unter der Auflage genehmigt werden, daß der Unterschied zwischen dem Kaufpreis und einem mäßigen Verkehrswert [Abschlag vom Verkehrswert bis zu 10 %] als Ausgleichszahlung an das Reich gezahlt wird.“ Diese Ausgleichsabgabe, bei Gewerbebetrieben 70 % der Differenz zwischen Kaufpreis und der von der Industrie- und Handelskammer vorgenommenen Bewertung, konnte bei Grundstücksveräußerungen bis zur vollen Höhe des Differenzbetrages eingefordert werden und durfte in ratenweiser Zahlung erfolgen.

Der Verkehrswert von Betrieben, aber auch von Grundstücken, lag, solange er sich im Besitz eines Juden befand, erheblich unter vergleichbarem Eigentum von Nicht-Juden. Ladengeschäfte z.B., deren Besitzer Juden waren, hatten den Geschäftsbetrieb zu dieser Zeit bereits eingestellt. Der Wert mußte natürlich dann deutlich ansteigen, wenn ein solches Geschäft, zudem noch in günstiger Geschäftslage, frei betrieben werden konnte.

Der Reichswirtschaftsminister äußerte sich in seinem Durchführungs-Erlass auch zu den bevorstehenden Aufgaben der Verwaltung: „Die Durchführung der wirtschaftlichen Entjudungsgesetze stellt an die Verw.-Behörden vorübergehend außerordentliche Anforderungen. Es muß aber erwartet werden, daß die mit der Durchführung betrauten Behörden entsprechend der großen politischen und wirtschaftlichen Bedeutung der ihnen gestellten Aufgabe alles daran setzen, um eine möglichst beschleunigte, zweckvolle und in jeder Weise einwandfreie Durchführung der Entjudung sicher[zu]stellen.“

„Einwandfreie Durchführung“ hieß, dass die Maßnahmen sich im vorgegebenen Rahmen der Durchsetzung von Verwaltungsentscheidungen zu bewegen hatten, und das bedeutete, dass solche Entscheidungen auch angefochten werden konnten und rechtsgültige Wirkung erst durch Entscheidungen auf höchster Ebene, Reichsfinanzhof⁸ und Reichswirtschaftsministerium, erhielten.

Hinter diesen Abläufen, die sich in den vorgegebenen Bahnen administrativen und bürokratischen Handelns vollzogen, traten die an Kauf und Verkauf direkt beteiligten Personen zurück. Ihre ganz unterschiedlichen Motive gingen in einem „Vorgang“ auf, der von der Bürokratie in den Formen des Routinehandelns bearbeitet wurde.¹⁹ Diese Feststellung muss im Blick auf die Besonderheiten der Kleinstadt freilich modifiziert werden. Die Angehörigen der Stadtverwaltung bis hin zum Bürgermeister, Käufer und Verkäufer einschließlich deren Rechtsvertreter waren einander gut bekannt, und es kam zu persönlichen Begegnungen auch außerhalb der administrativen und bürokra-

tischen Bahnen. Erst auf der überörtlichen Ebene des Verwaltungshandelns wird man von reinem Routinehandeln sprechen können.

Grundstücksveräußerungen aus jüdischem Besitz an Privatleute wurden im November 1941 untersagt. In der 11. Verordnung des Reichsbürgergesetzes vom 25. November 1941 wurde bestimmt, dass das bis dahin nicht veräußerte Wohneigentum von Juden dem Deutschen Reich zufallen sollte. Die Finanzbehörden hatten die Verwaltung zu übernehmen.

Die Eheleute Gumpel hatten nach ihrer Heirat 1911 im Haus Mittelstraße 82, das dem Uhrmachermeister Meierkamp gehörte, ein kleines Textilwarengeschäft eröffnet. In dem Haus befanden sich zwei Ladengeschäfte. Nachdem die Gumpels das Haus erworben hatten, betrieben sie ihr Geschäft in dem größeren Ladenlokal, das kleinere wurde an Meierkamp vermietet, in dem bis Anfang der vierziger Jahre ein Uhrenverkaufsgeschäft betrieben wurde. 1925/26 nahmen die Gumpels umfangreiche Umbauarbeiten vor, u.a. erhielt der Laden einen direkten Zugang zur Straße hin. Zur Finanzierung dieses Umbaus hatten sie Hypotheken von über 14 000 RM auf das Grundstück legen lassen. Diese recht umfangreichen Investitionen können als Beleg dafür dienen, dass die Gumpels von einer günstigen Geschäftsentwicklung ausgingen.

Die „Machtübernahme“ der Nationalsozialisten leitete den Niedergang ein. Höhepunkt der Boykottkampagne gegen jüdische Geschäftsinhaber war der Sommer 1935. In einem Rundschreiben an sämtliche Ortsgruppen und Stützpunkte forderte die NSDAP-Kreisleitung Detmold am 9. August 1935 dazu auf, dafür zu sorgen, dass der Geschäftsbetrieb jüdischer Kaufleute beendet werde.²⁰ Durch Hetzartikel in der Presse wurde diese Kampagne unterstützt und gipfelte in Gemeindefassungen gegen „Juden und Judenknechte“. Am 12. August erließen die Lemgoer ihre Satzung.²¹ Presseartikel mahnten raschen Vollzug an: „Der Kampf gegen das anmaßende Verhalten der Juden hat in Lemgo mit der bekannten Beschlußfassung der städtischen Körperschaft greifbare Formen angenommen. An jedem einzelnen deutschen Volksgenossen liegt es nun, diesen Kampf zum Erfolg zu führen.[...] Der zukunftsfrohe Ausspruch der Jüdin Frau Gumpel, daß ihr Geschäft in letzter Zeit wieder besser gehe, klagt die an, die lieber zum Juden gehen als deutsche Kaufleute zu unterstützen.“²²

Der öffentlich ausgeübte Druck auf potenzielle Kunden führte bald zum gewünschten Erfolg. Ende 1935/Anfang 1936 war der Geschäftsbetrieb aufgegeben. Das genaue Datum läßt sich nicht bestimmen. Nach dem Krieg, im Zuge der Wiedergutmachungsverhandlungen, wurde der 15. Juli 1936 als geschätzter Termin der Geschäftsliquidierung genannt. Im Dezember 1935 hatten die Gumpels noch eine Grundschuld von 2 000 RM auf ihren Grundbesitz eintragen lassen, eine Maßnahme, die man wohl als Versuch interpretieren kann, wenigstens eine begrenzte Sicherheit für ihren Besitz zu erhalten.

Schuhmachermeister Mengedoht, der Werkstatt und Schuhgeschäft im hinteren Teil des Hauses Mittelstraße 42 betrieb, hatte bereits 1936 Interesse am Erwerb des



Abb. oben: Rosalie und Gustav Gumpel, um 1930.

Abb. unten: Das Haus Mittelstraße 82 vor dem Umbau, um 1900.

Leuzer, den 11. 3. 25
11 1/2 1/2 1/2 1/2
11. 678.

An den Magistrat der Stadt Leuzer

In meinem Hause, Mittelstr. N: 82
beabsichtige ich einen Laden nebst
meiner Verkaufsanstalt und billigen
Klämmer in. Probenräumen herzustellen
sind bitte mir nebst nötiger Erlaubnis
der Genehmigung?

~~Gumpel~~

Gestattungsb. v.
Gustav Gumpel

11. 3. 25

1/2 M. des H. B. A. z. Herkunfts
27 1/2 1/2 1/2 1/2
M. B.

10/2
f.

Gumpelschen Hauses geäußert. Die Gumpels waren wohl bereit, ihm ihren Laden zu vermieten, konnten sich zu einem Verkauf aber nicht entschließen. Es gelang ihnen, Mieter zu finden, und diese Mieteinnahmen waren nun Grundlage ihrer Existenzsicherung.

Am 6. Januar 1937 starb Gustav Gumpel. Die drei Söhne verließen in den Jahren 1935–1937 die Stadt. In den Verhandlungen über den Verkauf ihres Hauses war Frau Gumpel auf sich allein gestellt.

1. PHASE DES VERKAUFSPROZESSES (NOVEMBER 1938 BIS JULI 1939)

Die unmittelbar auf die Novemberpogrome folgenden Gesetze zur „Entjudung“, die Judenvermögensabgabe, die für Frau Gumpel in Raten von je 600 RM festgesetzt war, die am 3. Dezember 1938 erlassene Verordnung über den „Einsatz jüdischen Vermögens“ machten klar, dass Grund- und Hausbesitz nicht zu halten waren. Ob Frau Gumpel die Initiative ergriff und die Eheleute Mengedoht aufsuchte, um diesen ihren Besitz zu verkaufen, wie diese nach dem Krieg behaupteten, oder ob nicht vielmehr die Kaufinteressenten, die ja schon 1936 das Haus hatten erwerben wollen, die veränderte Situation nutzen wollten, ist nicht ganz deutlich. Jedenfalls richtete Herr Mengedoht am 14. Dezember 1938 über den Lemgoer Bürgermeister einen Antrag an die Kreisleitung der NSDAP, das Haus zum Verkauf freizugeben, da das Gesetz „über die Einziehung[!] des jüdischen Vermögens“ den direkten Verkauf unmöglich mache. Er verwies noch darauf, dass er am Tag zuvor mit Gauamtsleiter Steinecke die Angelegenheit besprochen habe, legte eine schriftliche Erklärung Frau Gumpels bei, datiert vom 10. Dezember, in der diese bestätigte, dass sie mit ihm über den Kauf verhandele und ihm das Grundstück zu verkaufen beabsichtige. Er bat noch darum, vor dem Kauf das Haus auf seinen Wert taxieren zu lassen.²³

Der Kaufinteressent versuchte also zunächst, mit direkter Unterstützung der NSDAP seine Kaufabsicht zu realisieren und so auch Druck auf die Verwaltungsbehörden auszuüben.

Walter Steinecke, dessen Unterstützung er gesucht hatte, war einer der einflussreichsten NS-Funktionäre in Lippe. Der Hauptmann a.D., nach dem Weltkrieg als Kunstmaler und Grafiker tätig, war mit einer Tochter des langjährigen Lemgoer Bürgermeisters Ernst Höland (Bürgermeister von 1895–1916) verheiratet, einer glühenden Hitler-Verehrerin. Er hatte den Wahlkampf in Lippe im Januar 1933, die „Durchbruchschlacht in Lippe“, mit organisiert und hatte ein ganz enges Verhältnis zu Gauleiter und Reichsstatthalter Dr. Alfred Meyer, der seine schützende Hand noch über ihn hielt, als er wegen alkoholischer Exzesse und sexueller Eskapaden in die Kritik auch einzelner Parteistellen geraten war.²⁴ Seit Dezember 1937 war er auch Beigeordneter (Stadtrat) der Stadt Lemgo und damit einer der Vertreter des Bürgermeisters der Stadt.

Es gibt etliche Beispiele, die zeigen, dass Lemgoer Bürger, auch ganz unterschiedlicher politischer Einstellung, Steineckes Einfluss zu nutzen suchten, um eigene Interessen durchzusetzen, aber auch um bedrohlichen Situationen zu entgehen, in die sie wegen kritischer Äußerungen über Partei und Politik geraten waren. So hatte sich z. B. Heinrich Kuhlmann, der im März 1933 vor der Reichstagswahl einen Wahlaufruf für den Evangelischen Volksdienst veröffentlicht hatte, in dem er deutliche Kritik an der NS-Ideologie übte, erfolgreich an Steinecke gewandt, um einer drohenden Inhaftierung zu entgehen.²⁵ Im November 1941 gelang es Franziska Wiese, Inhaberin eines Lemgoer Textilgeschäftes, mit Steineckes Hilfe, dem sie dafür Schuldenerlass zusagte, zwei Frauen der Lemgoer katholischen Gemeinde aus dem Gestapo-Gefängnis in Bielefeld frei zu bekommen, wo diese wegen Verteilung des Predigttextes Bischof Gahlens gegen das Euthanasieprogramm der Nationalsozialisten inhaftiert waren.²⁶ Auch Frau Gumpel – darauf wird noch einzugehen sein – wandte sich in einer späteren Phase der Kaufverhandlungen an den Gauamtsleiter.

Es gehörte zum kleinstädtischen Alltag im Nationalsozialismus, dass parteiliche und behördliche Abläufe auf ein persönliches Beziehungsgeflecht trafen, das dafür sorgen konnte, dass Entscheidungen, die von außen kamen, beeinflusst und abgewandelt werden konnten. Die „Kleinstadt“ bildete so ein eigenes System mit eigenen Gesetzmäßigkeiten neben den allgemeinen Systemen von Partei und Verwaltung.

Am 19. Dezember 1938 gab Mengedoht dann auf dem Lemgoer Rathaus eine Erklärung ab: Er beabsichtige, das Haus Gumpel für einen Preis von 16 000–17 000 RM zu kaufen. Der Einheitswert des Grundstücks betrage zwar 21 000 RM und diesen Preis verlange Frau Gumpel auch, aber da das Haus sich in einem schlechten baulichen Zustand befinde, könne er höchstens jene Summe aufwenden, und er beantrage, den Wert des Hauses durch Sachverständige ermitteln zu lassen.²⁷

Nach einer späteren Aussage des Lemgoer Bürgermeisters (Schreiben vom 1. Februar 1941 an die Landesregierung) hatte Frau Gumpel ursprünglich 23 000 RM als Kaufpreis ansetzen wollen, weil sie diesen Wert genannt habe, als sie zur Judenvermögensabgabe (JVA) herangezogen wurde. Auf sein Zureden hin habe sie dann aber in der Kaufverhandlung mit Mengedoht den Verkaufspreis auf 21 000 RM, gleich dem Einheitswert, ermäßigt. „Diesen Wert hat m.E. bei der Geschäftslage das Grundstück, trotz seiner baulichen Mängel.“²⁸

Die hier genannten Zahlenangaben und das Einverständnis der Frau Gumpel, den Verkaufspreis in der Höhe des Einheitswertes anzusetzen, obwohl sie doch selbst kurze Zeit zuvor bei der Veranlagung zur Judenvermögensabgabe von einem größeren Wert ausgegangen war, lassen die finanzielle Notlage erkennen, in der sie sich nun befand. Sie hatte ja vom 15. Dezember 1938 an in vierteljährlichen Abständen je fünf Prozent ihres Vermögens als Vermögensabgabe zu bezahlen, und die Finanzämter waren

angewiesen, in erster Linie Bargeld einzuziehen. Zu den jeweiligen Terminen hatte Frau Gumpel 600 RM zu bezahlen.²⁹

Die Erklärung Mengedohts vom 14. Dezember legte der Lemgoer Bürgermeister einem Schreiben bei, das er am 20. Dezember 1938 an die Landesregierung sandte. Er wies darauf hin, dass die Kaufverhandlungen noch nicht zu einem Abschluss gekommen seien, weil über die Höhe des Kaufpreises noch keine Einigung erzielt worden sei. Er fragte an, ob er die beantragte Schätzung des Grundstückswerts veranlassen und dann Frau Gumpel zum Verkauf zu dem so ermittelten Wert ermächtigen könne. Der Bürgermeister wurde negativ beschieden, derartige Anordnungen seien den höheren Verwaltungsbehörden vorbehalten.

Die Kaufverhandlungen waren also ins Stocken geraten, weil Frau Gumpel nicht unter dem Einheitswert verkaufen, der potenzielle Käufer aber zu einem deutlich niedrigeren Preis abschließen wollte und die Landesregierung, sicher auch im Blick auf die festzusetzende Ausgleichsabgabe, die dem Käufer aufzulegen war, der örtlichen Behörde eine solche Eigenständigkeit nicht einräumen wollte. Dies wäre ohnehin nur mit Zustimmung des Reichswirtschaftsministeriums möglich gewesen.

Eine ganz neue Situation trat ein, als sich ein weiterer Kaufinteressent meldete. Am 20. Januar 1939 gab Minna Volland auf dem Rathaus die Erklärung ab, sie habe die Absicht, das Gumpelsche Haus zu erwerben. Sie wolle ihr Wollstickereigeschäft aus der ungünstigen Lage in der Echternstraße in die günstigere Geschäftslage in der Mittelstraße verlegen. Frau Gumpel sei auch bereit, an sie zu verkaufen, ein Kaufpreis sei noch nicht vereinbart. Sie bat um Feststellung des Grundstückswertes durch zwei Sachverständige, die Kosten dafür wolle sie übernehmen.

Noch am gleichen Tag erschien auch Schuhmachermeister Mengedoht auf dem Rathaus und gab eine Erklärung ab, die erheblich von der ursprünglich gegebenen (19. Dezember 1938) abwich. Er erklärte sich nunmehr dazu bereit, das Haus zu einem Preis in Höhe des Einheitswertes von 21 000 RM zu erwerben. Das Kaufgeld wolle er in bar oder in Raten nach Bestimmung der Regierung bezahlen. Auch sei er bereit, Kosten und Steuern ganz zu übernehmen, wenn der Kauf anders nicht zustande kommen könne. Von der Forderung nach Taxierung des Wertes zur Bestimmung des Kaufpreises war nun nicht mehr die Rede.

Es ist anzunehmen, dass die zwischenzeitlich eingetretene Konkurrenzsituation den Kaufinteressenten dazu bewogen hatte, so deutlich von seinen ursprünglich geäußerten Vorstellungen abzuweichen. Auch die Bestimmung des Wertes des Hauses trat hier deutlicher zutage. Die baulichen Mängel spielten offenbar keine Rolle mehr. Die Ansetzung des Kaufpreises in Höhe des Einheitswertes erschien nun äußerst vorteilhaft. Damit kommentierte der Kaufinteressent indirekt seine zuvor genannten Preisvorstellungen.

Wenige Tage später, am 24. Januar 1939, gab Frau Gumpel dann folgende Erklärung ab: Sie sei zum Verkauf ihres Hauses zu einem Preis in Höhe des Einheitswertes von 21 000 RM bereit, das Kaufgeld müsse in bar ausgezahlt werden, „da ich das Geld dringend benötige, weil meine beiden Söhne und demnächst auch ich auswandern wollen.“ In dem Haus müssten ihr bis zur Auswanderung zwei Räume gegen eine angemessene Miete zur Verfügung gestellt werden, „da mich sonst ja kein Hausbesitzer aufnimmt.“ Ihr sei es gleich, wer von den beiden Bewerbern den Zuschlag erhalte, die Entscheidung überlasse sie der Regierung.³⁰

Vor Rechtsanwalt und Notar Dr. Magerhans wurde dann am 28. Januar 1939 der Kaufvertrag Gumpel/Mengedoht abgeschlossen. Nicht der Schuhmachermeister, sondern seine Frau wurde als Käuferin eingetragen. Der Kaufpreis betrug 21 000 RM, entsprechend dem Einheitswert. Die Käuferin übernahm die Hypotheken (insgesamt 14 046 RM). Besitz- und Nutzungsrechte sollten vom 15. Februar an auf die Käuferin übergehen. Eine erste Rate von 2 000 RM wurde noch im Januar, eine zweite über 2 500 RM im Februar auf Frau Gumpels Konto überwiesen, freilich mit Sperrvermerk. Der Kaufvertrag bedurfte noch, der Verordnung vom 3. Dezember 1938 über den „Einsatz jüdischen Vermögens“ entsprechend, der Genehmigung durch die Landesregierung, dann war die Restkaufsumme fällig. Gegen Zahlung einer Miete (mtl. 10 RM) durfte Frau Gumpel weiterhin in dem Haus wohnen bleiben.³¹

Wegen der Kontensperrung, die bis zur Genehmigung des Vertrages durch die Landesregierung dauern sollte, hatte Frau Gumpel von dem Verkauf zunächst nichts. Einlagen auf diesem Konto wurden zudem später vom Finanzamt gepfändet. Darauf wird noch einzugehen sein.

Bereits am 15. Februar 1939, dem Tag, an dem die Nutzungsrechte auf den Käufer übergehen sollten, stellte dieser einen Antrag beim Kreisbauamt auf Genehmigung erster Umbauarbeiten. „In meinem neu erworbenen Hause in Lemgo, Mittelstr. 82, beabsichtige ich die vorhandene Schaufensteranlage [...] abzuändern und bitte um recht baldige Erteilung der Bauerlaubnis“. Kurze Zeit später, am 30. März, erfolgte die Gebrauchsabnahme des zwischenzeitlich fertiggestellten Umbaus.

Die gutachtliche Anhörung der Gauleitung der NSDAP war rasch durchgeführt. Die Anfrage der Gauleitung bei der Kreisleitung in Detmold, ob gegen den Käufer Bedenken bestünden, war mit dem Hinweis auf dessen frühen Parteieintritt erledigt.³² Umfangreicher Schriftverkehr zwischen Bürgermeister, Landrat und der Landesregierung wurde aber geführt über den anzusetzenden Wert des Kaufobjektes, und damit über die Höhe des vom Käufer an das Reich abzuführenden „Entjudungsgewinns“.

Am 27. März mahnte der Landrat beim Lemgoer Bürgermeister die Erstellung eines detaillierten Gutachtens über die Höhe des Kaufpreises an. Dieser ließ sich mit seiner Antwort beinahe zwei Monate Zeit und teilte am 17. Mai mit, dass die Verzögerung sich

durch die Überlastung des Amtstaxators ergebe, das Stadtbauamt sei deshalb um das geforderte Wertgutachten ersucht worden.³³

Am 15. Juni schickte der Landrat diese Begutachtung nach Detmold, im Begleitschreiben griff er die Angaben auf und machte eigene Abänderungsvorschläge. Der Sachwert sei auf 19 430 RM, der Ertragswert auf 12 726 RM festgelegt worden, daraus ergebe sich als Mittelwert ein Verkehrswert von ca. 16 000 RM. Dieser erscheine zwar angesichts des Einheitswertes von 21 000 RM zu gering, dennoch habe sich der Taxator wegen der schlechten Bausubstanz, hingewiesen worden sei vor allem auf die Feuchtigkeit in den unteren Räumen des Hauses, auf diese 16 000 RM festgelegt. Der Lemgoer Bürgermeister hingegen habe 18 000 RM als Kaufpreis empfohlen. Der Landrat machte nun den Vorschlag, als Verkehrswert 17 000 RM anzusetzen, und bemerkte dazu noch, dass der Ehemann der Käuferin seit einiger Zeit sein Schuhwarengeschäft in dem Haus betreibe, eine Bemerkung, die wohl auf den gestiegenen Verkehrswert hindeuten sollte.

Die Landesregierung folgte dem Vorschlag des Landrats. Am 20. Juli 1939 genehmigte sie den Kaufvertrag vom 28. Januar 1939, fügte aber als Auflage hinzu, dass vom vereinbarten Kaufpreis von 21 000 RM vom Käufer 4 000 RM als Ausgleichszahlung an das Deutsche Reich abzuführen seien, da der Verkehrswert des Grundbesitzes den angestellten Ermittlungen nach nur 17 000 RM betrage.³⁴

2. PHASE DES VERKAUFSPROZESSES (JULI 1939 BIS JUNI 1940)

Nach dieser Entscheidung, gegen den Beschwerde beim Reichswirtschaftsministerium zulässig war, hätte Frau Gumpel also nach Abzug der Hypotheken nur noch knapp 3 000 RM für ihr Haus erhalten. Erst jetzt suchte sie einen Rechtsbeistand und beauftragte Dr. Gustav Meyer in Bielefeld³⁵ mit der Wahrnehmung ihrer Interessen, der auch sogleich Beschwerde einlegte. Diese Beschwerde liegt im Wortlaut nicht vor. Zu vermuten ist, daß der Protest sich gegen die Ansetzung des niedrigen Verkehrswertes, nicht gegen die dem Einheitswert entsprechende Festsetzung des Kaufpreises (21 000 RM) richtete. Warum Frau Gumpel nicht schon früher, bei der Abfassung des Kaufvertrages, anwaltliche Unterstützung gesucht hatte, ist nicht ganz klar. Anzunehmen ist, dass sie der Neutralität und der Beraterfunktion des Lemgoer Notars vertraut hatte, der den Kaufvertrag beurkundete. Wie sich später herausstellte, enthielt dieser Vertrag auch einige Undeutlichkeiten, die sich zum Nachteil der Frau Gumpel auswirkten. Darauf gehe ich weiter unten noch genauer ein.

Auch die Käuferseite war mit dem Entscheid nicht zufrieden. Sie musste den vollen Preis (21 000 RM) zahlen, wenngleich die Verkäuferin nur einen Teil erhalten sollte, und der Kaufvertrag wurde erst gültig, wenn die 4 000 RM Ausgleichsabgabe bei der Landeshauptkasse eingezahlt worden waren. Ihr Protest richtete sich dagegen, dass der Kaufpreis zu hoch angesetzt gewesen sei. Zur Begründung wurden die baulichen

Mängel angeführt, die größere, kostspielige Reparaturen erforderten. Einen entsprechenden Antrag stellte Frau Mengedoht, die als Käuferin eingetragen war, an die Landesregierung und erhielt die Unterstützung des Lemgoer Bürgermeisters. In einem Schreiben an die Regierung bestätigte er nicht nur, dass wesentlich umfangreichere Reparaturen, als beim Kauf angenommen, nötig seien und deswegen der Kaufpreis von 21 000 RM zu hoch angesetzt gewesen sei, sondern fügte auch noch Begründungen hinzu, die den Erwerber im besonderen förderungswürdig erscheinen lassen sollten: „Weiter ist es richtig, daß Mengedoht sich schon sehr früh zur NSDAP bekannt und damals großen geschäftlichen Schaden dadurch erlitten hat. Mit den aus früheren Jahren herrührenden Sorgen hat er heute noch zu kämpfen, und jede Erleichterung, die ihm bei der Schaffung einer Existenz in dem ehemals jüdischen Hause gewährt werden kann, wird von hier aus dringend befürwortet.“³⁶

Während all der Monate seit dem Hausverkauf wohnte Frau Gumpel noch in ihrem Haus, in dem nunmehr das Schuhgeschäft betrieben wurde. Man kann erahnen, welche Spannungen hier auszuhalten waren. Am 21. August 1939 stellte der Schuhmachermeister dann den Antrag, „die in meinem Haus wohnende Jüdin Gumpel anderweitig unterzubringen.“³⁷

Die Verordnung vom 3. Dezember 1938 über den „Einsatz jüdischen Vermögens“ hatte den Erwerb von Grundstücken durch Juden, auch den Erwerb von Rechten an Grundstücken untersagt. Im Durchführungs-Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 6. Februar 1939 war diese Bestimmung konkretisiert worden. Demnach war auch die Eintragung eines Wohnrechtes zugunsten des jüdischen Veräußerers verboten. Ob also im Kaufvertrag vom 28. Januar 1939 ein solches Wohnrecht, das Frau Gumpel ja immer gefordert hatte, eingetragen war oder nicht, war gleichgültig, nach dem Wortlaut des Durchführungs-Erlasses war es als ungesetzlich und damit ungültig zu betrachten. Der Antrag Mengedohts brauchte also nicht weiter begründet zu werden. Seit April 1939 (30. April) konnte überdies jüdischen Mietern ohne weiteres gekündigt werden. Die Phase der allgemeinen Ghettoisierung, der Zusammenführung der Juden in einzelne Häuser, die noch im Besitz von Juden waren, sogenannten Judenhäusern, hatte begonnen.

Aus stichwortartig gehaltenen Bemerkungen der städtischen Behörde auf dem Antragspapier lassen sich die Überlegungen erkennen, die angestellt wurden, wie dem Antrag zu entsprechen sei. „Im Hause Lenzberg [Bismarckstr. 16] und Davidsohn [Schuhstr. 28] werden in Kürze Räume frei.“ Schließlich „Einzug bei Sternheim“ [Paulinenstr. 5] – 23. Oktober 1939. Mehr als acht Monate also hatte das gemeinsame Wohnen im ehemals Gumpelschen Haus in der Mittelstraße gedauert. In einem Brief des Hans Gumpel an seinen Bruder Herbert vom 30. Dezember 1939 findet sich dazu die Bemerkung: „[Mutter] wohnt jetzt bei Sternheims. Sie hat bewundernswerte Nerven und hat

sich in die unvermeidliche Situation gefunden.“ Vergeblich hatte Frau Gumpel noch versucht, die zum 15. November 1939 fällige 5. Rate der Judenvermögensabgabe von 600 RM abzuwenden. Am 4. Dezember 1939 lehnte der Oberfinanzpräsident Westfalen in Münster ihren Antrag ab.³⁸

In das Sternheimsche Haus wurden später noch eine andere jüdische Familie (Familie Katz) und Einzelpersonen (Hedwig Loewenthal) eingewiesen. Man kann erahnen, wie sich unter diesen Verhältnissen die äußeren Lebensumstände und die psychische Befindlichkeit der aufs engste zusammengedrängten Bewohner des Hauses gestalteten.³⁹

In einem Schreiben vom 11. Juni 1940, also fast ein Jahr nach der Genehmigung des Kaufvertrags durch die Lippische Landesregierung, reagierte das Reichswirtschaftsministerium auf die vorgebrachten Beschwerden und beanstandete die Genehmigung des Kaufvertrags.⁴⁰ Der Kaufpreis sei herabzusetzen und die Leistung der Ausgleichszahlung müsse ausdrücklich „dem deutschblütigen Erwerber“ auferlegt werden. Dieser letzte Punkt wurde als formaler Grund für die Beanstandung angegeben. Außerdem, da es sich um ein Ertragsgrundstück handele, brauche nicht der Realwert berechnet zu werden, sondern der Ertragswert, der dem Verkehrswert gleichzusetzen sei. Von dem ermittelten Ertragswert seien die Reparaturaufwendungen abzusetzen. Dem vereinbarten Kaufpreis sei die Hälfte der Aufwendungen der Käuferin (Gründerwerbssteuer etc.) zuzurechnen. Schließlich, unter Bezug auf die Erklärung der Käuferseite vom 19. Dezember 1938 über den schlechten baulichen Zustand, wurden Zweifel geäußert, ob in diesem Fall eine Ausgleichsabgabe überhaupt in Frage komme.

Wie die Berechnung des Ertragswertes „angesichts der besonderen Erfordernisse des Entjudungsverfahrens“ vorzunehmen sei, war in einem Erlass des Reichswirtschaftsministers an die Landesregierungen vom 23. Oktober 1939 (III L 23081 / 39) vorgeschrieben worden. Auf diesen Erlass verwies das Reichswirtschaftsministerium ausdrücklich und forderte die Lippische Landesregierung zu einer erneuten Wertberechnung auf.

3. PHASE DES VERKAUFSPROZESSES (JUNI 1940 BIS AUGUST 1940)

In diesem Erlass war das Verfahren zur Festlegung des Grundstückswertes bestimmt worden. Der Verkehrswert sollte dem Ertragswert entsprechen, – die Orientierung am Einheitswert war aufgegeben worden. Bei der Festsetzung des Ertragswertes war die steuerliche Belastung so anzusetzen, wie sie „nach der Entjudung“ beschaffen sei, d.h. dass Steuerermäßigungen, die der Erwerber beanspruchen konnte, bei der Berechnung des Verkehrswerts zu berücksichtigen waren. Die Differenz sollte vom Käufer als Ausgleichszahlung an das Deutsche Reich entrichtet werden. Bei der Berechnung des „Entjudungsgewinns“, der damit sich nicht nur aus dem Unterschied in der steuerlichen Belastung eines jüdischen und nichtjüdischen Besitzers errechnete, sondern auch aus der Gleichsetzung von Ertragswert und Verkehrswert herzuleiten war, konnten einma-

lige Aufwendungen für Erhaltung des Grundstücks oder erforderliche Renovierungsarbeiten abgesetzt werden. Zu berücksichtigende Aspekte bei der Wertberechnung waren steuerliche Belastung, Instandhaltungs-, Betriebs-, Verwaltungskosten, Schönheitsreparaturen und ein sogenanntes Wagnis.

Die Gleichsetzung von Ertragswert und Verkehrswert bedeutete eine besondere Benachteiligung des jüdischen Eigentümers. Im gegebenen Fall war es, neben den Ausbaumöglichkeiten, die das Haus bot, vor allem die günstige Geschäftslage, von der die Käufer angezogen wurden, die Haus und Grundstück wertvoll machte. Dass der Wert des Hauses weit über einem wie auch immer berechneten Ertragswert lag, war ja schon ganz am Beginn der Kaufverhandlungen deutlich geworden, als sich mit Frau Volland ein weiterer Kaufinteressent gezeigt und den Schuhmachermeister dazu bewogen hatte, einem Preis über dem Einheitswert von 21 000 RM zuzustimmen.

Nach den im Erlass genannten Grundsätzen wurde der Ertragswert des Hauses von Dipl.-Ing. Blinkwede vom Kreisbauamt berechnet. Er kam auf einen Ertragswert von 16 550 RM. Als Einnahmen waren der Mietwert von Wohnung und Laden Mengedoht mit mtl. 150 RM, die Mieteinnahme aus den an Frau Meierkamp vermieteten Räumen mit mtl. 30 RM angegeben. Auf der Ausgabenseite erschienen neben Grundsteuer, ermäßigter Entschuldungssteuer, Betriebs- und Instandhaltungskosten 3 % der Rohmiete als Verwaltungskosten und unter dem Stichwort „Wagnis“ 5 % der Rohmiete, „da das Haus bereits 140 Jahre alt ist.“

Landrat Gruner in Brake übersandte diese Berechnung an die Landesregierung. Der Ertragswert von 16 550 RM sei also als Verkehrswert anzusetzen, er selbst habe ja auch schon früher (15. Juni 1939, vgl. oben) vorgeschlagen, den Verkehrswert auf ca. 17 000 RM festzusetzen. Ergänzend fügte er hinzu, daß von der Auflage einer Ausgleichszahlung Abstand genommen werden solle.⁴¹

Am 27. August 1940 gab dann die Lippische Landesregierung den endgültigen Bescheid. Unter Bezugnahme auf das Schreiben des Reichwirtschaftsministeriums hob sie ihre eigene Entscheidung vom 20. Juli 1939, die Genehmigung des Kaufvertrages, auf. Die vom Kreisbauamt vorgelegte Ertragswertberechnung wies sie aber zurück. Nicht stattgegeben wurde der Ansetzung von Verwaltungskosten, „ebenso bedarf es bei einem solchen Grundstück nicht der Ansetzung eines Postens für Wagnis, noch dazu in der ungewöhnlichen Höhe von 5 % der Rohmiete. Das Alter des Hauses ist bereits bei den Abschreibungen genügend berücksichtigt.“ Der Ertragswert werde dadurch höher und betrage rund 19 700 RM. „Der Verkehrswert des Grundstücks wird auf 19 700 RM festgesetzt und der Kaufpreis von 21 000 RM auf 19 700 RM gesenkt. Die von der Erwerberin zu zahlende Ausgleichsabgabe beträgt 1 300 RM und wird bis zum 1. Juli 1941 mit der Maßgabe gestundet, daß auf die Zahlung nachweisbare Aufwendungen der Erwerberin für werterhaltende Reparaturen am Grundstück angerechnet werden.“⁴²

Offen bleiben muss die Antwort auf die Frage, was den Taxator vom Kreisbauamt bewogen haben mag, die Ausgabenseite so hoch und damit den Ertragswert so niedrig anzusetzen und sich so ganz dem Interesse der Käuferseite zuzuordnen. Bei der Ansetzung der Instandhaltungskosten mit 12 % der Rohmiete hatte er sich an die obere Grenze der im Erlass gewährten Spannbreite (8 %–12 %) gehalten, ebenso bei der Abschreibung mit 1 % von rund 20 000 RM. Die Ansetzung von Verwaltungskosten bei nur einer einzigen fremdvermieteten Wohnung fand die Regierung ungewöhnlich, ebenso die Bestimmung eines „Wagnis“ mit 5 % der Rohmiete, zumal dieses „Wagnis“ nach dem Wortlaut des Erlasses sich zwischen 2 % und 4 % der Rohmiete bewegen sollte und nur aus besonderen Gründen zu erhöhen war.

Eindeutig kann auch nicht geklärt werden, was die Landesregierung veranlasste, die Empfehlungen (Landrat) und Berechnungen (Kreisbauamt) so deutlich zurückzuweisen. Ein Zusammenhang kann aber gesehen werden mit dem Bestreben, die „privaten Arisierungsgewinne“ zugunsten staatlicher Beteiligung an diesen Gewinnen zu beschränken. Schon in den ersten Verordnungen nach den Novemberpogromen 1938 war das staatliche Interesse deutlich geworden, einen Teil der „Entjudungsgewinne“ sich selbst zuzuschauen. Am 10. Juni 1940 war in der „Verordnung über die Nachprüfung von Entjudungsgeschäften“⁴³ verfügt worden, dass für Vorteils-Erwerbe ab 30. Januar 1933 eine „Ausgleichszahlung gegenüber dem Reich“ gefordert werden könne, um unangemessene Vermögensvorteile abzuschöpfen.

Aus diesem Zusammenhang heraus interpretiere ich die Zurückweisung der Wertberechnung, die das Kreisbauamt vorgenommen hatte und dabei so offensichtlich zugunsten der Käuferseite verfahren war.

Mit dem Regierungsentscheid vom 27. August 1940 waren die Verhandlungen über Kauf, Verkauf und Preisbestimmungen abgeschlossen. Ein neuer Kaufvertrag war nicht abzuschließen, der am 28. Januar 1939 ausgefertigte blieb in Kraft, war nur mit den genannten Änderungen umzusetzen. Frau Gumpel standen 19 700 RM zu, die Differenz zum vereinbarten Kaufpreis von 21 000 RM war vom Käufer als Ausgleichsabgabe zu bezahlen, dieser hatte bereits 4 500 RM an Frau Gumpel gezahlt, freilich auf ein Konto mit Sperrvermerk, die Restkaufsumme betrug nach Abzug der Hypotheken etwa 11 500 RM. Da auf das Grundstück noch eine Grundschuld zugunsten der Frau Gumpel eingetragen war, hätte bei einer Bezahlung der Restkaufsumme und gleichzeitiger Löschung der Grundschuld die rechtsgültige Übereignung des Grundbesitzes rasch zu Ende geführt werden können.

4. PHASE DES VERKAUFSPROZESSES (AUGUST 1940 BIS JUNI 1941)

Es dauerte aber noch ein Jahr, bis es zu diesem Abschluss kam. Die Käuferseite, der mit der Aussicht auf Verrechnung der Ausgleichszahlung mit Reparatur- und Renovierungskosten bereits weit entgegengekommen war, war mit dem Entscheid dennoch

nicht zufrieden und sah Möglichkeiten, den Kaufpreis weiter herunterzuhandeln. Außerdem hatte sie, anders als Frau Gumpel, kein besonderes Interesse an einem raschen Abschluss, da sie das Haus ja bereits nutzte und alle Rechte besaß, auch ohne förmliche Übertragung. Erneut wurde nun der bürokratische Apparat auf Stadt-, Kreis-, Landesebene bis hin zum Reichswirtschaftsministerium in Anspruch genommen. Am Ende ging es auch noch um kleine und kleinste Beträge der Zinsberechnung.

Vertreten wurde Frau Gumpel von Dr. Gustav Meyer in Bielefeld, der – seit 1939 mit der Amtsbezeichnung „Konsulent“ – als einziger in Ostwestfalen-Lippe noch jüdische Klienten in gerichtlichen Auseinandersetzungen vertreten durfte.

In einem ersten Schreiben (16. September 1940) an die Erwerberin des Grundstücks forderte er zur Zahlung des Restkaufpreises auf und erklärte die Bereitschaft Frau Gumpels zur Abtretung der Grundschuld. Als Restschuld auf den Kaufpreis errechnete er 1153,76 RM (übernommene Hypotheken von 14 046,24 RM, eingezahlte 4 500 RM) als Differenz auf die festgelegten 19 700 RM Kaufpreis. Dazu forderte er Zinsen in Höhe von 4 % auf die gesamte an Frau Gumpel zu zahlende Summe vom 15. Februar 1939 an, dem Beginn der Nutzung des Hauses durch die Erwerber, wovon die von der Sparkasse auf die 4 500 RM bereits gezahlten Zinsen abgezogen werden dürften. Einem Mieter sei von der Erwerberin eigenmächtig gekündigt worden, der habe der Frau Gumpel 15 RM abgezogen, dieser Betrag sei zu erstatten. Gutzuschreiben sei der Käuferin der Betrag von 85 RM, die monatliche Miete von 10 RM für die achteinhalb Monate, die Frau Gumpel noch in ihrem Haus hatte wohnen bleiben dürfen. Dann kam er auf den Haupteinwand der Käuferin zu sprechen: „Sie haben der Frau Gumpel gegenüber geäußert, Sie würden nicht zahlen, sondern einen Anspruch auf Minderung des Kaufpreises wegen Feuchtigkeit des Hauses geltend machen.“ Er forderte zur Zahlung des Restkaufpreises binnen einer Woche auf, verbunden mit einer Erklärung an die Sparkasse, dass die Beschränkungen, die Sperrung der eingezahlten Gelder bis zur Genehmigung des Kaufvertrages, fortgefallen seien.

Zu diesem Zeitpunkt hatte die Erwerberin schon auf amtlicher Ebene Schritte unternommen mit dem Ziel, den Kaufpreis herunterzuhandeln. Sie hatte sich an die Landesregierung gewandt und wegen der Mängel des Hauses ein neues Wertgutachten gefordert unter Hinzuziehung eines von ihr genannten Gutachters, hatte auch wieder Gauamtsleiter Steinecke eingeschaltet, der dem Haus einen „unglaublich verwahrlosten“ Zustand bescheinigte.⁴⁴ Die Landesregierung teilte daraufhin dem Landrat mit, dass der Antrag nur dann ans Reichswirtschaftsministerium weitergeleitet werde, wenn als Gutachter auch wieder Dipl.-Ing. Blinkwede vom Kreisbauamt als Gutachter hinzugezogen werde.

Der Landrat beauftragte daraufhin das Kreisbauamt mit der Erstellung eines neuerlichen Wertgutachtens unter Hinzuziehung des von der Käuferin gewünschten Sachverständigen, den diese aber direkt zu bezahlen habe.⁴⁵

Dass sich die Käuferseite vom Einsatz eines Gutachters eigener Wahl Vorteile versprach, darf wohl vorausgesetzt werden. Im Übrigen verfuhr sie auf die gleiche Weise wie schon früher, nämlich durch die Einschaltung des Gauamtsleiters Parteistellen zur Einflussnahme auf die Regierungsentscheidung zu bewegen.

Aus einem Schreiben Dr. Meyers an den Lemgoer Notar Dr. Magerhans vom 26. September 1940 ergibt sich überdies, dass die Käuferseite den Anspruch erhob, die von ihr geforderte Ausgleichsabgabe von 1300 RM vom festgelegten Kaufpreis von 19700 RM noch abzuziehen. Dr. Meyer verwies auf die eindeutige Festlegung im Bescheid der Landesregierung vom 27. August 1940. „Ich halte es daher für unmöglich, daß dieser Bescheid durch ein Schreiben der Regierung abgeändert werden könnte. Ein solcher Bescheid würde eine neue Festsetzung des Kaufpreises bedeuten, gegen welche das Rechtsmittel der sofortigen Beschwerde zulässig wäre.[...] Mit einer Verzögerung der Regelung kann meine Auftraggeberin sich nicht einverstanden erklären, weil ein Teil des Restkaufpreises vom Finanzamt schon gepfändet ist.“

Am 4. Dezember 1940 teilte Dr. Meyer dem Lemgoer Notar mit, dass er nunmehr den Auftrag habe, „Klage auf Zahlung des Restkaufpreises für die von Frau Gumpel verkaufte Grundbesitzung zu erheben.“ Er wolle aber „zuvor nochmals einen Versuch machen, die Sache in Güte zu regeln.“ Er verwies auf den klaren Wortlaut der Regierungsentscheidung vom 27. August 1940, die Landesregierung sei nicht befugt, diesen Entscheid abzuändern, auszulegen „und durch eine amtliche Auslegung den klaren Wortlaut zu ändern.“ Klärung könne dann nur ein Prozess bringen. „Ich möchte einen Prozeß aus verschiedenen Gründen nach Möglichkeit vermeiden. Einer der Gründe ist, daß Frau Gumpel in mißlichen Vermögensverhältnissen lebt, ein weiterer Grund ist der, daß ich persönlich aus Gesundheitsrücksichten jede vermeidbare Reise unterlassen muß.[...] Ich bitte Sie daher, die Sache nochmals mit Frau Mengedoht zu besprechen und mir innerhalb einer Woche einen Vorschlag zukommen zu lassen, welcher die obigen Rechtsausführungen als maßgebend zugrunde legt.“

Der Lemgoer Notar antwortete (12. Dezember 1940), dass er dieses Schreiben der Frau Mengedoht zur Kenntnis gebracht habe, er selbst in dieser Sache aber weder Frau Mengedoht noch Frau Gumpel vertreten könne, „auch eine gütliche Regelung durch meine Vermittlung keinen Erfolg verspricht,“ er es daher für zweckmäßig halte, wenn der Schriftwechsel in Zukunft zwischen den Beteiligten unmittelbar geführt werde.

Bereits am 1. Oktober 1940 war das von der Käuferseite geforderte neuerliche Wertgutachten erstellt und der „bauliche Zeitwert“ auf rund 17000 RM geschätzt worden.⁴⁶ Verfasser waren der auf Wunsch Mengedohts hinzugezogene Taxator Fasse und der auf Weisung der Regierung bestellte Gutachter vom Kreisbauamt, der auch schon das erste Gutachten verfasst hatte. Auf Wunsch Mengedohts hatte auch Gauamtsleiter und Stadtrat Steinecke zusammen mit Stadtbaumeister Schäfer das Haus besichtigt.

1. Februar

41.

*zur Ansicht
Herrn B.*

1.) An

den Herrn Reichsstatthalter
in Lippe und Schaumburg-Lippe
(Landesregierung Lippe - Abt. II-)

Detmold.

d.d. Herrn Landrat in Brake.

Der Bürgermeister.

B.

Zur Verfügung vom 13.12.1941.
Akt.-Z.: II.XVII.1.17.

Zu den Kaufverhandlungen Mengedohlt/Gumpel wurde ich s.Zt. zugezogen und um Vermittlung gebeten, da die Jüdin Gumpel einen höheren Preis, wenn ich nicht irre von 23.000 RM, verlangte. Wie sie selber sagt, habe sie diesen Wert von 23.000 RM zu Grunde gelegt, als sie zur Judenabgabe herangezogen wurde und ihr Vermögen nachweisen sollte. Auf meine Veranlassung und mein Zureden hat sie dann den Verkaufspreis auf 21.000 RM, gleich dem Einheitswert, ermäßigt. Diesen Wert hat m.E. bei der Geschäftslage das Grundstück, trotz seiner baulichen Mängel. Das Gutachten des Diplom-Ingenieurs Blickwede und des Taxators Fasse erscheint mir zu niedrig.

Wenn nun noch eine Ausgleichsabgabe zu entrichten ist, so halte ich den im Schreiben des Reichswirtschaftsministers vom 14.8.1940 gemachten Vorschlag für angemessen und für beide Teile richtig, daß der Verkehrswert auf 19700 RM festzusetzen ist und dazu noch eine Ausgleichsabgabe von 1300 RM gezahlt wird, mit der Maßgabe, daß auf diesen Betrag Aufwendungen von Mengedohlt für werterhaltende Reparaturen am Grundstück angerechnet werden. Für diesen Betrag kann Mengedohlt vor allem auch die erforderlichen Arbeiten vornehmen, die notwendig sind, um das Haus und vor allen Dingen den Laden trocken zu machen. Denn daß der Laden feucht ist, ist ein Umstand, den Mengedohlt wahrscheinlich vorher beim Erwerb des Grundstücks nicht gekannt hat.

Die Stellungnahmen von Gauamtsleiter Steinecke, von dem Erwerber Mengedohlt und dem Stadtbaumeister Schäfer liegen an.

Mit Akten u.
3 Anlagen!

2.) Zu den Akten.

W. Schäfer
Bürgermeister.

ab 12.12.41

*W. Schäfer
Führungsleiter, welcher
den Kaufpunkt bearbeitet
H. M. - 3. 2. 41*

Umgang Nr. 1. 1941

Mit dem Querschnitt des Schienen so früh
müde werden eine in Augen der Frau Gruppel
respondiert. Hierin besteht:

Ich habe b. H. auf Verlangen des Einrichtungs
des Haus mit dem Hausbaumeister Kluge beauftragt.
Sicher habe ich festgestellt, dass es zunächst zu
Kauf des Grundstückes für Kluge nur mit einer Anzahl
Werbung des Grundstückes zu Gunsten des Grundstückes
unabhängig ist. Diese Werbung habe ich eine in verschiedenen
Druckformen beauftragt. Auf diesem Fall habe ich der
Frau Gruppel erklärt, dass sie eine Anzahl von
Grundstück mit zu beauftragen beauftragt.

H. Kluge

Nr. 24. 1. 41. 25. Jan. 1941

Frau Gruppel nach dem.

H.

Nr. 28. 1. 41. 28. Jan. 1941

Frau Frau Gruppel hat keine Landrat über den Land
der Frau Gruppel und würde ein Land nach für verkaufen.
Die hat eine Erklärung gegeben und keine Erklärung mehr.
Kauf des Grundstückes hat. Hierbei verweigert sie, dass sie eine
Anzahl von Grundstück zu Gunsten der Frau Gruppel
den Grundstück Gruppel, dass eine Anzahl von Grundstück
gründe nach diesem nach dem Kauf.

Nr. 28. 1. 41.

25. 1. 1941 Umf. des Grundstückes

Ich habe Gruppel keine Erklärung abgegeben
sicher und somit auf dem Grundstück, dass Frau Gruppel
in der Anzahl von Grundstück zu Gunsten der Frau Gruppel
sicher habe. Hierin besteht die Anzahl von Grundstück
zu Gunsten. Ich habe die Erklärung vom 24. 1. 1941
gelesen, die zu Gruppel hat.

Kluge 29. 1. 1941

Steinecke hatte dabei festgestellt, „daß der bauliche Zustand des Gebäudes schlecht war und eine Herabsetzung des Kaufpreises zu Gunsten des Käufers notwendig“ sei.⁴⁷

Auch Frau Gumpel suchte den Gauamtsleiter in seiner Sprechstunde auf, der ihr versicherte, so jedenfalls gab sie das Ergebnis ihres Besuches in einer Anfrage an den Landrat an, dass eine Herabsetzung des Kaufpreises nicht in Frage komme.⁴⁸ Sie wandte sich an den Landrat und fragte über den Stand der Entwicklung ihrer Sache nach, wurde von dort ans Stadtbauamt verwiesen und bat dort um Beschleunigung ihrer Sache und trug den Werdegang des Verkaufsprozesses vor. Wie Frau Mengedoht hatte auch sie sich mit einer Eingabe an die Landesregierung selbst gewandt.

Diese knappen Angaben können die rastlose Tätigkeit der Frau Gumpel in den Monaten August bis Dezember 1940, in ihrer Sache voranzukommen, nur andeuten. Besonders der Besuch beim Gauamtsleiter, den dieser später abtritt, dürfte ihr äußerst schwer gefallen sein.

Am 13. Dezember 1940 forderte die Landesregierung über den Landrat zu einer Stellungnahme zu den Eingaben Frau Gumpels und Frau Mengedohts auf. Außerdem sollten sich der Lemgoer Bürgermeister, Gauamtsleiter Steinecke und Frau Mengedoht zu den Eingaben der Frau Gumpel äußern. Stadtbaumeister Schäfer hielt in Notizen die Aussagen Steineckes fest: „Auf keinen Fall habe ich der Frau Gumpel erklärt, daß sie eine Herabsetzung des Kaufpreises nicht zu befürchten braucht.“ und „Steinecke erklärt sich dieses Besuches nicht entsinnen zu können.“ Über Aussagen der Frau Mengedoht findet sich in den Akten nichts, nur dass sie vorgeladen werden solle.

Es ist nicht anzunehmen, dass Frau Gumpel den Besuch bei Steinecke erfunden hat. Dessen Angabe, sich an diesen Besuch nicht erinnern zu können, bestreitet ja auch nicht, dass ein solcher Besuch stattgefunden hat.

Am 1. Februar 1941 antwortete der Lemgoer Bürgermeister auf die Anfrage der Regierung. (Auf dieses Schreiben ist oben schon im Zusammenhang mit Fragen der Bestimmung des Grundstückswertes eingegangen worden.) Er wies zunächst darauf hin, dass Frau Gumpel bei der Heranziehung zur Judenvermögensabgabe von einem Wert von 23 000 RM ausgegangen sei, auf sein Zureden aber dann den Verkaufspreis auf 21 000 RM, gleich dem Einheitswert, reduziert habe. „Diesen Wert hat m. E. bei der Geschäftslage das Grundstück, trotz seiner baulichen Mängel. Das Gutachten des Diplom-Ingenieurs Blickwede und des Taxators Fasse erscheint mir zu niedrig.“ Er halte, wenn noch eine Ausgleichsabgabe zu entrichten sei, den Vorschlag des Reichswirtschaftsministers vom 14. August 1940 „für angemessen und für beide Teile richtig, daß der Verkehrswert auf 19 700 RM festzusetzen ist und dazu noch eine Ausgleichsabgabe von 1 300 RM gezahlt wird, mit der Maßgabe, daß auf diesen Betrag Aufwendungen von Mengedoht für werterhaltende Reparaturen am Grundstück angerechnet werden. Für diesen Betrag kann Mengedoht vor allem auch die erforderlichen Arbeiten vornehmen, die notwendig

sind, um das Haus und vor allen Dingen den Laden trocken zu machen. Denn daß der Laden feucht ist, ist ein Umstand, den Mengedoht wahrscheinlich vorher beim Erwerb des Grundstücks nicht gekannt hat.“⁴⁹ Der Lemgoer Bürgermeister hielt sich also an die ursprünglich vom Reichswirtschaftsministerium festgelegte Bestimmung von Wert und Kaufpreis, plädierte aber dafür, die Ausgleichsabgabe mit den Reparaturkosten zu verrechnen und dem Käufer so zusätzliche Aufwendungen zu ersparen.

Anders verfuhr Landrat Gruner in Brake, der ja schon früher von niedrigeren Wertansetzungen ausgegangen war und am 12. Februar 1941 seine Beurteilung der Sachlage an die Landesregierung übersandte.⁵⁰ Er stützte sich auf Aussagen im Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 23. Oktober 1939 (s.o.) zur Feststellung eines „mäßigen Verkehrswerts“ und legte das am 1. Oktober 1940 erstellte Wertgutachten Blickweddes und Fasses zugrunde. Der vom Reichswirtschaftsministerium festgelegte Kaufpreis von 19700 RM sei zu hoch. Bei der Feststellung eines „mäßigen Verkehrswerts“, dem Erlass vom 23. Oktober 1939 entsprechend, sei ein Abschlag von 10 % vom Verkehrswert zu machen. Damit ergebe sich also ein mäßiger Verkehrswert von etwa 17700 RM, und dieser Wert stimme in etwa mit dem von den Gutachtern festgelegten Zeitwert von rund 17000 RM überein. Es müsse also eine Herabsetzung des Kaufpreises auf 17700 RM erfolgen. Bei Zahlung dieses Verkehrswertes sei eine Ausgleichszahlung an das Reich nicht nötig, da ein „unberechtigter Entjudungsgewinn“ nicht erzielt werde.

Anders als der Lemgoer Bürgermeister, der einen Ausgleich zwischen den Positionen der beiden Seiten gesucht und sich dabei auf den früheren Regierungsentscheid berufen hatte, aber auch mit seinen Aussagen zur Verrechnung der Ausgleichszahlung das Interesse der Käuferseite zu wahren suchte, stellte sich der Landrat ganz auf die Seite der Käuferin.

Das Reichswirtschaftsministerium traf am 28. Mai 1941 seine Entscheidung, die die Landesregierung am 11. Juni 1941 dem Notar Dr. Magerhans mitteilte: „Der auf Grund meines Erlasses vom 14. August 1940 -III WOS 10 / 20880 / 40- erteilte Genehmigungsbescheid vom 27. August 1940 ist, da keine der Parteien fristgerecht Beschwerde erhoben hat, rechtskräftig geworden. Der Bescheid kann daher nicht mehr abgeändert werden. Nach diesem Bescheid hat die Erwerblerin 1. Den Kaufpreis von 19700 RM an die Verkäuferin Sara Rosalie Gumpel und 2. eine Ausgleichsabgabe von 1300 RM an das Reich zu zahlen.“ Es blieb also bei der alten Entscheidung, das Ministerium ließ sich auf die verschiedenen Wertberechnungen gar nicht erst ein, sondern wies die Versuche der Käuferseite, den Kaufpreis herunterzuhandeln, aus formalen Gründen zurück.

Von der Landesregierung wurde aber die im Bescheid des Reichswirtschaftsministeriums aus dem Jahr 1940 gegebene Aussage zur Verrechnung der Ausgleichsabgabe auf Reparaturarbeiten aufgegriffen und folgendermaßen entschieden: „Nach den bei meinen Akten befindlichen Rechnungen haben Sie [Mengedoht] für werterhalten-

de Reparaturen 1 062,75 RM gezahlt. Die Zahlung der Ausgleichsabgabe kommt daher nicht in Frage.“ Mit dieser Entscheidung im zweiten Durchgang des Verfahrens durch die verschiedenen Instanzen der Administration war der Streit um den Kaufpreis abgeschlossen und der Kaufvertrag vom Januar 1939 mit den Abänderungen im Genehmigungsverfahren aus dem Jahr 1940, die nunmehr im Jahr 1941 noch konkretisiert worden waren, von der Regierung endgültig akzeptiert. Mit der Zahlung der Restkaufsumme an Frau Gumpel und der gleichzeitig erfolgenden Löschung der Grundschuld hätten die Auseinandersetzungen der Parteien beendet sein können.

Am 19. Juni 1941 schrieb Dr. Gustav Meyer, der Rechtsvertreter Frau Gumpels, an den Lemgoer Notar und wies auf die Entscheidung der Landesregierung hin. „Hiernach dürfte eine Meinungsverschiedenheit darüber nicht mehr aufkommen dürfen, daß Frau Mengedoht zum Abzug der 1300 RM Ausgleichsabgabe gegenüber meiner Auftraggeberin nicht befugt sei.“ Er bat darum, Frau Mengedoht zu veranlassen, den Rest des Kaufpreises umgehend Frau Gumpel zukommen zu lassen.

5. PHASE DES VERKAUFSPROZESSES (JUNI 1941 BIS SEPTEMBER 1941)

In dieser letzten Phase ging es um Fragen der Zinsfeststellung. Dabei handelte es sich um vergleichsweise geringe Beträge. Zunächst errechnete der Rechtsvertreter der Käuferseite eine Restkaufsumme in Höhe von 1 068 RM, die vom Tag der Kaufgenehmigung an (27.8.40) mit 3 1/3 % verzinst werden sollten. Dr. Gustav Meyer stimmte dieser Ansetzung der Restkaufsumme zu, forderte aber den gesetzlich vorgeschriebenen Zinssatz von 4 %, und zwar vom Tag der Nutzung durch den Käufer an (15. Februar 39).

Deutlich wird hier, dass Frau Gumpel sich bei der Abfassung des Kaufvertrages im Januar 1939 recht leichtgläubig verhalten hatte bzw. übervorteilt worden war. Der beurkundende Notar – und das war derselbe, über den nun die Auseinandersetzung mit Frau Mengedoht über die Zinsansetzung lief – hatte sie über die Frage der Nutzungsrechte, die erst vom Zeitpunkt der Vertragsgenehmigung an gelten sollten, aber mit Zustimmung Frau Gumpels bereits am 15. Februar 1939 an die Käuferin übergangen, offenbar nicht genügend aufgeklärt.

Überdies forderte Frau Gumpel, da die Anzahlung im Jahr 1939 erst im Mai ihrem Konto gutgeschrieben worden sei, Zinsen darauf für die Zeit vom Beginn der Nutzung durch den Käufer bis zum Tag der Gutschrift auf ihrem Konto.

Die Käuferseite war zu einer Verzinsung der Restkaufsumme zu 4 % bereit, aber nur vom Tag der Genehmigung des Kaufvertrages an, weil die vorzeitige Übergabe von der Verkäuferin selbst gewünscht worden sei. Es ergebe sich ein Betrag von etwa 37 RM. Der Lemgoer Notar schlug daraufhin einen Vergleich vor (14. Juli 1941): Die Käuferseite biete etwa 40 RM, Frau Gumpel fordere ca. 150 RM, die Kontrahenten könnten sich auf etwa 90 RM einigen.

Die Auseinandersetzung über die Zinsfeststellung wurde nicht nur im Schriftwechsel der Rechtsvertreter beider Parteien geführt, sondern auch persönlich ausgetragen und führte so zu weiterer Zuspitzung und Verhärtung der Positionen. Wie Frau Gumpel im Brief an ihre Kinder am 22. Juli schrieb, hatte sie ihre Kontrahenten zum Zweck einer Einigung aufgesucht, aber nichts erreicht: „da hat er mir zweimal die Tür gewiesen.“ Mit dem Kompromissvorschlag des Lemgoer Notars war sie nicht einverstanden, nach ihren Berechnungen standen ihr sogar Zinsen von über 250 RM zu. Ihr Rechtsbeistand schlug daraufhin einen eigenen Kompromiss vor (31. Juli): „Um jedoch einen Prozeß zu vermeiden, würde ich meiner Partei raten, sich mit einem Betrage von 150 RM zufrieden zu geben.“

Diesen Vorschlag wies die Käuferseite zurück und forderte eine spezifizizierte Zinsberechnung an. Dazu mussten dann Auskünfte bei der Sparkasse eingeholt werden über die Verzinsung der vom Käufer geleisteten Anzahlungen auf das mit Sperrvermerk versehene Konto Frau Gumpels. Fragen dazu musste sie selbst mit der Kasse klären.

Am 18. August legte der Lemgoer Notar in der strittigen Frage der Zinsansetzung abschließend eine Alternativberechnung vor: Wenn der Kaufvertrag bezüglich Übergabe und Zahlung durchgeführt worden wäre, hätte die Übergabe zum Datum des Genehmigungsbescheids (27. August 1940) vorgenommen werden müssen. Frau Gumpel hätte bis zum diesem Datum Nutzungen (z. B. Miete) ziehen können, aber auch die Lasten (Steuern, Hypothekenzinsen) tragen müssen, müsste außerdem Zinsen für die im Februar 1939 überwiesenen 2500 RM bis zu dem Übergabedatum entrichten. Wenn man andererseits davon ausgehe, dass Nutzen und Lasten vom 15.2.1939 an der Käuferseite zugefallen seien, müssten von dieser Zinsen auf die am 24. Februar 1939 eingezahlten 2500 RM für den Zeitraum vom 15. bis zum 24. Februar 1939 und der Restkaufpreis mit Verzinsung vom 15. Februar 1939 an gezahlt werden. Mit dem zuletzt genannten Lösungsvorschlag war die Käuferseite einverstanden, und auch Frau Gumpel stimmte dem schließlich zu. Im Schreiben Dr. Meyers an den Lemgoer Notar (22. August) hieß es dazu, „daß Frau Gumpel die Zinsfrage in der von Frau Mengedoht vorgeschlagenen Weise regeln wird, um endlich zum Schlusse zu kommen.“

Die vom Lemgoer Notar vorgelegte Alternativberechnung, der nun zugestimmt wurde, weist wiederum auf Ungenauigkeiten im Kaufvertrag hin, die zum Nachteil der Frau Gumpel gereichten. Nach der zuerst genannten Möglichkeit hätte sie möglicherweise noch Zuzahlungen leisten müssen, nach der an zweiter Stelle genannten hatte sie einen kleinen Zinsgewinn, der freilich weit hinter ihren Vorstellungen zurückblieb. Hätte sie diesem Vorschlag nicht zugestimmt, hätte eine Lösung nur auf dem Prozessweg erfolgen können und der Abschluss hätte sich noch weiter verzögert. Angesichts des Drucks, unter dem sie stand, ist es nachvollziehbar, dass sie einem Vorschlag zustimmte, der zwar ihren Erwartungen nicht entsprach, jedenfalls aber zu einem Ende der Auseinandersetzungen führte.

Ganz offensichtlich hatte sie anfangs auch mit einer raschen Abwicklung des Verkaufs gerechnet, nachdem sie der Ansetzung eines Verkaufspreises zugestimmt hatte, der weit hinter ihren Vorstellungen und auch unter dem Wert des Objekts lag. Dafür sprechen die besonderen Vergünstigungen (Nutzungsrechte), die sie dem Käufer sogleich eingeräumt hatte. Dass sich Auseinandersetzungen über mehr als zweieinhalb Jahre anschließen würden, hatte sie sich gewiss nicht vorstellen können. Außerdem hatte sie ja nichts von den Geldern der Anzahlung, weil diese auf einem Sperrkonto festlagen. Sie hatte wohl gehofft – das zeigen ihre knappen Bemerkungen zu Beginn der Verkaufsverhandlungen, nachdem sie sich zur Trennung von ihrem Besitz entschlossen hatte – mit dem Erlös zur Sicherung einer Zukunftsperspektive für ihre Kinder beizutragen. Auch diese Hoffnung war durch die Verzögerung des Kaufabschlusses zunichte gemacht worden. Hinzu kamen die zunehmenden Demütigungen, die sie von den neuen Besitzern hatte ertragen müssen.

Am 27. August 1941 bat Dr. Magerhans Frau Gumpel, ihn zwecks Beurkundung der Abtretung der Grundschuld aufzusuchen. Der Käufer werde nach der Beurkundung folgende Beiträge auf das Sicherungskonto Frau Gumpels bei der Sparkasse Lemgo einzahlen:

1. restliche Kaufpreisforderung: 1068,76 RM

2. 4 % Zinsen auf 2 500 RM vom 15. – 24. Februar 1939: 2,70 RM

3. 4 % Zinsen auf 1 068,76 RM vom 15. Februar 1939 – 31. August 1941: 108,67 RM

Zusammen: 1180,13 RM – abzüglich Kosten der Abtretung, die Frau Gumpel zu zahlen hatte: 22 RM;

Vom Käufer also zu zahlen: 1158,13 RM.

An Zinsen wurden insgesamt also 111,37 RM gezahlt.

Damit fand die Auseinandersetzung über Zinszahlungen, die über zweieinhalb Monate gedauert hatte, ihr Ende.

Die Verhandlungen über den Verkauf des Hauses hatten sich so über 2 3/4 Jahre hingezogen.

Im Brief an ihre Kinder (30. September 1941) schrieb Frau Gumpel: „Der Hausverkauf hat nun seinen Abschluß gefunden, ich mußte noch auf vieles verzichten, aber es ist jetzt eine Beruhigung.[...] Nun habe [ich] sämtliche restierenden alten Schulden bezahlt von Kanalgebühren und Kanalanschluß, alles, alles ist erledigt, und ich stehe schuldenfrei da, trotzdem ist es zum Schreien.“

Am 9. Dezember 1941 wurde Frau Gumpel zusammen mit Frau Loewenthal aus Oerlinghausen/Lippereihe, die gleichfalls vorübergehend in der Sternheimschen Wohnung (Paulinenstraße 5) Unterkunft gefunden hatte, nach Bielefeld überführt. Wenige Tage später mussten sie den Zug besteigen, der sie ins Rigaer Ghetto bringen sollte. Frau Gumpel hatte noch 5,16 RM bei sich, die ihr vom begleitenden Polizeibe-

amten gegen Quittung abgenommen wurden.⁵¹ Wertgegenstände waren nicht bei ihr gefunden worden. Diese Quittierung ist das letzte Lebenszeichen, das von Frau Gumpel existiert. Mit der Deportation verlor sie ihre deutsche Staatsangehörigkeit⁵² und damit ihr Vermögen, das vom Finanzamt zugunsten des Deutschen Reiches einzuziehen war.

Am 19. Dezember 1941 wurden Einrichtungsgegenstände und Hausrat vom Gerichtsvollzieher taxiert und vom Finanzamt zum Verkauf freigegeben, ihr Sparkassenbuch, das ein Guthaben von 3286 RM aufwies, eingezogen. Die Einrichtungsgegenstände, deren Wert auf 654,50 RM festgelegt war, verkaufte das Finanzamt en bloc an den Erwerber des ehemals Gumpelschen Hauses, der aber nur an einigen Stücken interessiert war. Die übrigen Gegenstände wurden an der Haustür Mittelstraße 82 an Interessenten aus Lemgo und Umgebung weiterverkauft.

Nach dem Krieg bestätigte der Oberfinanzpräsident Westfalens in Münster, dass das Barvermögen Frau Gumpels 4030 RM betragen habe und an das Deutsche Reich abgeführt worden sei.⁵³

Nach 1945, im Zusammenhang mit Erlassen zur Rückerstattung, war grundsätzlich festzulegen, ob alle nach 1933 getätigten Rechtsgeschäfte, an denen Juden beteiligt waren, als nichtig und prinzipiell ungültige Vermögensentziehungen zu bestimmen oder ob erst Eigentumsübertragungen nach den Novemberpogromen von 1938 so anzusehen waren. Es kam zu einem Kompromiss. Für Rechtsgeschäfte, die nach Verabschiedung der „Nürnberger Gesetze“ am 15. September 1935 getätigt worden waren, musste der Erwerber den Nachweis führen, dass diese auch ohne die Herrschaft des Nationalsozialismus zustande gekommen wären, für Rechtsgeschäfte in den davor liegenden Jahren musste der Erwerber lediglich nachweisen, dass es sich nicht um Vermögensentziehung, sondern um ein angemessenes Verkaufsverfahren gehandelt hatte.⁵⁴

Die britische Militärregierung hatte in Bad Nenndorf ein Zentralamt eingerichtet, das auf Antrag Sperrvermerke verfügte, bis endgültig über den Besitzwechsel entschieden war. In den Stadt- und Kreisverwaltungen wurden Abteilungen eingerichtet, die sich mit der Bearbeitung der gesperrten Vermögen zu befassen hatten. Treuhänder vor Ort überwachten den Umgang des Erwerbers mit dem Gut, das sich im Besitz eines Juden befunden hatte (Kontrolle der Mieteinnahmen, der Ausgaben zum Erhalt der Bausubstanz etc.). Sie hatten den in Städten und Kreisen ernannten Beauftragten für gesperrte Vermögen Rechenschaft abzulegen.⁵⁵ Entscheidungen über Entschädigungen bzw. Rückgabe waren zu treffen vom Wiedergutmachungsamt als Abteilung des Landgerichts.

Die Gerichte strebten im allgemeinen gütliche Vergleiche zwischen dem ehemaligen Besitzer bzw. dessen Erben und dem gegenwärtigen an, ein Verfahren, das durch-

aus im Interesse beider Seiten lag, weil so lang dauernde Auseinandersetzungen über Berechnung von Wertveränderungen, Instandhaltungskosten, Mietverträgen vermieden werden konnten.

Am 2. März 1948 wurde vom Amt in Bad Nenndorf der Anspruch der Erben Gumpel auf eine Verhandlung über den elterlichen Besitz anerkannt, im September wurde die Sperrung verfügt. Der Bescheid über die Beschlagnahme wurde den neuen Besitzern am 17. Januar 1949 mitgeteilt. Gegen die Beschlagnahme- bzw. Sicherungsverfügung wurde sogleich Beschwerde eingelegt (8. Februar 1949). Die neuen Besitzer hatten mit ihrer Interessenwahrnehmung zunächst den Rechtsanwalt beauftragt, der als Notar schon den Kaufvertrag am 28. Januar 1939 beurkundet hatte, in den Jahren danach in die Auseinandersetzung von Frau Gumpel mit den Erwerbern über Kaufpreis, Wertfeststellung und Zinszahlungen einbezogen war, die Abwicklung des Geschäfts also im Detail kannte.

Die Vorgehensweise war klar: Der Erwerb musste als normales Rechtsgeschäft herausgestellt werden, das auch ohne die Herrschaft des Nationalsozialismus so zustande gekommen wäre. Es musste klar gemacht werden, dass der Verkauf freiwillig erfolgt war und allein ökonomische Gründe, eine ungünstige Geschäftsentwicklung schon in der Zeit vor 1933, Frau Gumpel zum Verkauf veranlasst hatten, politische und rassische Verfolgung keine Rolle spielten. Entsprechend hieß es in der Beschwerdeschrift gegen die Sicherungsverfügung, dass „die Ww. Rosalie Gumpel als frühere Grundstückseigentümerin ohne jeglichen Zwang freiwillig über den Grundbesitz verfügt hat.“⁵⁶ Außerdem und auch als Ergänzung dazu musste der Kaufpreis als gerechtfertigt präsentiert und damit Übervorteilung der Verkäuferin ausgeschlossen werden. Dem Wiedergutmachungsamt konnte der im Kaufvertrag festgesetzte Kaufpreis von 21 000 RM genannt werden, wengleich der Frau Gumpel nur 19 700 RM zugesprochen, die restlichen 1300 RM, die Ausgleichsabgabe, dem Käufer erlassen worden waren. Außerdem hatte es verschiedene Wertberechnungen gegeben, die, wengleich den NS-Erlassen gemäß angestellt, allesamt mit rund 17 000 RM deutlich unter dem Einheitswert von 21 000 RM gelegen hatten, so dass das Verhalten der Käuferseite sich als seriös, wenn nicht gar generös darstellen ließ, womit unterstrichen wurde, dass keineswegs eine Zwangssituation des jüdischen Verkäufers ausgenutzt worden war. Schließlich wurde noch auf Übernahme der Hypotheken von über 16 000 RM verwiesen, die Grundschuld über 2 000 RM, die Frau Gumpel 1935 hatte eintragen lassen, also als normale Hypothek gerechnet. Mit Hinweis auf die an Frau Gumpel gezahlten Gelder konnte so ein angemessenes Verhalten unterstrichen werden.

Hans Gumpel, der im Namen seiner Brüder den Schriftverkehr führte, hatte sich bei Bekannten, die gleichfalls in Verhandlungen über Durchsetzung von Entschädigungs- bzw. Rückerstattungsansprüchen standen, nach deren Verhalten und Entscheidungen

umgehört, und diese hatten ihm empfohlen, die Streitsache in einem Vergleich mit dem jetzigen Besitzer zu regeln.

Am 15. Juni 1951 schlossen die Gumpel-Erben vor dem Wiedergutmachungsamt über ihren Bevollmächtigten Hartwig Vorreuter, einem Bekannten, der in Lage als Kaufmann tätig war, mit der Erwerberin einen Vergleich. Sie verzichteten auf das Grundstück Mittelstr. 82 „und auf alle weiteren ihnen nach dem Rückerstattungsgesetz etwa noch zustehenden Ansprüche.“ Als „Gegenleistung bzw. Entschädigung“ zahlte die Erwerberin 3 000 DM, 1 000 DM sofort und 2 000 DM bis spätestens Ende 1952, verpflichtete sich außerdem zur unentgeltlichen Rückgabe einer Standuhr aus dem ehemals Gumpelschen Besitz.

Dieser Vergleich wurde am 13. Februar 1952 rechtskräftig, der Sperrvermerk am 12. März 1952 gelöscht.

Ende der fünfziger Jahre unternahm Hans Gumpel im Blick auf die zwischenzeitlich erlassenen Entschädigungsgesetze⁵⁷ einen Versuch, diesen – wie er wohl zu Recht meinte – leichtfertig und voreilig geschlossenen Vergleich anzufechten. Sein Rechtsbeistand konnte ihm aber nur mitteilen, dass die getroffene Entscheidung rechtsgültig und nicht mehr revidierbar war. In einem sogenannten Befriedigungsverfahren konnte 1961 lediglich erreicht werden, dass Rückerstattungen wegen entzogener Sparguthaben und entzogenen Hausrats erfolgten.

Der geschilderte Fall „Hausverkauf Gumpel“ stellt nicht nur ein Fallbeispiel für die bürokratische Prozedur eines Eigentumstransfers im Verfolg des „Arisierungsprozesses“ dar, in der Umsetzung gesetzlicher Bestimmungen, sondern zeigt beispielhaft auch Verhaltensmuster der Beteiligten auf, auf der Seite der Begünstigten auch nach dem Ende der NS-Zeit. In den Jahren vor ihrer Deportation wurden die verbliebenen Juden nicht nur ausgeplündert, sondern auch gesellschaftlich ausgegrenzt. Dem entsprachen auf Seiten der nichtjüdischen Mehrheit Veränderungen in Vorstellungs- und Verhaltensweisen, die es zuließen, dass anerzogene und eingeübte Normen im Sozialverhalten aufgegeben werden konnten. Die der sozialen Ausgrenzung und Isolierung folgende Deportierung der Juden stellte aus diesem Blickwinkel lediglich den Schlusspunkt einer schon vollzogenen Entwicklung dar.

Diese Haltung zeigt sich z.B. in dem häufig herangezogenen SD-Bericht über Protestäußerungen aus der auf dem Lemgoer Marktplatz versammelten Menge am 28. Juli 1942, als die letzten noch in Lemgo verbliebenen Juden sich vor ihrer Deportation auf der Polizeiwache einzufinden hatten. Es wurde eingewandt, dass diese Juden doch keiner Fliege etwas tun könnten, auch Gutes getan hätten und die Alten ohnedies aussterben würden. Die Ausgrenzung wurde nicht in Frage gestellt, allein die Deportation wurde als überflüssige Maßnahme bestimmt.⁵⁸

Nach dem Krieg, als vereinzelt Überlebende wieder erschienen oder Erben der Er-

mordeten Ansprüche anmeldeten, wurde dann eine Interpretation des eigenen Verhaltens gefunden, in der Ausgrenzung, Deportation und Vernichtung ausgeblendet wurden.

Im hier geschilderten Fall zeigen sich sowohl für die Verhaltensweise den Juden gegenüber in den Jahren vor deren Deportation als auch in der „Rechtfertigung“ nach 1945 beispielhafte Züge.

Kauf und Verkauf der Einrichtungsgegenstände des Gumpelschen Haushalts vor der Haustür in der Mittelstraße 82 vollzogen sich in einer Form, die bei Haushaltsauflösungen und Nachlassverkäufen durchaus üblich war. Der ehemalige Besitzer war „weg“, und so konnte hier jeder ohne Schuldgefühle oder Scham „ein Schnäppchen machen“. Aber anders als in Großstädten, in denen Güter, auch wenn sie, was im Verlauf des Krieges zunehmend vorkam, als aus „nicht arischem Besitz“ stammend kenntlich gemacht waren, in Sammelstellen zusammengetragen und versteigert wurden und so den ehemaligen Besitzer in der Anonymität beließen, musste jeder Erwerber eines Gegenstandes aus dem Gumpelschen Hausrat wissen, wem dieser gehört hatte.

Die Gegenstände waren vom Käufer des Hauses en bloc vom Finanzamt erworben worden, und die Teile, die er nicht behalten wollte, wurden nun auf diese Weise veräußert, und zwar zu dem Preis, der dem Finanzamt gezahlt worden war, wie später betont wurde. In einer Erklärung nach dem Krieg hieß es zu diesem Verkauf: „Ich wie alle sonstigen Käufer haben die Gegenstände zum festgesetzten Preis gegen Treu und Glauben gekauft und sind somit nach deutschem Handelsrecht rechtmäßige Eigentümer geworden. Irgendwelche Regreßansprüche Gumpels sind daher beim Staatsfiskus als Urheber und nicht beim gutgläubigen Käufer geltend zu machen.“⁵⁹ Diese Bemerkungen zeigen, dass auf Seiten des Erwerbers jegliches Unrechtsbewusstsein fehlte, auch weil er sich darauf berufen konnte, dass der Prozess der „wirtschaftlichen Entjudung“ innerhalb des Rahmens der gesetzten Rechtsformen abgewickelt worden war.

In diesem Fall konnte es bei solchen Erklärungen bleiben, weil mit einer Behörde korrespondiert wurde. Wie unterschiedlich die Reaktion der Käufer ausfiel, wenn eine Person, die den Holocaust überlebt hatte, sich selbst an den Erwerber wandte und ihr Eigentum zurückforderte, hat Karla Raveh in ihren Erinnerungen dargelegt.⁶⁰

Die wenigen verstreuten Bemerkungen in den Briefen der Frau Gumpel an ihre Kinder über ihre Beziehungen zu Personen der nichtjüdischen Umwelt zeigen die zunehmende Isolierung in der Kleinstadt. Mit ganz wenigen Ausnahmen wandten sich auch altvertraute Personen ab. Nach dem erzwungenen Auszug aus ihrem Haus im Herbst 1939 gab es Kontakte im wesentlichen nur noch mit Mitgliedern der jüdischen Gemeinde, meist fortgeschrittenen Alters, deren Familien in alle Teile der Welt verstreut waren. In den Begegnungen mit dem Erwerber ihres Hauses erfuhr sie zunehmend abweisende und demütigende Behandlung. Bereits im Herbst 1939, zu einem Zeitpunkt, als der

Kaufvertrag noch gar nicht genehmigt war, hatte dieser ihr die Wohnung im eigenen Haus gekündigt und sie auf die Straße gesetzt, und im Juli 1941, als sie ihn zu einem Gespräch über die Frage der Zinsregelung aufsuchte, empfing er sie gar nicht erst, sondern wies ihr „zweimal die Tür“, wie sie schrieb. Die nichtjüdische Seite hielt die Beachtung auch elementarster Anstandsregeln im Umgang mit Juden nicht mehr für nötig.⁶¹

In der Beschwerde gegen die Beschlagnahmeverfügung des ehemals Gumpelschen Besitzes 1949 ging der Rechtsbeistand der Käuferseite auch auf das Verhältnis der Erwerber zu Frau Gumpel ein, nachdem er zuvor dargelegt hatte, dass Kauf und Verkauf von Verkäuferin und Käufer „ohne Zwang und ohne jegliche Beeinflussung“ ausgehandelt worden seien: „Bei dem guten Einvernehmen zwischen den Eheleuten Mengedoht und Frau Gumpel wurde dieser auch gestattet, ihre bisherigen Wohnräume weiter zu benutzen, solange sie es wünsche. Sie ist dann Ende 1939 freiwillig ausgezogen.“

In der Darstellung des Verkaufsablaufs wurde auf die besondere Zwangssituation, in die die Verkäuferin aufgrund der antijüdischen Maßnahmen geraten war, überhaupt nicht eingegangen. Der Komplex „Judenverfolgung“ wurde ausgeblendet. Als Verkaufsmotive wurden die „schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse der Familie Gumpel schon vor 1933“ genannt, und erst nach dem Tod ihres Mannes habe sich Frau Gumpel zum Verkauf entschließen können. Bei dem Kauf sei ihr ein Barbetrag „zu ihrer freien Verfügung“ vom Käufer ausgezahlt worden. „Ohne Anerkennung einer rechtlichen Verpflichtung“ erklärte sich der Käufer lediglich dazu bereit, „den Antragstellern [gemeint sind die Gumpel-Erben] eine kleine Entschädigung zu zahlen, wenn ihnen der von mir gezahlte Barbetrag nicht ausgehändigt worden sein sollte.“⁶² Die im Vergleichsverfahren 1951 ausgehandelte Entschädigungsleistung war so aus der Sicht des Erwerbers in den Rang einer noblen Geste gehoben worden.

Verdrängung, Täuschung und Selbsttäuschung gingen hier ineinander. Es wurde eine eigene Geschichte vom Erwerb des Hauses erfunden.

Familienname: Gumpel geb. Wosberg
 Vorname: Rosalie
 Stand oder Gewerbe: Heim
 Geburtsdatum: 19. 2. 83
 Geburtsort: Leningrad Relig.: ist.
 Kreis: Pravien
 Staatsangehörigkeit: Pravien verheiratet
 Letzter Wohnort: Pravien

Datum	Wohnung	Bei wem?
1.4.14	Opitschni. 50	Gumman
8.5.16	Mittelhofstr. 82	- -
1.11.39	Opitschni. 5	- -
9.12.41	Riga, Befriedung	

Blatt von Rosalie Gumpel aus der Einwohnermeldekartei, 1914 - 41.

ANMERKUNGEN

- 1 Der Ablauf des Verkaufsprozesses lässt sich anhand des Archivmaterials, Dokumenten aus der NS- und der Nachkriegszeit, in Grundzügen rekonstruieren. Als Besonderheit kommt hier hinzu, dass auch auf den Schriftverkehr, der zwischen den Rechtsbeiständen der Käufer- und Verkäuferseite geführt wurde, zurückgegriffen werden kann. Dieser Schriftverkehr, der nach dem Krieg den Brüdern Gumpel übergeben wurde, gehört zu dem Material, das Kurt Gumpel dem Städtischen Museum Lemgo übergeben hat. Damit ist es möglich, auch auf Details einzugehen, die im Schriftverkehr mit den Behörden nicht enthalten sind. Vgl. Städtisches Museum Lemgo, Sammlung Kurt Gumpel, Nr. 1.
- 2 Irmtraud Wojak und Peter Hayes im Vorwort zu dem von ihnen herausgegebenen Sammelband: Fritz Bauer Institut (Hrsg.): „Arisierung“ im Nationalsozialismus. Volksgemeinschaft, Raub und Vermächtnis. Jahrbuch 2000 zur Geschichte und Wirkung des Holocaust, Frankfurt/Main 2000.
- 3 Frank Bajohr: „Arisierung“ als gesellschaftlicher Prozeß. Verhalten, Strategien und Handlungsspielräume jüdischer Eigentümer und „arischer“ Erwerber. In: Jahrbuch 2000, wie Anm. 2, S. 15.
- 4 Ebd.
- 5 Vgl. dazu Avraham Barkai: Volksgemeinschaft, „Arisierung“ und der Holocaust, in: Arno Herzig/ Ina Lorenz (Hrsg.), Verdrängung und Vernichtung der Juden unter dem Nationalsozialismus, Hamburg 1992, S. 133 – 152.
- 6 Eberhard Jäckel (Hrsg.): Enzyklopädie des Holocaust. Die Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden, Berlin 1993, Bd.1, Stichwort: Arisierung.
- 7 Die Rolle der Finanzverwaltung ist erst seit Ende der 1980er Jahre genauer untersucht worden. Einführung und Überblick in: Martin Friedenberger, Klaus-Dieter Gössel und Eberhard Schönknecht (Hrsg.): Die Reichsfinanzverwaltung im Nationalsozialismus. Darstellung und Dokumente, Bremen 2002 (Veröffentlichungen der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannsee-Konferenz, Bd. 1).
- 8 RGBl. I 1938, S. 1579.
- 9 VO. vom 10. Oktober 1939. RGBl. 1939 I, S. 2059.
- 10 RGBl. 1938 I, S. 414.
- 11 Günther Felix: Scheinlegalität und Rechtsbeugung – Finanzverwaltung, Steuergerichtsbarkeit und Judenverfolgung im „Dritten Reich“, in: Steuer und Studium (SteuerStud), Heft 5/1995, S. 202.
- 12 In Lemgo waren das die Häuser Davidsohn, Frenkel, Lenzberg, Sternheim. Zahlenangaben, bezogen auf den Regierungsbezirk Minden: Joachim Meynert: Was vor der „Endlösung“ geschah. Antisemitische Ausgrenzung und Verfolgung in Minden-Ravensberg, Münster 1988, S. 174/175.
- 13 Abdruck des Stenogramms dieser Besprechung bei Léon Poliakov/ Joseph Wulf: Das Dritte Reich und die Juden. Nachdruck der 2. Aufl. von 1955, Frankfurt 1983, S. 75–80.
- 14 Eberhard Jäckel (Hrsg.): Enzyklopädie des Holocaust, wie Anm. 6.
- 15 RGBl. 1938 I, S. 1709.
- 16 RGBl. 1939 I, S. 37.
- 17 1. Durchführungserlass des Reichswirtschaftsministeriums zur VO. über den Einsatz des jüdischen Vermögens (6. Februar 1939 - III Jd 1 / 2082 / 39). Bei der Skizzierung der gesetzlichen Vorgaben stütze ich mich auf die Aussagen in diesem Erlass. Dabei verzichte ich darauf, auf die Aussagen zur „Entjudung von gewerblichen Betrieben“ einzugehen, da sie den hier vorzustellenden Fall nicht betreffen.
- 18 Eine kritische Betrachtung von Entscheidungen des Reichsfinanzhofs hat Günther Felix schon 1993 vorgenommen. Günther Felix: Der Reichsfinanzhof im „Dritten Reich“, die jüdischen Deutschen und die unbegrenzte Auslegung, in: Betriebs-Berater. Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, H. 19, 10. Juli 1993. Ders.: Kurzkommentierte Auswahl-Dokumentation der Juden-Rechtsprechung des Reichsfinanzhofs, in: Betriebs-Berater. Zeitschrift für Recht und Wirtschaft, Heft 23, 20. August 1993.

- 19 Vgl. dazu: Bernd A. Rusinek: Nationalsozialismus, Judenverfolgung und „Bürokratie“, in: Alfons Kenkmann (Hrsg.): Verfolgung und Verwaltung. Die wirtschaftliche Ausplünderung der Juden und die westfälischen Finanzbehörden. Katalogbuch zur Wanderausstellung, Münster 1999, S. 138 – 150.
- 20 Abdruck dieses Rundschreibens im Ausstellungskatalog: Hakenkreuz über Lippe, Detmold 1983, S. 98/99. Abdruck auch in: Hanne und Klaus Pohlmann: Kontinuität und Bruch. Nationalsozialismus und die Kleinstadt Lemgo, Bielefeld 1990. (Forum Lemgo. Schriften zur Stadtgeschichte, H. 5), S. 158/159.
- 21 Abdruck in: Hanne und Klaus Pohlmann, wie Anm. 20, S. 160. Hier wird auch auf die Satzungen anderer lippischer Gemeinden eingegangen. Die Lemgoer Satzung erscheint dabei noch vergleichsweise gemäßigt.
- 22 Lipp. Staatszeitung vom 14. August 1935. Abdruck des gesamten Textes in: Hanne und Klaus Pohlmann, wie Anm. 20, S. 162.
- 23 Stadtarchiv Lemgo, B 2869.
- 24 Zu Person Steineckes und zu seinem Verhältnis zu Dr. Meyer: Reinhard Wulfmeyer: Lippe 1933. Die faschistische Machtergreifung in einem deutschen Kleinstaat, Bielefeld 1987, S. 127–130.
- 25 Vgl. dazu Hanne und Klaus Pohlmann, wie Anm. 20, S. 170/171. Dort auch Abdruck des Wahlaufrufs.
- 26 Vgl. dazu Hanne und Klaus Pohlmann, wie Anm. 20, S. 182/183.
- 27 Stadtarchiv Lemgo, B 2869.
- 28 Stadtarchiv Lemgo, B 2869.
- 29 Die Akten der Lipp. Landesregierung über die JVA sind nicht mehr vorhanden. Sie wurden am 1. April 1945 auf Geheiß des Kreisleiters Wedderwille, des Vertreters des Reichsstatthalters, vernichtet. (So in der Antwort auf eine Anfrage des Regierungspräsidenten in Arnshagen. NW Staatsarchiv Detmold, I 80 II a, XVII, Tit. 1, Nr. 3, Bd. VI.) Die von Frau Gumpel gezahlte JVA wird im Entscheid des Regierungspräsidenten Detmold vom 6. August 1960 über die an die Erben zu zahlende Entschädigung genannt.
- 30 Alle Angaben über die Erklärungen auf dem Lemgoer Rathaus in: Stadtarchiv Lemgo, B 2869.
- 31 Den Kaufvertrag selbst habe ich nicht einsehen können. Die genannten Bestimmungen ergeben sich aus Hinweisen im Schriftverkehr der folgenden Jahre. Die Eintragung eines Wohnrechts für den ehemaligen Besitzer war nach dem Durchführungs-Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 6. Februar 1939, in dem die Bestimmungen der Verordnung über den „Einsatz des jüdischen Vermögens“ erläutert wurden, untersagt. Der Kaufvertrag Gumpel/Mengedoht war noch vor dem Erscheinen des Durchführungs-Erlasses abgeschlossen worden, dieser wies aber auf die Rechtsungültigkeit solcher vertraglicher Vereinbarungen über das Wohnrecht hin.
- 32 Anfrage vom 21. Februar, Antwort am 25. Februar 1939, in: NW Staatsarchiv Detmold, L 113 Nr. 713 Bd. 2, Bl. 523/524.
- 33 NW Staatsarchiv Detmold, D 100 Lemgo, Nr. 1963. Das schließlich angefertigte Gutachten liegt mir nicht vor, die wesentlichen Aussagen ergeben sich aber aus dem Begleitschreiben des Landrates an die Landesregierung in Detmold vom 15. Juni 1939, in: ebd.
- 34 Schreiben vom 20. Juli 1939 an Notar Dr. Magerhans, in: ebd.
- 35 Dem Bielefelder Rechtsanwalt und Notar Dr. Gustav Meyer war bereits im April 1933 die Zulassung zum Notariat genommen worden und er hatte nach dem endgültigen Berufsverbot 1938 seine anwaltliche Tätigkeit auf die Interessenvertretung von Juden zu beschränken, ohne auch hier den gleichen Status zu haben wie nichtjüdische Anwälte. Seit 1939 trug er die Amtsbezeichnung „Konsulent“. Zur Person Dr. Meyer: Erinnerungsbericht seines Sohnes Alfred G. Meyer: Mein Verhältnis zu Deutschland und zum Judentum, in: Joachim Meynert (Hrsg.): Ein Spiegel des eigenen Ich. Selbstzeugnisse antisemitisch Verfolgter, Brackwede b. Bielefeld 1988, S. 158 – 185. Dazu auch Monika Minninger: Die Verdrängung jüdischer Juristen im Landgerichtsbezirk Bielefeld, in: Arno Herzog/Karl Teppe/Andreas Determann (Hrsg.): Verdrängung und Vernichtung der Juden in Westfalen, Münster 1994, S. 15 – 28.

- 36 Schreiben vom 8. August 1939, in: Stadtarchiv Lemgo, B 2869.
- 37 Stadtarchiv Lemgo, B 2869
- 38 Diese Angabe findet sich im Entscheid des Reg.-Präs. Detmold vom 6. August 1960 über die Entschädigung an die Erben Gumpel.
- 39 Zu den Verhältnissen in den sogen. Judenhäusern an Beispielen aus Lemgo und Detmold: Hanne Pohlmann: Echternstr. 70: Vom Wohn- und Geschäftshaus der Familie Frenkel zum „Judenhaus“, in: Jürgen Scheffler/Herbert Stöwer (Red.): Juden in Lemgo und Lippe. Kleinstadtleben zwischen Emanzipation und Deportation, Bielefeld 1988 (Forum Lemgo. Schriften zur Stadtgeschichte, H. 3), S. 259 – 270. Wolfgang Müller: Gartenstraße 6. Zur Geschichte eines Detmolder „Judenhauses“ und seiner Bewohner, Detmold 2001. (Panu Derech – Bereitet den Weg. Schriften der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V., Bd. 7, 2. Aufl.)
- 40 NW Staatsarchiv Detmold, D 100 Lemgo, Nr. 1963.
- 41 Schreiben vom 17. Juli 1940, in: NW Staatsarchiv Detmold, D 100 Lemgo, Nr. 1963.
- 42 Ebd.
- 43 RGBL. 1940 I, S. 891.
- 44 Angaben im Schreiben der Regierung an den Landrat vom 17. September 1940, in: NW Staatsarchiv Detmold, D 100 Lemgo, Nr. 1963.
- 45 Schreiben des Landrats an das Kreisbauamt vom 20. September 1940, in: ebd.
- 46 Das Gutachten liegt mir nicht vor. Das Ergebnis wird in einem Schreiben des Landrats an die Landesregierung vom 12. Februar 1941 genannt, in: ebd.
- 47 So in einer handschriftlichen Notiz Schäfers vom 24. Januar 1941, in: Stadtarchiv Lemgo, B 2869.
- 48 Die Anfrage der Frau Gumpel beim Landrat liegt nicht vor. Diese Angaben wie auch die folgenden, die sich auf Steineckes und Schäfers Verhalten beziehen, ergeben sich aus Notizen Schäfers mit Datum vom 24., 28. und 29. Januar 1941 auf der Rückseite des Schreibens des Bürgermeisters an die Landesregierung vom 1. Februar 1941, in: Stadtarchiv Lemgo, B 2869.
- 49 Ebd.
- 50 NW Staatsarchiv Detmold, D 100 Lemgo, Nr. 1963.
- 51 10. Dezember 1941, in: Stadtarchiv Lemgo, B 3150.
- 52 VO. vom 25.11.1941; RGBL. 1941 I, S. 722.
- 53 Bescheid vom 6. Oktober 1948, in: NW Staatsarchiv Detmold, D 27, 62 / 21 / 2426. Unklar bleibt, ob das beschlagnahmte Guthaben auf dem Sparkassenbuch hierunter fällt oder als eigener Posten zu rechnen ist.
- 54 Vgl. dazu Frank Bajohr, wie Anm. 3, S. 16.
- 55 Die Rolle dieser Treuhänder vor Ort ist meines Wissens noch nicht hinreichend bearbeitet. Sie konnten ihre Berichte an die Beauftragten zugunsten der neuen Erwerber abfassen, aber auch kritisch und distanzieren deren Umgang mit dem erworbenen Gut behandeln und so die Entscheidungen der Wiedergutmachungsämter stark beeinflussen.
- 56 So in der Beschwerde vom 8. Februar 1949, in: NW Staatsarchiv Detmold, D 27, 62/21/2426 (a).
- 57 Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18. September 1953 (BGBl. I, S. 1387); Neufassung Bundesentschädigungsgesetz (BEEG) 1956 (BGBl. I, S. 562). Danach erhielten 1960 die Gumpel-Erben Entschädigungszahlungen für den von Frau Gumpel „erlittenen Freiheitsschaden“, für „Schaden im beruflichen Fortkommen“, „Ausbildungsschaden“ und für die von Frau Gumpel gezahlte Judenvermögensabgabe (JVA). Rückerstattungsansprüche auf das Grundbesitzvermögen waren durch den 1952 geschlossenen Vergleich verloren gegangen.
- 58 Vgl. dazu Hans Mommsen: Was haben die Deutschen vom Völkermord an den Juden gewußt? In: Walter H. Pehle (Hrsg.): Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord, Frankfurt 1988, S. 176–200. Mommsen geht (S. 190/191) auf den SD-Bericht aus Lemgo ein. Karla Raveh (geb. Frenkel), die als damals 15-jähriges Mädchen zu den Deportierten gehörte, hat ihre Erinnerung an den Menschenauflauf auf dem Marktplatz beschrieben. Karla Raveh, geb. Frenkel: Überleben. Der Leidensweg der jüdischen Familie Frenkel aus

Lemgo, Lemgo 1986 (4. Aufl. 1995) (Forum Lemgo. Schriften zur Stadtgeschichte, H. 1), S. 36.
SD-Bericht, in: NW Staatsarchiv Detmold, M 18, Nr. 11.

- 59 Erklärung vom 21. November 1949, in: NW Staatsarchiv Detmold, D 27, 62/21/2426 (a).
- 60 Karla Raveh, geb. Frenkel, wie Anm. 58, S. 108/109.
- 61 Günther Felix, wie Anm. 11 und 18, hat in einem Vortrag, gehalten am 12. September 1994 in der Volkshochschule Lemgo, von einem Erlebnis berichtet, das er in einem Lemgoer Metzgergeschäft hatte. Die junge Metzgersfrau wies in Anwesenheit zahlreicher Kunden mit beleidigenden Worten einen älteren Herrn (vermutlich Erich Katzenstein) an, er habe gefälligst zu warten, bis alle anderen bedient seien. Alle Anwesenden waren einander gut bekannt, niemand protestierte.
- 62 Erklärung vor dem Wiedergutmachungsamt am 27. Februar 1950.



**„MEINE GEDANKEN WEILEN
NUR BEI EUCH, SIE SIND EIN
EINZIGES GEBET FÜR EUER
WOHL...“¹ –
LETZTE BRIEFE VON ROSALIE
GUMPEL AN IHRE KINDER**

Als im Jahr 2000 Kurt Gumpel eine große Anzahl von Dokumenten dem Städtischen Museum zur Verfügung stellte, fanden sich in diesem Nachlass auch fünf Briefe

von seiner Mutter Rosalie. Dieser Fund, zu dem noch ein weiteres, schon vorher bekanntes Schreiben gehört, darf als Glücksfall für die Erinnerungsarbeit in Lemgo betrachtet werden, da Dokumente aus einer solchen Lebensphase (vor der Deportation) relativ selten sind.

Diese sechs Briefe, abgefasst zwischen 1939 und Ende 1941, entstehen in einer Zeit, in der jüdische Menschen ausgegrenzt, entrechtet und wirtschaftlich ausgeplündert sind. Sie werden gezwungen, Auswanderungsbemühungen nachzuweisen, oder leben weitgehend zusammengepfercht in „Judenhäusern“. Sie werden nicht nur von Nazis, sondern auch von der Bevölkerung, die einstmals normale Nachbarschaft war, bespitzt. Viele jüdische Familien haben – so auch in der Kleinstadt Lemgo – ihre Heimat verlassen; vielfach haben sich auch nur ihre Kinder ins rettende Ausland begeben, die Älteren glauben Gründe zu haben, es nicht tun zu müssen.

Auch Rosalie Gumpel lebt seit 1937 allein, zunächst in ihrem Haus in der Mittelstraße 82, später, noch während der Verhandlungen über den Verkauf dieses Hauses, 1939, wird sie in eines der fünf „Judenhäuser“, das des Kaufmanns und Synagogenvorstehers Adolf Sternheim in der Paulinenstraße 5, eingewiesen.

Welchen Niederschlag findet diese Gesamtsituation in ihren Briefen? Was erfahren wir daraus über ihren Freundeskreis, der zum großen Teil aus Mitgliedern der jüdischen Gemeinde besteht?

Vorab einige kurze Angaben zu ihrem Lebenslauf:

Rosalie Mosberg kommt am 19. Februar 1893 in Lemgo zur Welt und lebt mit ihren Eltern und ihrer Schwester Emilie in der Orpingstraße 50. Nach dem Schulabschluss absol-



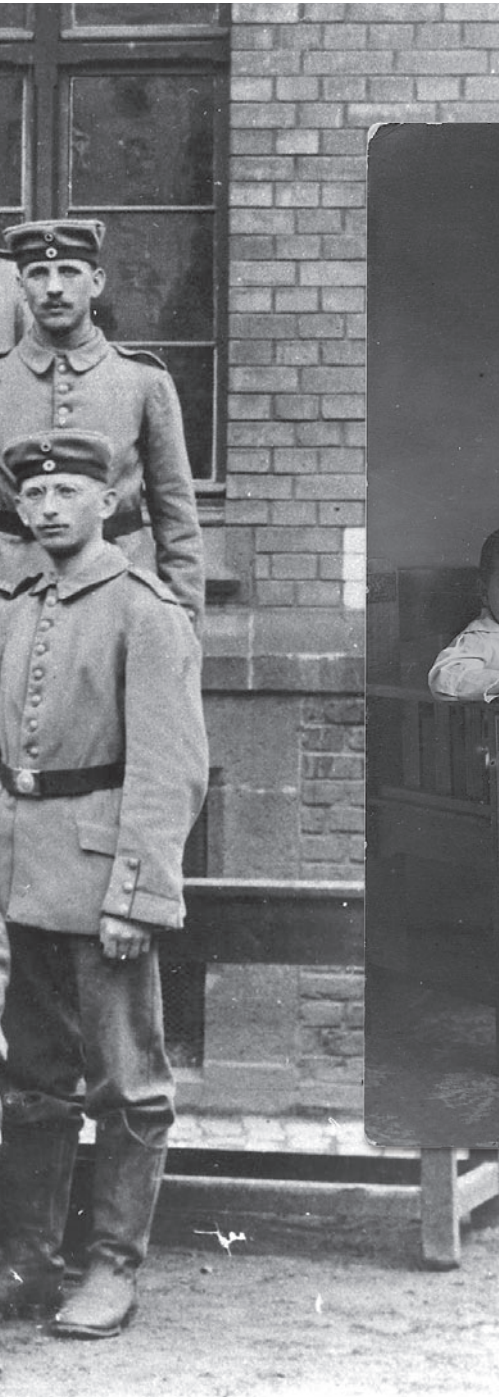


Abb. links: Gustav Gumpel als Rekrut, 1914 (zweite Reihe von oben, Zweiter von rechts).
Abb. rechts: Rosalie Gumpel mit ihren Söhnen Herbert und Hans, 1915/16.



Abb. links: Herbert und Hans Gumpel mit ihren Cousins Willi und Ludwig Davidsohn, in den 1930er Jahren.
Abb. rechts: Rosalie Gumpel, 1938, mit Widmung an ihren Sohn Kurt auf der Rückseite der Fotografie.

518 1/4 bys. in / Rm
Für Vater H.C.H.
S. D. Nig.
Liebe meinem
liebster Kurt
gemittelt 2/5
3
Lenny 14./4. 38
④ Deine Mutter

viert sie eine kaufmännische Lehre in Münster. Mit 18 Jahren heiratet sie den in Harth, Kreis Büren, geborenen zehn Jahre älteren Kaufmann Gustav Gumpel. Beide leben im Hause der Familie Mosberg, bis sie 1916 in eine Wohnung des Hauses Mittelstraße 82 ziehen. 1912 wird ihr erstes Kind, Herbert, geboren, 1914 die Zwillinge Hans und Grete. Grete stirbt jedoch im Säuglingsalter. 1922 kommt Kurt zur Welt.

Die Familie Gumpel erwirbt das Haus Mittelstraße 82 und lässt es 1925 zu einem Wohn- und Geschäftshaus umbauen. Das Erdgeschoss enthält nunmehr zwei Ladenlokale. In einem von ihnen verkaufen Rosalie und Gustav Gumpel Stoffe und Weißwaren. In Anlehnung an das größte Stoff- und Modewarengeschäft am Ort, das Kaufhaus Wiese, wird das der Familie Gumpel „Klein-Wiese“ genannt und von der Bevölkerung, u.a. wegen der günstigen Geschäftslage in der Haupteinkaufsstraße, sehr gut angenommen. Einen weiteren Kundenstamm erwirbt der älteste Sohn Herbert in den umliegenden Dörfern, in die er auf Wunsch mit dem Fahrrad Ware ausliefert und Bestellungen entgegennimmt.

Am sogenannten Boykott-Tag 1933 beschmieren SA-Leute die Schaufenster des Geschäftes. Viele Kunden, vorwiegend aus der Arbeiterschaft, bleiben dennoch vorübergehend treu, was die NS-Hetzpresse zu diskriminierenden Notizen veranlasst.²

Die zunehmende Ausgrenzung entzieht der Familie Gumpel die Existenzgrundlage, das Geschäft muss aufgegeben werden. Die Söhne verlassen nach und nach das Haus: Eine schulische und berufliche Ausbildung in der Kleinstadt ist nicht mehr möglich. Zudem stirbt Gustav Gumpel, nur 54-jährig, im Januar 1937. Seit langem herzkrank, erliegt er einem Infarkt im Lemgoer Bahnhof, wo er ein Bahnfrachtpaket für seinen Sohn Hans aufgeben wollte. Bahnangestellte herrschen die hinzu geeilte Frau Gumpel an, den Leichnam wegzuschaffen.³

Im Sommer 1937 verlässt Kurt, der damals 15-jährige jüngste Sohn, das elterliche Haus, um in Neuendorf, wo sich bereits sein Bruder Hans befindet, eine landwirtschaftliche Lehre für eine künftige Betätigung in Palästina zu beginnen.

Rosalie Gumpel, allein zurückgeblieben, widmet sich in der Folgezeit dem Bemühen, ihr Haus zu verkaufen, das ihre einzige Habe ist und von dessen Verkaufserlös sie sich Mittel erhofft, die in besseren Zeiten den Kindern Starthilfen geben sollen.

Am 10. Dezember 1941 wird Rosalie Gumpel als einzige Lemgoerin mit dem großen Transport, der 1000 westfälische Jüdinnen und Juden, unter denen sich 15 aus Lippe befinden, nach Riga deportiert, wo sie kurz nach ihrer Ankunft ermordet wird.

Ihr letzter Brief an die Kinder stammt vom 11. Oktober 1941, also zwei Monate vor der Deportation. Sie hat kurz nach der Deportationsanordnung ihre Kinder mittels einer Postkarte über das „Reiseziel“ informiert; diese Karte ist jedoch unauffindbar.

Auf ihre Briefe erhält Rosalie Gumpel nur selten Antwort. Meist ist es ihr zweitältester Sohn Hans, der ihr antwortet. Solange der 26-jährige Hans mit dem Jüngsten,

dem damals 18-jährigen Kurt, an einem Ort in Dänemark zusammen lebt, schreibt auch dieser zuweilen. Der Älteste, der damals 28-jährige Herbert (später Mordechai), hatte 1939 die Auswanderung nach Palästina geschafft. Zum großen Kummer meldet er sich in diesem Zeitraum nicht – oder kann sich nicht melden. So versucht Frau Gumpel Monat für Monat ihren Ältesten über das Rote Kreuz zu erreichen, jedoch es kommt kein Kontakt zustande. Sie bittet auch Hans, Herbert zu einer Kontaktaufnahme zu ihr zu bewegen. Da nichts geschieht, gratuliert sie 1941 ihrem Ältesten vorsorglich bereits im September zum Geburtstag, der erst im kommenden Februar liegt.⁴ Trotz der z. T. ganz ausbleibenden oder nur spärlichen Antworten ist die Korrespondenz ein großer Halt, wenn nicht der einzige, der Rosalie Gumpels Leben Sinn verleiht.

Die Briefftexte lassen erkennen, dass es zwischen dem Schreiben von 1939 sowie den Briefen vom September 1940 und Oktober 1941 weitere Nachrichten gegeben haben muss, vielleicht nur Karten oder kurze Mitteilungen über Dritte. Besonders die fünf letzten stellen die eine Seite eines Gesprächs dar: Die Themen und Fragen wechseln sprunghaft; das gesamte Spektrum der Erfahrungswelt und Wissbegierde soll auf engstem Raum festgehalten werden.

Der Stil ist ungekünstelt, häufig knapp und mit vielen Abkürzungen versehen. Dreierlei bietet sich für die Bearbeitung an:

1. Da die Situation, in der der Brief von 1939 geschrieben wurde und mithin sein Charakter sich von den fünf letzten unterscheidet, sollen die von 1940 und 1941 als Einheit betrachtet werden.
2. Wegen der Kürze der angesprochenen, aber häufig wiederkehrenden Themen sollen diese gebündelt dargestellt werden.
3. Zwei große Bereiche werden deutlich: der persönlich-familiäre und der der kleinen, noch in Lemgo gebliebenen jüdischen Gemeinde

Während der Brief von 1939 fast ausschließlich Mitteilungen der Mutter enthält, zudem „in Eile geschrieben“ wurde, geht es in den letzten Briefen um eine Auseinandersetzung mit der Situation der Kinder, mit ihrer eigenen Lage sowie mit der der sie umgebenden Menschen. Auch ist 1939 ihre eigene Auswanderung noch ein wichtiges Thema. Sie berichtet von ihren Spenden an Organisationen, die Erez Israel unterstützen; sie hilft anderen Mitgliedern der jüdischen Gemeinde bei Reisevorbereitungen⁵ und ist dadurch vermutlich eingestimmt auf die geplante eigene Auswanderung. Diese Frage tritt in den letzten fünf Briefen eher zurück.

Über die bedrückende Lage, in der sie sich befindet, schreibt Rosalie Gumpel wenig, wenn doch, dann äußerst verhalten oder verschlüsselt. Dabei nennt sie meist keine Namen oder stellt die Ereignisse untertrieben dar. Berichtet sie beispielsweise von Freunden, die gefallen oder gestorben sind, heißt es: „Sie treffen Onkel Bernhard“ (in Anspielung an den Soldatentod ihres eigenen Onkels im Ersten Weltkrieg). Zwar

äußert sie in jedem Brief, z.T. sogar mehrfach, den Schmerz über die schon mehrere Jahre andauernde Trennung von ihren Söhnen, jedoch ihre Zeilen klingen aufmunternd, manchmal beruhigend und zuweilen sogar humorvoll. Jede kleine Veränderung wird liebevoll kommentiert, jede größere wird mit sorgfältig abgewogenen Worten ohne Gefühlsausbruch dargestellt, und es werden Glückwünsche ausgesprochen. Es werden viele Fragen gestellt, so z.B. nach den Lebensbedingungen der Kinder bis hin zu den einstmals gepflegten Interessen, wie z.B. dem Klavierspiel des Jüngsten⁶. Kurts offenbar geäußerte Klage über die sehr schwere Arbeit auf einem dänischen Bauernhof begegnet sie mit der Beschreibung ihrer eigenen „tüchtigen Arbeit“ im Garten von Freunden in der lippischen Gemeinde Waddenhausen, wo auch Dung aufgesammelt wurde („Wir haben auch Köttels Werke gelesen“),⁷ und der Holzammelaktion auf dem Friedhof, beides Tätigkeiten zur Vorratsbeschaffung für den kommenden Winter. Anschließend spendet sie Trost: „Bald bekommt Ihr's besser, l.(ieber) Kurt, im Winter ist nicht so viel Arbeit“.⁸

Nur im letzten erhaltenen Brief vom 11. Oktober 1941 findet sich zwei Mal ein Aufschrei: Ihr wird klar, nachdem sie Hans zur „Verwirklichung von Plänen“⁹ gratuliert hat, dass sie daran nur aus der Ferne teilhaben und selbst nicht mehr dazu beitragen kann. Sie schreibt: „Wessen Freude kann wohl größer sein, als die einer Mutter, deren ganzes Denken nur den Kindern gilt, zumal man tatkräftig nicht mehr mitwirken, auch wie (man) sich vorgenommen hatte, kann. Dieses ist mir so unendlich schwer, ich hatte unter eigenem Darben so schön für Euch geschafft und gespart, aber es kam anders...“ Nur mühsam kann sie diesen „Ausbruch“ kanalisieren, indem sie ihrer Freude Ausdruck verleiht, dass die einstmals angeschafften Brockhaus-Bände, die in den Händen von Hans sind, ihm „ein großer Helfer“ seien.

Die zweite deutliche Klage in diesem Brief bezieht sich auf eine zufällige Begegnung mit einer früheren Angestellten ihres Geschäftes; letztere meidet offenbar Frau Gumpel als Jüdin: „...sie war nicht mehr die alte Grete. Es hat mir sehr wehe getan, war man doch so vertraut, und hatte doch unser Personal Familienanschluß, so ist es eins nach dem andern.“

Selbst wenn sie sich zu dem für sie schikanösen und ruinösen Hausverkauf äußert, ist der Ton gemäßigt; fast objektiv mutet die Beschreibung an: „Unser Käufer stellt sich auf die Hinterfüße in punkto Zinsenzahlen, und so war ich vorige Woche dort, um mich in Güte mit ihm zu einigen, und da hat er mir zweimal die Tür gewiesen. Es wird noch eine hartnäckige Sache mit ihm sein, er ist nicht so einfach zu nehmen. Froh bin ich, daß wir erstmal einen Schritt weiter sind.“¹⁰ Im September 1941 klingt ihr Bericht über die Hausangelegenheit stellenweise fast heiter: „Der Hausverkauf hat nun seinen Abschluß gefunden, ich mußte noch auf vieles verzichten, aber es war jetzt eine Beruhigung...Nun habe ich alle restierenden Schulden bezahlt von Kanalgebühren und Ka-

Leningrad, 19.11.1940

Meine lieben Kinder! Wie sehr mich diesesmal Eure l. Briefe erfreuten, könnt Ihr, u. l. Kinder wohl denken, und gratuliere ich Dir l. Hans, von ganzen Herzen. Du solch' eine Überraschungshäth, ich bin gutacht, & soll ich Dir von allen Grüßen & Wünsche übermitteln. Die fremde Welt, die kaum uns jetzt wachsende Welt, mich bester schon gerührt, wenn ich mich von mir bester gerührt hat, melien kaum. Rosa Ostwald führt vor 8 Tagen mit einem Auto zusammen & erlitt einen Schädelbruch & Gehirnerschütterung, seit 3 Tagen geht es ihr besser & hofft man, daß sie nochmal zurückkommt. Vor 14 Tagen war ich in der in Wäldenhausen, & zwar circa 14 Tage, ich bin ganz toll, und es ist so freundlich einig dem Leute. Ich half im Garten alle Gemüser rein im polen, Dünger von den Wegen, sind wir haben süßig, köstlich Werke gelesen, aber es macht mich sehr sehr viel Spaß, & man kommt mich ein wenig weiter. Ja, mein l. Kindchen, es ist nicht so einfach im ganzen, laß Denis, Hans sein, denn Mutter arbeitet tüchtig. Ich habe mir vom Finthof einen Wagen voll Holz gewohnt, Lebensbaum & heute habe ich's klein gepflanzten, & liegt alles im Keller. Heruheim's lassen ganz besonders grüßmu, sie sind sehr nett, Ihr wollest ihnen, daß ich ihnen wohl schreiben, d. h. wann Ihr Zeit habt, ich lese oft Eure Briefe vor, besonders Deinen letzten l. Hans. In einigen Tagen sind es 3 Jahre, dass Dir l. Hans fort bist, man gibt's ein Wirterschen? Es ist sehr schwer. Wenn ich mir mal von Herbert hören müßte, ob er noch gerührt ist? Es sind fast 1 1/2 Jahre, daß ich von ihm nichts mehr weiß. Du bist mich bald 2 Jahre fort l. Kind, es sind schwere Erinnerungen. Bald ich bekomme Ihr's etwas besser l. Kind, in Wälden

Brief von Rosalie Gumpel an ihre Kinder, November 1940.

nalanschluß, alles, alles ist erledigt, und ich stehe schuldenfrei da...“¹¹ Wie immer wendet sie sich schnell einem neuen Thema zu und stellt sich ganz auf die Adressaten ein. Neben den spärlichen Nachrichten über sich selbst – sie betont immer wieder, sie sei gesund –, über Verwandte und Bekannte kommt in ihren Briefen vor allem die Sorge um die Kinder zum Ausdruck. Die wenigen Dinge, die ihr geblieben sind, versucht sie zu bearbeiten, um ihren Söhnen von ferne Schutz vor Kälte zu bieten und die Mangelsituation während des Krieges zu mildern. So schreibt sie über Wolle, aus der sie zwei Paar Kniestrümpfe oder – je nach Wunsch – vier Paar Socken stricken will, von einem Stück blauen Kammgarnstoffs, aus dem zwei Paar Hosen angefertigt werden könnten. Auch ist die Rede von einem Wandbehang, den sie schicken will.¹²

Sie sorgt sich insbesondere um den Jüngsten, Kurt, der als Kind Rachitis hatte, erkundigt sich nach seinen Ernährungsmöglichkeiten und erteilt Ratschläge.¹³ Im letzten Brief vom Oktober 1941 beschreibt sie die derzeitigen Modeströmungen und gibt dazu indirekt Modetipps.

Besondere Freude bereitet ihr Hans, der Zweitälteste: Er schafft die Aufnahme in Höhere Landwirtschaftsschulen, die ihn weiter bringen – er war auch derjenige, der auf Grund seines Alters die Schulbildung am weitesten vorantreiben konnte. Einmal muß er angedeutet haben, Ferien mit Bekannten zu machen, worauf sich die Mutter mit der Frage an ihn wendet: „...etwas Bekanntes oder gar Pikantes?“¹⁴ und mit diesem Wortspiel erfahren möchte, ob sich eine Freundin darunter befinde. Hans ist es denn auch, der nicht nur mit ihr den engsten Kontakt hält, sondern, auf ihren Wunsch hin, auch Briefe an Verwandte, aber auch an ihren geschätzten Hauswirt, Adolf Sternheim, etwa zu dessen 70. Geburtstag schreibt.

Alle Briefe, die im Hause Sternheim ankommen, werden vorgelesen und kommentiert, und so ist die Freude der Mutter groß, wenn nicht nur das Weiterkommen der Söhne gelobt wird, sondern auch die „originelle Ausdrucksweise“ des Schreibers.¹⁵

Im Blick auf die persönlich-familiäre Situation wird deutlich, dass Rosalie Gumpel sich selbst und ihre bedrückende Lage fast ganz zurückstellt, auf Klagen und Jammern verzichtet. Vielmehr versucht sie die Trennung von den liebsten Menschen zu bewältigen, indem sie ihnen Mut macht und ihnen von ferne ein Ratgeber ist.

In ihren Briefen findet man aber auch Einblicke in die Situation der kleinen jüdischen Gemeinde in Lemgo. Rosalie Gumpels Verbundenheit mit den meisten Mitgliedern und das Interesse der Söhne am Schicksal von Freunden und guten Bekannten ermöglichen so ein Bild, das schlaglichtartig deren Lage beleuchtet. Angaben über Übergriffe von seiten der NS-Funktionäre werden allenfalls verschlüsselt oder gar nicht gemacht. Aber es gibt sie nachweislich zu dieser Zeit.¹⁶ Auch das judenfeindliche Klima kommt nur in Andeutung durch das Verhalten des Hauskäufers oder der ehemaligen Angestellten Grete zum Ausdruck. Zwei kleine Bemerkungen geben dazu weiterhin

Auskunft. Als Frau Gumpel über ihren Besuch bei nichtjüdischen Freunden in Waddenhausen berichtet, schreibt sie: „Wie friedlich ist es doch auf dem Lande.“¹⁷ Im Brief vom September 1941 erzählt sie, wie sie Rosch Haschana begangen habe: „Ich war am ersten Feiertag im Wald, es war herrlich, dort bin ich gern, es ist auch gestattet.“

Nichtjüdische Menschen, die ihr in irgendeiner Weise helfen oder Kontakt zu ihr halten, gibt es nur wenige. Als „nette, liebe Menschen“ ausdrücklich beschrieben werden „Brunens“ (die Bauernfamilie Brune) vom Altenknick, einer Strasse am Stadtrand Lemgos, für die sie strickt, näht und stopft, die die Söhne „herzlich grüßen lassen“ und von denen sie Kartoffeln für den Winter erhält.¹⁸ Sodann schreibt sie von Helmut Stille, der ihr die Zeitung brachte, und vom „hübschen Friedhofsgärtner“, der ihr das Sammeln von Holzabfällen ermöglichte. Letztere sind Freunde der Söhne aus Kindheitstagen. Sie und einige andere „treffen Onkel Bernhard“, d.h. sie sind gestorben oder gefallen.¹⁹ Weiterhin ist die Rede von einer anderen ehemaligen Angestellten, Klara, die sie immer noch besucht und sie über ihre Heirat mit einem angehenden Architekten und beider Lebensplanung informiert.²⁰

Von diesen wenigen Beispielen abgesehen, kommt Hilfe und gegenseitige Unterstützung, die auch Rosalie Gumpel erwidert, im Wesentlichen von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde selbst. Von den 1940/41 noch in Lemgo gebliebenen Familien oder Einzelpersonen werden in den Briefen, mit Ausnahme der Bankierswitwe Mathilde Lenzberg sowie der alten, kränklichen Rosa Michaelis, alle Namen genannt und Informationen über sie geliefert. Am häufigsten und detailliertesten ist dies der Fall bei Mitgliedern der Familie Davidsohn – Emilie Davidsohn ist die Schwester von Rosalie Gumpel –, der Familien Frenkel, Sternheim, Katz und Katzenstein. Auch von Rosa Ostwald (verheiratete Heumann), die einen schweren Autounfall hatte, berichtet sie sorgenvoll.²¹

Sehr stark beschäftigt sie das Schicksal von Erich Katzenstein, dem 42-jährigen Fotografen (von dem laut Angaben auch die letzten Lichtbilder stammen, die sie ihren Söhnen schickt). Erich Katzenstein heiratet 1940 Bertha Goldschmidt aus Helmern.²² In diesen für jüdische Menschen ohnehin bedrückenden Jahren stellt sich heraus, dass Frau Katzenstein schwer lungenkrank ist und in Köln, später im Schwarzwald behandelt wird, bis kein Geld mehr für die Kur vorhanden ist. Erich Katzenstein ist also monatelang wieder allein. Frau Gumpel kümmert sich um ihn, macht ihm einmal in der Woche den Haushalt und beschreibt seine Freude, als sie ihm „Püfferchen“ gebacken hat.²³ Frau Gumpels „Schützling“ wohnt zu dieser Zeit im Haus von Emilie Davidsohn, 1942 wird er mit seiner inzwischen zurückgekehrten, aber nicht geheilten Frau in das Haus der Familie Frenkel eingewiesen.

Auch zur Familie Frenkel, die Frau Gumpel nach eigenen Angaben häufig besucht, besteht ein besonderer Kontakt. So schildert sie ihren Söhnen das Schicksal von Ernst

Frenkel, nach dem letztere offenbar gefragt hatten: „Ernst Frenkel arbeitet in Bielefeld und wohnt bei Hanna (seiner Schwester), er war gefallen, wie er mit Ludwig (Davidsohn, also einem Cousin der Gumpel-Brüder) verreist war, er ist nicht mehr zu erkennen.“²⁴ Was sich hier so harmlos als „Reiseunfall“ darstellt, ist in Wirklichkeit die Misshandlung durch einen Aufseher des KZ Buchenwald, der Ernst Frenkel mit einem Gewehrkolben den Unterkiefer zertrümmert hatte, als dieser dem hörgeschädigten Erich Katzenstein klar machen wollte, es stünde ein Zählappell an. Auch wenn über derartige Vorfälle Schweigepflicht bei Strafe herrschte, ist anzunehmen, dass Rosalie Gumpel die Wahrheit kannte, und auch ihre Söhne diese Nachricht zu entschlüsseln vermochten.

Ganz unumwunden, fast wie in „normalen Zeiten“, berichtet sie über den kleinen Uriel, Sohn von Hertha und Walter Frenkel, der 1941 geboren wird. In den zwei aufeinander folgenden Briefen vom September und Oktober 1941 heißt es: „Frenkel haben ein entzückendes Kindchen, es sieht aus wie Karla“, und im nächsten Brief: „Sie haben viel Freude, der kleine Uriel ist goldig und hellblond.“ Die zwei kurzen Berichte über weitere Kinder der Frenkels verbergen wiederum diskriminierende Tatsachen: „Ludwig ist auf der Schule in Detmold.“ bedeutet nichts anderes als den Besuch der allein zugelassenen jüdischen Notschule durch den 7-Jährigen. Dass die 14-jährige Karla „nicht mehr zur Schule geht, aber zu Hause bleibt,“ weist auf die ebenfalls praktisch nicht mehr vorhandenen Möglichkeiten einer Weiterbildung hin.

Vertraute und gute Bekannte der Gumpels stellen auch Isaak und Johanna Katz dar, deren Haus ebenfalls inzwischen „arisiert“ wurde und die nunmehr wie Frau Gumpel im Sternheimschen Haus leben. Zwei Mal berichtet sie über das Ehepaar und bringt ihre Sorge um deren schlechten Gesundheitszustand zum Ausdruck. Beider Töchter sind inzwischen ausgewandert, die ältere, Edith, nach Argentinien und die jüngere, Anny, nach Holland, wo sie seit der deutschen Besetzung im Untergrund bleiben muss.²⁵ „Familie Katz kommt noch nicht weg“, schreibt Frau Gumpel untertreibend;²⁶ wahrscheinlich ist ihr dabei bewusst, dass Alter und Krankheit Hindernisse sind, der Gefangenschaft im eigenen Land zu entfliehen. Fragen, wie die der Auswanderung, sind mithin eines der Gesprächsthemen im Sternheimschen Haus. Ob Rosalie Gumpel an die ihrige wirklich noch glaubt, sei dahingestellt. Ihr Ziel und das ihrer Söhne Hans und Kurt sollte offiziell Palästina sein, so die Angaben vor der Lemgoer Meldebehörde im Jahr 1939.²⁷ Frau Gumpel schreibt im Juli 1941, sie „könne Hitze besser als Kälte ertragen“ und sei so „für das Land Palästina geeignet“. 1939 hatte sie der Meldebehörde ein Schreiben „in hebräischer Sprache“ vorgelegt und dabei angegeben, es handle sich hierbei sinngemäß um Einreisemodalitäten, und hinzugefügt, dass sie ihren Sohn Herbert um Weiterbetreuung der Angelegenheit bitten wolle.²⁸ Bis zum letzten Brief vom Oktober 1941 hat sie aber noch keine Nachricht von Herbert erhalten.

Ein weiterer Grund dafür, dass sie selbst die Auswanderung und damit die Möglichkeit, sich außerhalb Deutschlands in Sicherheit zu bringen, nicht energisch genug betreibt, liegt in dem Versuch, durch den Verkauf ihres Hauses ihren Kindern Vermögenswerte zu verschaffen. Kurt muss sie im Herbst 1940 gebeten haben, sich um die Auswanderung zu bemühen, denn sie schreibt am 19. November: „Ja mein l.(iebes) Kurtchen, es ist nicht so einfach zu sagen, laß Haus Haus sein...“

So bleibt den Menschen, deren Angehörige in das rettende Ausland gegangen sind, nur der spärliche Briefkontakt, über den sie ihre Hoffnungen und Wünsche auf die Ausgewanderten projizieren. Ein Lebenszeichen, wer immer es erhält, wird zum Allgemeingut, wird, wie schon erwähnt, herumgereicht und von allen gelesen, ob sie in Lemgo, Detmold oder Bielefeld wohnen. Es ist die letzte Verbindung zur freien Welt. Sorgfältig wird kommentiert, wie die Worte von Lina Sternheim zeigen. Es sind Worte, die Rosalie Gumpel so sehr bewegen, dass sie sie ihren Kindern mitteilt: „Frau Sternheim sagte, sie wäre stolz darauf, solch tüchtige Menschen aus unserem Städtchen heranblühen zu sehen...“²⁹

Der 70. Geburtstag von Adolf Sternheim, lange vorbereitet von den Mitgliedern der kleinen jüdischen Gemeinde, wird zum letzten „Fest“ in diesen trostlosen Zeiten. Rosalie Gumpel hatte ihre Söhne mehrfach gebeten, zu diesem Anlass zu schreiben. Begeistert berichtet sie im September 1941: „Solch ein Stoß von Postsachen, wie er bekam, ist nicht zu beschreiben, auch aus dem Ausland, wie Anny Katz...“

Die Achtung und Wertschätzung, die man einander entgegenbringt, stellt vorübergehend eine Gegenwelt zu der völligen Entrechtung dar.

Warum Rosalie Gumpel bereits Ende 1941 verschleppt wird und nicht „erst“ 1942 mit der größten Gruppe der jüdischen Gemeindemitglieder nach Theresienstadt deportiert wird, kann nur vermutet werden. Ein Grund könnte darin liegen, dass sie wegen ihres mutigen Auftretens beim Verkauf ihres Hauses für die lokalen und regionalen Amtswalter ein besonderes „Ärgernis“ darstellte. Möglich wäre auch, dass sie als relativ gesunder Mensch sich bereit erklärte – vielleicht auch auf Bitten Adolf Sternheims – die behinderte Hedwig Loewenthal zu begleiten und zu unterstützen.

ANMERKUNGEN

- 1 Brief vom 30. September 1941. Alle Briefe befinden sich im Städtischen Museum Lemgo, Sammlung Kurt Gumpel, Nr. 1.
- 2 Arbeitskreis Lemgo im Dritten Reich (Hrsg.): Eine andere Stadtführung. Stadtrundgang auf den Spuren des Nationalsozialismus und des Widerstandes in Lemgo, Lemgo 1986, S. 14. – Lippische Staatszeitung vom 14. August. 1935.
- 3 Vgl. dazu die Ausführungen im Aufsatz von Edda und Horst-Alfred Klessmann.
- 4 Erhalten sind einige Rotkreuz-Rückantwortkarten aus den Jahren 1942 und 1943, auf denen sowohl Hans und Kurt aus Dänemark als auch Herbert aus Palästina einander Lebenszeichen und Kurzinformationen senden. Die Karten sind zuweilen wochenlang unterwegs und werden auch nach Eintreffen nicht immer sofort beantwortet. Erschütternd ist dabei eine Nachricht von Hans vom 11. Februar 1942 an Herbert: „Mit Mutter in Verbindung.“
- 5 z.B. den Töchtern von Johanna und Isaak Katz in der Paulinenstraße. Vgl. dazu Hanne Pohlmann/Jürgen Scheffler (Hrsg.): Die Geschichte der jüdischen Familie Katz – Erinnerungsarbeit in Lemgo, Detmold 1991. (Panu Derech – Bereitet den Weg. Schriften der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V., Bd. 4)
- 6 Briefe vom 22. Juli und 30. September 1941.
- 7 Brief vom 30. September 1941.
- 8 Brief vom 19. November 1940.
- 9 Gemeint ist der Studienbeginn an der Königlichen Veterinär- und Landwirtschaftshochschule in Kopenhagen.
- 10 Brief vom 22. Juli 1941.
- 11 Brief vom 30. September 1940. Vgl. dazu den Aufsatz von Klaus Pohlmann über die Verkaufsverhandlungen.
- 12 Brief vom 19. November 1940.
- 13 Brief vom 22. Juli 1941.
- 14 Ebd.
- 15 Brief vom 30. September 1941.
- 16 So Zeitzeugenberichte über das jüdenfeindliche Verhalten eines Schutzpolizisten; aktenkundig z. B. die Überwachung von Regina Berg wegen Versteckens des „Judensterns“. Stadtarchiv Lemgo, A 11803-11804.
- 17 Brief vom 19. November 1940.
- 18 Brief vom 11. Oktober 1941.
- 19 Ebd.
- 20 Ebd.
- 21 Brief vom 19. November 1940.
- 22 Stadtarchiv Lemgo, A 10737.
- 23 Brief vom 11. Oktober 1941.
- 24 Brief vom 22. Juli 1941.
- 25 Vgl. dazu Pohlmann / Scheffler (Anm. 5).
- 26 Brief vom 30. September 1941.
- 27 Stadtarchiv Lemgo, A 11852.
- 28 Ebd.
- 29 Brief vom 7. April 1941.



PSYCHOTHERAPEUTISCHE ANMERKUNGEN ZUM SCHICKSAL KURT GUMPELS

KURT GUMPELS KINDHEIT UND JUGENDZEIT AUS DER SICHT VON HORST-ALFRED KLESSMANN

Im Frühjahr des Jahres 1924 zog die junge Familie Klessmann in die obere Etage des Wohnhauses Mittelstraße 80 in Lemgo ein, dessen Besitzer der Tierarzt Josef Westphale war. Der Familienvater Klessmann war kurz zuvor zum Chefarzt des Krankenhauses in Lemgo gewählt worden. Im Erdgeschoss des Nachbarhauses, Mittelstraße 82, befand sich ein renommiertes Textilgeschäft, das von dem jüdischen Ehepaar Gumpel betrieben wurde. Von den drei Jungen dieser Familie war der jüngste, Kurt, zwei Jahre alt, als im Haus „nebenan“ Horst-Alfred, das zweite Kind der Arztfamilie, zur Welt kam. Die beiden Jungen, sobald sie dem Krabbelalter entwachsen waren, fanden Gefallen aneinander, und ihre weitere Kindheit war von einer innigen Freundschaft geprägt. Spiele, auch mit anderen Nachbarskindern in den Gärten der dortigen Häuser, und Kindergeburtstage gehörten zum gemeinsamen Leben. Der Ältere, Kurt, war für den Jüngeren, Horst-Alfred, ein bewundertes Vorbild, weil er so keck und mutig schien, während Horst-Alfred eher zurückhaltend und schüchtern war. So beschloss er eines Tages, sich wenigstens äußerlich dem bewunderten Vorbild anzugleichen, indem er seine hellblonden Haare mit Hilfe von Schuhcreme einschwärzte, da Kurt ja „so schöne schwarze Haare hatte“. Unbekümmert schloss Kurt sich auch mit erhobenem Arm einem SA-Trupp an, der vor Hitlers Machtübernahme durch Lemgos Straßen marschierte. Kurt konnte nicht ahnen, welch' Geistes Kind diese Marschierer verkörperten. Etwa 1932, als Hitler bei einer Wahlkampfveranstaltung in Lemgo sprach, drängelte Kurt sich durch die Menge ganz nach vorn, um den „bösen Mann“, davon hatte er zu Hause gehört, ganz von nahem zu sehen. Während Horst-Alfred noch im Kindergarten im Rampendal bei „Tante Alma“ war, drückte Kurt schon die Schulbank. Er war der einzige Jude



Abb. links: Kurt Gumpel, 1924/25.

Abb. rechts: Kurt Gumpel,
um 1933.

in seiner Klasse. Probleme gab es deswegen mit seinen Klassenkameraden zunächst nicht, jedoch, es war inzwischen 1933, musste er mit Angst erleben, wie ein Lehrer, als er mit der Klasse zum Sportplatz marschierte, unterwegs ein Lied anstimmen ließ, in dem es hieß: „Denn wenn das Judenblut vom Messer spritzt, geht's noch einmal so gut.“⁴¹ Die Mutter von Kurt, der er diesen Vorfall erzählte, versuchte ihn zu beruhigen, „Du darfst das nicht so ernst nehmen.“

Im Laufe des Jahres 1932 zog die Arztfamilie in ein neu gebautes Haus am nördlichen Stadtrand (Slavertorwall) um, und ein Jahr später kam Horst-Alfred auf das Gymnasium. Kurt, dem der Übergang ins Gymnasium vom Lehrer empfohlen und von den Eltern zugesagt war, blieb auf der Volksschule. Es muss vermutet werden, dass einerseits die schwieriger werdende wirtschaftliche Lage, aber wohl mehr noch der immer stärker werdende Druck auf die jüdischen Familien den Ausschlag dazu gab. Wie dem auch sei: Fest steht, dass zwischen 1932 und 1937, als Kurt nach Brandenburg in das Jüdische Landwerk Neuendorf ging, der Kontakt zwischen den Freunden abbrach. Keiner der beiden kann sich jedenfalls noch an Begegnungen erinnern. Es mag mehrere äußere Gründe dafür gegeben haben, Wohnwechsel, Schulwechsel, neue Freundschaften, dennoch erscheint der Gedanke nicht abwegig, dass die deutlich spürbare Ablehnung des Jüdischen in Deutschland und die Aussicht Schwierigkeiten zu bekommen, wenn man sich an diese politischen Vorgaben nicht hielt, dabei mitgespielt haben.

So erfuhr Horst-Alfred auch nichts vom plötzlichen Tod des Vaters von Kurt im Januar 1937 und von Kurts Abreise nach Brandenburg, wo schon die beiden älteren Brüder zur Ausbildung als Landwirtschaftshelfer (für eine Ausreise nach Palästina) geschult worden waren. Kurts Mutter blieb allein zurück, weil sie infolge der wirtschaftlichen Boykott-Maßnahmen den Verkauf des Hauses durchführen wollte, in der Hoffnung später nachkommen zu können. Dies gelang jedoch nicht mehr, sie wurde 1941 deportiert und im Rigaer Getto ermordet. Es wäre unredlich zu verschweigen, dass es eine Begegnung im Sommer 1941 gegeben hat, die Horst-Alfred auch heute noch mit Scham erfüllt. Er begegnete Frau Gumpel auf der Straße, sie war auf der anderen Straßenseite, schon mit dem „Judenstern“ gekennzeichnet. Er wollte sie grüßen, aber sie wandte den Kopf ab, wohl um ihm Schwierigkeiten zu ersparen, denn sie wusste, dass man Juden nicht grüßen durfte. Statt zu ihr hinüberzugehen, hat er nur erleichtert ihre Kopfwendung genutzt, um den Gruß ausfallen zu lassen.

Viele Jahre vergingen, bis es 1998 anlässlich einer Ausstellung von Mordechai Gumpel, dem ältesten Bruder von Kurt, in der Volkshochschule Lemgo zu einer überraschenden Wiederbegegnung kam. Fast 70 Jahre lagen zwischen der letzten Begegnung von Kurt und Horst-Alfred. Die Herzlichkeit und unbefangene Freude, mit der Kurt seinen alten Freund jetzt in die Arme schloss, hatte etwas sehr Bewegendes. 70 Jahre waren vergangen, es hatte fast den Anschein, als ob es gestern gewesen wäre. In der Folgezeit

gab es etliche Gespräche über vieles, was die beiden in dieser Zeit erlebt hatten, und nach und nach berichtete Kurt auch immer offener über das, was ihm und seiner Familie widerfahren war.

BERICHTE VON KURT ÜBER DIE VERFOLGUNGSZEIT IM DRITTEN REICH

Mit der Machtübernahme durch die Nazis 1933 begann schnell der wirtschaftliche Niedergang des elterlichen Geschäfts, der durch den politisch erzwungenen Boykott bedingt war. Fast noch schlimmer erlebte Kurt aber das Sich-Zurückziehen der Freunde und Bekannten, teils mit Vorwänden, teils auch mit herabsetzenden und kränkenden Bemerkungen: Man war plötzlich zum Außenseiter geworden.

Erst im Januar 2006, als letztem Baustein seiner Erfahrungen, berichtete Kurt vom Tod des Vaters am 6. Januar 1937. An diesem Tag erreichte seine Mutter ein dringender Anruf, sie möge sofort zum Bahnhof kommen, ihr Mann sei bei der Aufgabe eines Pakets zusammengebrochen. Als die Mutter mit Kurt dort ankam, wies der Bahnbeamte mit einer Kopfbewegung auf den Wartesaal: „Ihr Mann ist dort, der ist tot!“ Kurt erlebte die völlig verzweifelte, an allen Gliedern zitternde Mutter und seine eigene Hilflosigkeit wie eine Lähmung. „Am schlimmsten“, so sagt er heute, „war aber diese kalte, völlig ungerührte Haltung des Beamten, der sich nicht einmal zu einer förmlichen Kondolenz aufrufen konnte“. Was dem plötzlichen Tod vorausgegangen war, vielleicht eine erregte Debatte mit dem offenbar jüdenfeindlichen Beamten, wird sich nie mehr klären lassen, es gab und es gibt keine Zeugen.

Vier Wochen später trat Kurt seine Ausbildung als landwirtschaftlicher Helfer im Jüdischen Landwerk Neuendorf in Brandenburg an, wo er, Februar 1937 bis Juni 1939, bis zum Ende des Lehrgangs blieb und wo seine beiden Brüder ebenfalls ausgebildet wurden. Seinen Bruder Hans traf er bei seiner Ankunft dort noch an. Dieser begrüßte ihn mit den Worten „Hitler ist ein Arschloch!“, was Kurt, noch die Lemgoer Ängste im Nacken, zu dem erschreckten Ausruf veranlasste: „Sag das doch um Himmelswillen nicht so laut“. Hans konterte trocken: „Hier kannst du alles sagen“. Dass das Leben auf Gut Neuendorf dennoch nicht ungefährdet war, demonstrierte nachdrücklich ein Vorfall, bei dem eines Nachts plötzlich ein SS-Trupp auftauchte, der die Praktikanten in das KZ Sachsenhausen verbringen sollte. Nur dem beherzten Eingreifen des jüdischen Leiters der Einrichtung, Alex Moch, gelang es, den SS-Führer zu überzeugen, dass der landwirtschaftliche Betrieb nicht ohne ausreichende Arbeitskräfte geführt werden könnte, so dass wenigstens der jüngere Teil der Praktikanten, darunter auch Kurt, verschont blieb.

Im Juni 1939 beendete Kurt seine Ausbildung in Neuendorf mit einem Abschlusszeugnis und konnte nach Dänemark ausreisen. Er verlor damit seine deutsche Staatsbürgerschaft und wurde als staatenlos eingestuft. Bei freier Wohnung und Verpflegung,

aber ohne Vergütung konnte er auf einem Bauernhof, der sich zur Aufnahme verpflichtet hatte, seine erworbenen Kenntnisse umsetzen. Auch die Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen änderte zunächst an seiner Situation nichts. Erst im Oktober 1943 gab es eine dramatische Wende, als die Deutschen beschlossen, alle in Dänemark ansässigen Juden in einer Nacht-und-Nebel-Aktion zu inhaftieren und in Konzentrationslager zu deportieren. Durch eine gezielte Indiskretion, an welcher u.a. der damalige deutsche Schifffahrts-Sachverständige G.F.Duckwitz beteiligt war, konnte die dänische Seite rechtzeitig über das Vorhaben informiert werden und eine groß angelegte Rettungsaktion einleiten: Dänische Fischer sollten die Flüchtlinge über den Öresund nach Schweden bringen. Mindestens 7000 Juden konnten auf diese Weise gerettet werden.

Kurt erlebt diese Aktion in einer hochdramatischen Weise, als eine kleine jüdische Gruppe, darunter auch sein Bruder Hans, auf dem Weg zu den Booten vor deutschen Soldaten gewarnt wird. Die Gruppe kann in ein Haus fliehen und versteckt sich dort auf dem Boden. Auf einem Dachbalken stehend, leidet Kurt Todesängste, als man die Schritte der Verfolger schon kommen hört. Das geringste Geräusch hätte unabsehbare Folgen für alle gehabt. Gott sei Dank entfernen sich die Verfolger wieder, und beim nächsten Versuch werden die Boote erreicht. Die Überfahrt unter den Suchscheinwerfern der deutschen Kriegsschiffe steigert die Angst ins fast Unerträgliche, bis endlich die neutralen schwedischen Gewässer erreicht sind. Eine bittere menschliche Enttäuschung war die Erfahrung, dass die dänischen Fischer sich nicht mit dem vereinbarten guten Preis zufrieden gaben, sondern den Flüchtlingen – soweit vorhanden – Wertgegenstände abforderten.

KONSOLIDIERUNG IN SCHWEDEN UND DÄNEMARK (POSTTRAUMATISCHE LATENZZEIT)

Von der Ankunft auf schwedischem Boden kann Kurt nichts mehr berichten, erst die Unterbringung in einem Internierungslager bei Göteborg ist ihm wieder gegenwärtig. Als er später in ein Lager bei Uppsala verlegt wurde, traf er dort seinen Bruder Hans wieder. Das untätige Herumsitzen im Lager behagte ihm nicht, so dass er sich freiwillig zu landwirtschaftlichen Arbeiten auf einem der großen Höfe meldete, freilich nicht lange, da durch die schwere körperliche Arbeit zunehmende Gelenk- und Rückenbeschwerden auftraten, die ihn zwangen, die Arbeit wieder aufzugeben. Er lernte dort unter anderen Ernest Bohr, den Sohn des dänisch-jüdischen Nobelpreisträgers Niels Bohr kennen. Die beiden befreundeten sich. Ernest konnte ihm später in Kopenhagen bei der Annahme einer gut dotierten Haus- und Laborverwalterstelle in einem Forschungsinstitut behilflich sein. Bis es soweit kam, musste Kurt freilich eine mehrjährige Durststrecke überwinden, da er zunächst keine adäquate Tätigkeit finden konnte. Kurt überbrückte diese Zeit mit Gelegenheitsarbeiten und war auf Einladung seines Bru-



Abb. oben: Treffen der Hachschara-Gruppen in Neuendorf, 1937/38 (vordere Reihe rechts: Kurt Gumpel).
Abb. unten: Kurt Gumpel in Dänemark, 1940/41 (Zweiter von rechts).



Abb. auf dieser Seite:
Kurt Gumpel in Dänemark und
Schweden (unten), 1941–43.



Kurt Gumpel in Israel, 1949.



Abb. rechts: Brief von Kurt Gumpel an seinen Bruder Hans und dessen Familie in Dänemark, Petach Tikvah/Israel, 1949.

„Liebe Bjarne, Hansi und Hans!

Zuallererst einmal vielen Dank für Euren Brief.

Ich freue mich wirklich, dass es Euch gut geht, auch gesundheitsmäßig. Dass Deine Arbeit gut läuft und dass Bjarne allmählich schon anfängt, zu sprechen, erfreut mein altes Bruderherz. Ich bin nun hier in Erez seit 1 1/2 Monaten und muss sagen, dass ich ganz zufrieden bin, hier zu sein. Ich habe die ganze Zeit das Gefühl, als gehöre man hierher, nach Israel. Das ist so seltsam: in Köge war ich der einzige Jude in der Stadt, und hier – ob man nun in ein Geschäft geht, ob man in einem Omnibus fährt, ob man einem Orchester lauscht oder ob man eine prächtige Militärparade in Tel Aviv sieht – kurz gesagt, alle sind Juden, und gerade das gibt einem das Gefühl, hier dazuzugehören. Übrigens war ich mit Herbert bei dieser Militärparade. Die war fantastisch – von der „Maulesel-Truppe“ bis zu den modernsten Panzern-, und immer mal zwischendurch flogen die Jäger und schweren Flugmaschinen (Bomber; Anm. d. Übers.) über die Stadt. Nachdem ich nun all die sonnengebräunten und frischen Typen gesehen habe, erscheint es mir nicht länger so erstaunlich, dass man die arabischen Truppen geschlagen hat ...“

(Übersetzung aus dem Dänischen)

Petach Tikvah d. 7./8. 49

Kære Bjarne, Hansi og Hans!

Ført og fremmest mange Tak for Lenes Brev. Det glæder mig virkelig, at det går Jer godt, ikke mindst sundhedsmæssig. At det går godt med Dit Arbejde og at Bjarne allerede er saa smaa begyndt at tale, fryder mit gamle Broderhjerter. Ja nu har jeg allerede været her i Erez i 1½ Maanedes og jeg maa sige at jeg er godt tilfreds med at være her. Jeg har hele Tiden den Følelse, at man hører hjem her i Israel. Det er saa komisk, i Køge var jeg ~~at~~ den eneste Tude i Byen, og her, om man går ind i en Forretning, om man kører i en Omnibus, om man hører et Orkerter, kort om man ser en storstilet Militarparade i Tel-Aviv, kort sagt, alle er Tuder og netop dette giver en denne Følelse, at man hører til her. Forresten var jeg sammen med Herbert til denne Militarparade. Den var fantastisk, lige fra Mauserk-Truppen til den moderneste Tanks og alt imellem Jager og svære Flyvemaskiner fløj over Byen. Efter at jeg har set alle de solbrændte og friske Typer, forekommer mig det ikke længere saa underligt, at man har slaaet de arabiske

ders Mordechai auch fast ein Jahr in Israel. Letztlich zog es ihn aber doch wieder nach Dänemark zurück, wo er 1952 schließlich die bereits erwähnte Stelle bekam. Kurt lebte sich gut dort ein, arbeitete zur allseitigen Zufriedenheit, wurde dänischer Staatsbürger und heiratete eine Dänin, Grethe Pedersen, mit der er eine glückliche Ehe führte. Bei seinen Kollegen und Vorgesetzten war er beliebt und anerkannt. Hier konnte er auch seine musischen Talente entfalten: geistvolle, witzige Gedichte zu allen Gelegenheiten und musikalische Improvisationen, die er ohne Notenkenntnisse mit dem Akkordeon oder auf einem elektronischen Klavier spielte. Es war, wie er selbst sagt, eine glückliche Zeit. Aber, keine Rose ohne Dornen, seine Gesundheit ließ zu wünschen übrig: rheumatische Beschwerden, eine hartnäckige, wohl chronische Bronchitis meldete sich immer nachdrücklicher. Bei früheren Ferienbesuchen mit seiner Frau hatte er die Erfahrung gemacht, dass das trockene und warme Klima in Südspanien seinen Krankheitssymptomen gut tat. So beschlossen Grethe und er 1984 nach Spanien (Malaga) in eine Mietwohnung zu ziehen. Der Abschied von Dänemark, zugleich auch das Ausscheiden aus seiner beruflichen Tätigkeit, die er fast drei Jahrzehnte ausgeübt hatte, fiel ihm nicht leicht, zumal auch sein Chef ihn zu überreden versuchte, noch etwas weiterzumachen. Aber der Entschluss war gefasst.

Man lebte sich in Spanien gut ein, ein zugelaufener Hund spielte bei dem kinderlos gebliebenen Ehepaar ein wenig Kindersatz. Aber ein Jahr später, 1985, ereignete sich ein erneuter Schicksalsschlag: Als Kurt von einem Spaziergang mit dem Hund zurückkommt, findet er Grethe, seine Frau, leblos in der Küche liegend vor. Sie ist tot, Herzinfarkt? Die Todesursache kann nicht eindeutig geklärt werden. Kurts Trauer und Verzweiflung sind unermesslich. An Freunde in Dänemark schreibt er: „Das Leben meiner geliebten Grethe endete am Sonntag, den 3. November nach 34-jähriger ungewöhnlich glücklicher Ehe. Damit endet auch mein eigenes Leben. Nie, nie werde ich wieder leben können. Das einzige, was noch geht, ist, dass ich eine Zeitlang existieren kann ... und das muss ich für unseren Hund, unsere kleine, sonst herrenlose *Tina* tun“.

Kurt zog sich dann offenbar völlig zurück. Außer bei Spaziergängen mit dem Hund konnte man ihn nirgends mehr sehen. Zwei norwegische Freunde holten ihn aber nach einiger Zeit in eine kleine Kneipe, wo eine Pianistin öfter auf dem Key-Board spielte. Die Norweger kannten Kurts musikalische Fähigkeiten, und so kam man überein, dass er die Pianistin ablöste, wenn diese eine Pause machte. War es Zufall oder Fügung, dass dort Jeanneke, eine verwitwete Frau aus Belgien mit ihrer Tochter Urlaub machte und ihr in dieser kleinen Kneipe der Mann – Kurt – auffiel, der immer „wie ganz verloren“ mit seinem Hund dort saß und von Zeit zu Zeit Musik machte. Sein Schicksal rührte sie an, und auch die gemeinsame Erfahrung des Verlustes eines geliebten Partners mag dazu beigetragen haben, dass man sich näher kam und schließlich beschloss, den Lebensweg gemeinsam fortzusetzen. Man blieb wechselweise jeweils ein halbes Jahr in



Abb. von oben nach unten:
Kurt Gumpel an seinem Arbeits-
platz in Kopenhagen, um 1980.
Kurt Gumpel an seinem 50. Ge-
burtstag mit seiner Frau Grethe
in Spanien, 1972.
Kurt Gumpel und seine Lebens-
gefährtin Jeanneke Vanderlooy,
Hasselt/Belgien, 2005.



Spanien bzw. in Hasselt (Belgien). Ein Überfall jugendlicher Mopedfahrer, die Jeanneke bei einem Strandspaziergang in Spanien die Handtasche zu entreißen versuchten und sie dabei verletzten, gab vor fünf Jahren den Ausschlag, die Wohnung in Spanien ganz aufzugeben und endgültig in Hasselt zu bleiben. War es (auch) eine Flucht?

DIE SPÄTEN FOLGEN DER VERFOLGUNGSZEIT (POSTTRAUMATISCHE BELASTUNGSSTÖRUNG)

Die hier geschilderten Details aus Kurts Biografie waren natürlich nicht die Frucht *eines* Gespräches, sondern die ungezählter Telefonate, Briefe und Faxe. Mit der zunehmenden Vertrautheit wuchs auch die Bereitschaft, seelische Empfindungen zu offenbaren, die bisher nicht angesprochen wurden. So berichtet Kurt in einem Telefongespräch von fast regelmäßig auftretenden Albträumen, die ihn oft ganz orientierungslos aufschrecken lassen. Jeanneke erzählt in dem Zusammenhang, dass er sich förmlich an sie klammere und sie anflehe, ihn nicht zu verlassen. Schließlich bittet er Horst-Alfred um ein Gespräch, das ihm vielleicht helfen könne, die Albträume besser zu verarbeiten. Er glaubt, bei den Ärzten in Hasselt nicht das nötige Verständnis für seine Ängste zu finden. Eine schwere Lungenentzündung, die seinerzeit einen längeren Krankenhausaufenthalt erzwingt und damit auch eine geplante Lemgo-Reise unmöglich macht, führt zu einem Besuch von Horst-Alfred und seiner Frau im September 2005 in Hasselt. Kurt hat einen Artikel der dortigen Zeitung aufbewahrt, den er uns zeigt und uns um unsere Stellungnahme bittet. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Ein belgischer Zivilist wird während der Besetzung durch deutsche Truppen von einem deutschen Soldaten durch Verkettung unglücklicher Umstände erschossen. Sein Sohn erreicht mit Hilfe eines geschickten Rechtsanwaltes eine Entschädigungszahlung von 2,5 Millionen Euro. Kurt zeigt sich vor allem irritiert über die Frage der Gerechtigkeit im Zusammenhang mit den vielen Kriegs- und Verfolgungsopfern. Er selbst hat auch, wie ihm scheint, Ungerechtigkeiten in Bezug auf das elterliche Eigentum hinnehmen müssen und sich bei manchen Erstattungsfragen übergangen gefühlt. Es wurde in unseren Gesprächen deutlich, wie ausgeprägt Kurts Sensibilität gegenüber ungerechtem Handeln war und seine gelegentliche Unfähigkeit, sich adäquat dagegen zu wehren. Es fanden sich aber auch Verhaltensweisen, die unsere Vermutung verstärkten, dass sich bei Kurt, als Folge der vielfältigen Belastungen und Grenzerfahrungen in seinem Leben, eine Symptomatik entwickeln konnte, die in der heutigen psychotherapeutischen Terminologie als „posttraumatische Belastungsstörung“ (PTBS) bezeichnet wird.

Was bedeutet PTBS? In den USA haben Vietnam-Veteranen, in Japan Hiroshima - Überlebende und bei uns Holocaust-Opfer in auffallend ähnlicher Weise Folgeerscheinungen gezeigt, die viele Forscher, vor allem in den USA, zu eindeutigen neurobiologischen Befunden geführt haben. Einige deutsche Buch-Autoren³ schreiben: „Neue

Erkenntnisse aus den Bereichen der Psychotraumatologie haben in den letzten Jahren international zu einer tiefgreifenden Veränderung von psychotherapeutischen- und Versorgungsfragen geführt. Inzwischen zeigt sich auch im deutschsprachigen Raum das zunehmende Bestreben, dieses *neue Wissen* klinisch und praktisch anzuwenden.“ Eine Grunderfahrung dabei besagt, dass traumatische Ereignisse nicht „spurlos“ vom Menschen abprallen, er versucht sie zu verarbeiten. Wo dies nicht gelingt, werden solche Ereignisse vorerst abgespalten, „ins Unbewusste verdrängt“, meist spricht man dann von Dissoziationen.⁴

Wenn wir nach diesem Exkurs auf das Schicksal von Kurt eingehen, so wird der mögliche Einwand, er habe doch bei aller Dramatik seines Lebensweges viel „Glück“ gehabt, nach dem vorher Gesagten kritisch hinterfragt werden müssen. Betrachten wir also nochmals einige Verhaltensweisen von Kurt in seiner Biografie. Der heranwachsende Junge ist kontaktfreudig, wenig ängstlich und lebhaft. Erste Irritationen beschreibt er als Folge der zunehmenden Judenhetze, sicherlich hat dies auch in der Familie ein ängstlich-bedrückendes Klima geschaffen, wenngleich die Mutter bemüht war, dem Nesthäkchen ihre eigenen Sorgen eher zu verbergen.

Wenn man vertraut ist mit den speziellen PTBS-Reaktionen, dann erweisen sich im Zusammenhang mit dem Tod des Vaters, die zeitliche „Dissoziation“ von Todestag (den er wusste) und Todesjahr, das er jahrzehntelang nur vage erinnerte, als ob er „noch ganz klein“ gewesen sei, ebenso wie eine „Flashback-Episode“ („als wenn das, der Tod des Vaters, jetzt gerade abläuft“) als typische Folgeerscheinung einer PTBS.

Auch eine weitere Traumatisierung, der plötzliche Tod seiner Frau Grethe in Spanien, hatte Kurt tief getroffen, aber die Präsenz der norwegischen Freunde und die Begegnung mit seiner späteren Lebensgefährtin Jeanneke halfen ihm doch schneller, als zunächst vermutet werden konnte, zu einer seelischen Re-Stabilisierung. Dennoch zeigte seine spätere Reaktion auf den versuchten Taschenraub, den Jeanneke in Spanien erlebte und der den endgültigen Umzug nach Hasselt (Belgien) veranlasst hatte, dass er sein Selbstvertrauen vor allem in nahestehenden, haltgebenden Personen fand, nicht so sehr in der eigenen Festigkeit. Er brauchte offenbar die Gewissheit eines „Sicheren Ortes“, den man bei der Therapie einer PTBS häufig einsetzt und der sich hier in Jeannekes Heimatort manifestierte.

RESÜMEE

Kurts ursprünglich glückliche Kindheit wurde mit dem Eintritt in die Schule allmählich immer mehr von den Diffamierungen und dem Hass der Nazis überschattet. Der plötzliche Tod des Vaters und der Auszug im selben Jahr nach Neuendorf legten wohl den ersten Grund für eine tiefe Traumatisierungsstörung. Negativ verstärkend für seine spätere PTBS-Entwicklung steht eindeutig die verhinderte bzw. gestörte Möglichkeit

einer positiven Identitätsfindung des jungen Kurt. Dass sich die massive Abwertung sogar bis zur Vernichtung, zur tödlichen Bedrohung des angeblich „unwerten Lebens“ auswirkte, erfuhr Kurt existentiell bei der Rettungsaktion in Dänemark, als er sich vor deutschen Soldaten verstecken musste. Er erfuhr es noch einmal indirekt durch die Nachricht, dass man seine Mutter im Rigaer Ghetto ermordet hatte.

Bei unserem Besuch in Hasselt, im September 2005, erlebten wir Kurts Gekränktheit, als die Rede auf die ungerechte Behandlung von Opfergeschädigten kam. Er erregte sich besonders über die Beurteilung, er sei als „völlig gesund“ anzusehen. Indirekt bedeutete das für ihn, dass man nicht einmal (wie z.B. bei KZ-Überlebenden) die psychischen Auswirkungen ernst nahm. Das wurde auch in der ersten Nachkriegszeit von vielen deutschen Gutachtern so gehandhabt. Von psychischen Traumatisierungen (es gab ja keine sichtbaren Narben), gar von den komplexen PTBS-Nachwirkungen wusste man damals nichts. Die Rolle des „hilflosen Opfers“ nehmen interessanterweise viele KZ-Überlebende ebenfalls nicht gern wahr. Über Ängste, Depressionen oder nächtliche Alpträume, also seelische Auffälligkeiten zu sprechen, fällt auch „normalen“ Menschen nicht leicht. Jemand, dessen Selbstbewusstsein sich schon früher nicht gut entfalten konnte, wird erst recht Probleme haben, über seine „nicht normalen“ Schwächen zu sprechen: Wieder einmal könnte man „nicht-ernst-genommen-werden“! So hielt sich anfänglich Kurt auch eher mit seinen Berichten zurück.

Von einer doppelten Tragödie der älteren Traumatisierten kann man dann ausgehen, wenn diese über einen längeren Zeitraum nur eine latente PTBS hatten: Sie konnten ihre tiefsten Ängste seinerzeit hinter einer unauffälligen Fassade ganz gut kaschieren. Dann aber, wenn ihre geistig-seelischen Kräfte im Alter nachließen und positiv stimulierende Impulse immer seltener auftraten, konnten die nun unerwarteten nächtlichen Verfolgungs- und Demütigungsszenen zu Depressionen führen: ein quälender Kreislauf, der sich selbst verstärkte. So war es auch bei Kurt, der aber zum Glück den Mut und die Kraft hatte, seine diesbezügliche Scheu zu überwinden und sich uns anzuvertrauen. Während unser eigentliches Anliegen zu diesem Buchbeitrag dem Ziel galt, Verständnis zu wecken für die besondere Situation der älteren Menschen, die mit einer unerkannten PTBS leben müssen, kam bei unseren Gesprächen mit Kurt noch etwas anderes heraus: Sein Mitteilungsvermögen im Sinne eines gegenseitigen Teil-Habens: Das war für Kurt eine spürbare Entlastung, für uns war es ein lehrreiches Beispiel, dass es nicht immer einer Therapie bedarf, sondern bei gegenseitigem Vertrauen auch mit Brief-, Telefon- oder Faxkontakten zu deutlichen Besserungen kommen kann.

Kurts Anliegen galt immer und vor allem dem Ziel, „der Jugend zu helfen, damit so was nicht wieder passieren kann: Man könnte vielleicht mit Diskussionen und Aufklärung schon vorbeugen.“ Kurt verließ in letzter Zeit immer mehr die Perspektive des „hilflosen“ Opfers, er ist auf dem Weg zu einem kompetenten, durch Leid erfahrenen,

oft auch humorvollen Zeitzeugen, dessen Erinnerungen einen Beitrag für eine bessere Vergangenheits-Bewältigung und neue Zukunftsperspektiven leisten könnten.

ANMERKUNGEN

- 1 Im deutschen Volkslied-Archiv Freiburg/Br. befindet sich eine Abschrift davon. Es existierte aber schon als Soldatenlied im Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71. Das war damals gegen die Franzosen gerichtet und ohne antisemitischen Anteil, der erst durch die Nazis hinzukam. Am Ende jeder Strophe gab es dann noch einen Refrain: „Soldaten, Kameraden, hängt die Juden, stellt die Bonzen an die Wand“!
- 2 Königlich Dänisches Ministerium des Äusseren u. das Museum d. Dänischen Widerstandes 1940–1945 „Oktober 1943. Die dänischen Juden – Rettung vor der Vernichtung“ (1993).
- 3 Sachse, U. (Hrsg.): Traumazentrierte Psychotherapie. Theorie, Klinik, Praxis, Stuttgart, New York 2004.
- 4 Fiedler, P.: Dissoziative Störungen u. Konversion. Trauma u. Traumabehandlung, Weinheim 2001.



HANNE POHLMANN

DIE BRÜDER MORDECHAI (HERBERT), HANS UND KURT GUMPEL. BIOGRAFISCHE ÜBERSICHTEN

MORDECHAI (HERBERT) GUMPEL

1912, 14. Februar: Geburt in Lemgo.

1918 – 1926: Besuch der Volksschule und des Gymnasiums in Lemgo.

1926: Beginn einer kaufmännischen Lehre in Rinteln, danach Versorgung der ländlichen Kunden mit Waren des elterlichen Weißwarengeschäfts.

1935: Aufnahme in das „Studio für bildende Kunst“ unter Leitung des jüdischen Malers Hermann Lismann (1878–1943) in Frankfurt/M. Entbehrungsreiche Jahre trotz eines Stipendiums der Rothschild-Stiftung.

Kontakt zu einer Gruppe der Hechaluz-Bewegung um Bertl Grass.

1936: Zusammen mit der Hechaluz-Gruppe Wechsel in das Landwerk Neuendorf („Lehrbetrieb für Landwirtschaft und Gartenbau der Jüdischen Arbeitshilfe e.V. Berlin“)

1937: Ausreise mit der Gruppe als Landbaulehrling nach Dänemark, dort Arbeit auf verschiedenen Bauernhöfen.

1938: Ende der Hachschara-Zeit in Dänemark, Auswanderung im Rahmen der Jugend-Alija nach Palästina.

1938 – 1949: Aufenthalt zunächst im Kibbuz Sde Nachum, Arbeit in der Landwirtschaft; wenig Möglichkeiten für künstlerische Tätigkeiten. Erst mit Hilfe der Kunstsammlung und der Bibliothek des Kibbuz Ein Harod Fortsetzung der privaten Studien. Zunehmende Beteiligung an kulturellen Aktivitäten im Kibbuz.

Seit 1945 Studium bei dem Bildhauer Yitzak Danziger.

Erste Heirat und Geburt der Tochter Anat.

1949: Nach Verlassen des Kibbutz Aufnahme künstlerischer und kunstpädagogischer Tätigkeiten.

50er/60er Jahre: Aufträge für zahlreiche Wandplastiken und Mosaike in und an öffentlichen Gebäuden, u.a. in Haifa, Jerusalem, Tiberias, auch in London und Paris.

Beteiligung an zahlreichen Ausstellungen, u.a. in Jerusalem und Florenz.

Nach Scheidung der ersten Ehe Heirat mit Vered, einer Mitarbeiterin der Gedenkstätte Yad Vashem.

70er Jahre: Rückzug aus dem öffentlichen Leben, Konzentration auf Lehrtätigkeit und Suche nach neuen Ausdrucksformen (Aquarelle, Collagen, Mischtechniken).

80er Jahre: Rückkehr in die Öffentlichkeit mit zahlreichen Ausstellungen.

Ende der 80er Jahre: Reise in die Bundesrepublik Deutschland und Besuch seiner Geburtsstadt Lemgo.

1988/89: Ausstellung im Gustav-Lübcke-Museum Hamm (Fünfzig Jahre danach. Sechs israelische Künstler) und im neu eröffneten Atelierhaus Echternstraße 70 (Frenkel-Haus) in Lemgo.

1992: Weitere Ausstellungen in Lemgo 1992 und 1998.

1993: Ausstellung im Museum of Modern Art Haifa.

1998: Tod der künstlerisch begabten Tochter Anat.

2002 – 2005: „Mosaic of Dreams“ – Ausstellung des Museum of Art Ein Harod und des Städtischen Museums Lemgo unter Schirmherrschaft der Israelischen Botschaft Berlin.

Artists House Jerusalem, Städtische Galerie Eichenmüllerhaus Lemgo, Museum Synagoge Gröbzig, Stadtbücherei Sankt Augustin, Museum of Art Ein Harod
Arbeitet seitdem, mittlerweile 94-jährig, von kürzeren Krankheiten unterbrochen, in seinem Atelier in Mevasseret Zion bei Jerusalem und realisiert viele Pläne.

Mordechai Gumpel in seinem Haus,
Mevasseret Zion/Israel, 1995.



Mordechai Gumpel

Mosaic of Dreams



Ausstellung vom 02.02. – 02.03.2003
Eröffnung am Sonntag, 2. Februar 2003, 11.30 Uhr
Städtische Galerie Eichenmüllerhaus
Braker Mitte 39 | Lemgo-Brake
donnerstags – sonntags 10 – 18 Uhr

**MORDECHAI
GUMPEL**

Ausstellung des Museum of Art Ein Harod und des Artists House Jerusalem (Israel) in Zusammenarbeit mit dem Städtischen Museum Lemgo unter der Schirmherrschaft der Botschaft des Staates Israel



Plakat der Ausstellung „Mosaic of Dreams“, Museum of Art Ein Harod/ Israel und Städtisches Museum Lemgo, 2002/03.

HANS GUMPEL (1914 – 1987) UND SEINE FAMILIE

1914, 20. Mai: Geburt der Zwillinge Hans und Grete Gumpel in Lemgo.

(Die Schwester stirbt im Säuglingsalter.)

1920–1930: Volksschule und Gymnasium in Lemgo.

1930: Ab April kaufmännische Lehre in Büren, dort auch bis März 1936 kaufmännische Tätigkeit.

1936, April: Vorbereitung für Palästina in einer Hechaluz-Gruppe in Frankfurt a. M.

1937, Juli – November: Aufenthalt im Landwerk Neuendorf.

November: Ausreise nach Verringe, Knoverborg in Dänemark, Arbeit auf einem Bauernhof. Auch in Dänemark hat er die Aufgabe, die Verbindung zwischen gleichaltrigen und jüngeren Hechaluzzim aufrecht zu erhalten.

1939: Arbeit auf einem Bauernhof in Tikøb auf Seeland.

1940: Besuch der Landwirtschaftsschule in Lyngby auf Seeland. Hier trifft er zum erstenmal seine spätere Frau Hansi (Friederike Johanna Molkner, geb. 1917 in Wien, 1933 nach Leipzig umgezogen, 1939 nach Dänemark emigriert).

1941: Beginn des Studiums an der Königlichen Veterinär- und Landwirtschaftshochschule in Kopenhagen.

1943, Oktober: Flucht, zusammen mit seinem Bruder Kurt, nach Uppsala/Schweden. Hansi Molkner hat keine Möglichkeit zu fliehen; sie verbringt die Zeit bis Kriegsende versteckt auf Fünen.

1945, Juni: Rückkehr nach Kopenhagen und Wiederaufnahme des Studiums.

1946: Studienabschluss als Diplom-Landwirt. Arbeit in der Folgezeit als Forscher in der Muus's Feeding Company in Odense/Fünen.

1947, 29. Juni: Heirat mit Hansi.

1948, 25. Mai: Geburt von Bjarne in Odense. Übernahme der Leitung eines agrarwissenschaftlichen Forschungsinstituts (Blangstedgard) in Odense.

1951: Umzug nach Kopenhagen. Beginn der Lehrtätigkeit als Biochemiker an der DTU (Danish Technical University) in Lyngby. Hansi erhält eine „Wiedergutmachungszahlung“.

1954, 23. November: Geburt von Bent. Umzug in eine größere Wohnung.

1962: Kauf eines Hauses im Kopenhagener Vorort Örhølm bei Lyngby.

Bis 1971: Forschung und Lehrtätigkeit im Bereich Biochemie.

1987, 20. Oktober: Gestorben an einem Krebsleiden.

1996, 29. November: Tod seiner Frau an einem Krebsleiden.

KINDER UND ENKEL:

Bjarne Gustav Gumpel, geb. 25. Mai 1948: Studium der Sozialwissenschaften und Geografie an der Universität in Kopenhagen. Gegenwärtig Lehrer an einer Schule in Kopenhagen.

Bent Gumpel, geb. 23. November 1954: Nach Studium (1973) Aufenthalt in einem Kibbuz in Israel (1974), England (1975/76), Irland (1976/77), Italien (1978–80), seit 1980 Geschäftsführer eines größeren Sportartikelgeschäfts.

Sohn: Fredrik Gumpel (geb. 3. März 1983), seit 2002 Student der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Kopenhagen, daneben Vertragsfußballspieler.



Abb. oben:
Hans Gumpel mit
seiner Familie.
Abb. rechts:
Hans Gumpel,
1970/1980er Jahre.



KURT GUMPEL

1922, 28. März: Geburt in Lemgo.

1928 – 1935: Besuch der Volksschule in Lemgo.

1936: Dreimonatiger Aufenthalt bei Verwandten mütterlicherseits in Konstadt/Oberschlesien.

1937, Febr. – 1939, Juni: Ausbildung zum Gartenbaulehrling im Landwerk Neuendorf.

1939, 29. Juni: Auswanderung nach Dänemark; dort mehrere Jahre lang schwere körperliche Arbeit auf verschiedenen Bauernhöfen.

1943, 3. Oktober: Flucht nach Schweden, zusammen mit seinem Bruder Hans.

1945, 31. Mai: Rückkehr nach Dänemark, danach mehrere Jahre von Gelegenheitsarbeit lebend, da schwere körperliche Arbeit aus Gesundheitsrücksichten nicht mehr möglich ist.

1949/50: Längerer Aufenthalt in Israel bei seinem Bruder Mordechai (Herbert)

1952: Nach Rückkehr nach Dänemark Antritt einer Stelle als Laboratoriumsmitarbeiter.

Heirat mit Grethe Pedersen.

1984: Ausscheiden aus dem Arbeitsleben aus gesundheitlichen Gründen. Umzug in eine Wohnung in Malaga/Spanien.

1985: Plötzlicher Tod seiner Frau Grethe.

Einige Jahre später Bekanntschaft mit der Belgierin Jeanneke Clemens-Vanderlooy in Spanien. Beide, verwitwet, beschließen gemeinsamen Lebensweg, leben jahrelang abwechselnd in Belgien und Spanien, heute ausschließlich in Belgien.

2000/2001: Nach mehreren Besuchen in seiner Geburtsstadt Lemgo Entschluss zur Übergabe persönlicher Dokumente, Briefe und Fotos an das Städtische Museum - Lemgo.

Hans und Kurt Gumpel,
1962/63.





Hans und Kurt Gumpel bei einer befreundeten Familie in Dänemark, die bei der Flucht nach Schweden geholfen hat, 1950er Jahre

AUTORINNEN UND AUTOREN

Edda Klessmann, Dr. med., geb. 1925, Fachärztin für Kinderheilkunde und Psychotherapie, Leiterin von psychotherapeutischen Beratungsstellen in Hamburg und Lemgo; Publikationen u.a.: Heiliges Fasten – Heilloses Fressen. Die Angst der Magersüchtigen vor dem Mittelmaß, Bern u.a. 1988 (zus. mit Horst-Alfred Klessmann); Wenn Eltern Kinder werden und doch die Eltern bleiben. Die Doppelbotschaft der Altersdemenz, Bern u.a. 1990; Wo die Seele wohnt. Das imaginäre Haus als Spiegel menschlicher Erfahrungen und Entwicklungen, Bern u.a. 1998 (zus. mit Hannelore Eibach); Herausgeberin der deutschen Ausgabe des Buches: Susanne Carolusson, „Da drin ist noch jemand!“ Tobias' Leben nach schwerem Schädel-Hirn-Trauma, Bern u.a. 2003.

Horst-Alfred Klessmann, Dr. med., geb. 1924, Facharzt für Innere Medizin und Psychotherapie; von 1962 bis 1992 niedergelassener Internist und Psychotherapeut in Lemgo; Mitautor des Buches: Heiliges Fasten – Heilloses Fressen, Bern u.a. 1988.

Andreas Lange, geb. 1964, seit 1992 Pfarrer der St. Nicolai-Gemeinde Lemgo und seit 2005 Lutherischer Superintendent der Lippischen Landeskirche; seit 1992 Autor und Sprecher von Morgenandachten und Gottesdiensten in WDR, Radio Lippe, ARD und Deutschlandfunk; regelmäßige Mitarbeit in der Zeitschrift „Werkstatt für Liturgie und Predigt“; Veröffentlichungen in verschiedenen Sammelbänden; Herausgabe von: Gisela Wilbertz, „... es ist kein Erretter da gewesen. Pfarrer Andreas Koch, als Hexenmeister hingerichtet am 2. Juni 1666“, Lemgo 1999 und Burkhard Meier, Unserer lieben Tante Prinzeß. Aus der Geschichte evangelischer Kindergärten in Lemgo, Lemgo 2005. Seit 1996 verantwortlich für Jugendkreis NicoTeens (www.nicoteens.de).

Hanne Pohlmann, geb. 1939, Gymnasiallehrerin i.R., zahlreiche Schulprojekte mit Schülerinnen und Schülern zur Zeitgeschichte und zur jüdischen Geschichte in Lemgo; Veröffentlichungen zur Geschichte der Juden in Lemgo, Schwerpunkt NS-Zeit, u.a.: Kontinuität und Bruch. Nationalsozialismus und die Kleinstadt Lemgo, Lemgo 1990 (zus. mit Klaus Pohlmann); Die jüdische Familie Katz. Erinnerungsarbeit in Lemgo, Lemgo 1991 (Hrsg. zus. mit Jürgen Scheffler); Die Kabakers. Rekonstruktion einer Familienbiografie, Detmold 1999 (Zus. mit Jochen Bode).

Klaus Pohlmann, geb. 1939, Gymnasiallehrer und Fachleiter für das Fach Politik/Sozialwissenschaften am Studienseminar Detmold, seit 2003 im Ruhestand; zahlreiche Publikationen zur Geschichte der Juden in Lippe in der Frühen Neuzeit und im 19. Jahrhundert, u.a.: Vom Schutzjuden zum Staatsbürger jüdischen Glaubens. Quellensammlung zur Geschichte der Juden in einem deutschen Kleinstaat (1650–1900), Lemgo 1990; Juden in Lippe in Mittelalter und Früher Neuzeit (1350–1614), Detmold 1995; Juden im Kleinstaat Lippe. Die Anfänge der Emanzipation (1780–1820), in: Aschkenas. Zeitschrift für Geschichte und Kultur der Juden, 6. Jg., 1996, H. 2, S. 455-496.

Jürgen Scheffler, geb. 1954, Leiter des Städtischen Museums Lemgo (mit den Museen Hexenbürgermeisterhaus, Junkerhaus und der Dokumentations- und Begegnungsstätte Frenkel-Haus); zahlreiche Publikationen zur Stadt- und Regionalgeschichte, zur Museumskunde und zur jüdischen Geschichte in der Region, u.a.: Juden in Lemgo und Lippe. Kleinstadtleben zwischen Emanzipation und Deportation, Bielefeld 1988 (Redaktion zusammen mit Herbert Stöwer); „Juden betreten diese Ortschaft auf eigene Gefahr“. Jüdischer Alltag auf dem Lande in der NS-Zeit: Lippe 1933–1945, in: Stefan Baumeier/Heinrich Stiewe (Hrsg.): Die vergessenen Nachbarn. Juden auf dem Lande im östlichen Westfalen, Bielefeld 2006; Vergangenheitsbewältigung in der Provinz: Der Holocaust und die Erinnerungskultur in Lippe nach 1945, in: Sabine Klocke-Daffa (Hrsg.): Tabu – Verdrängte Probleme und erlittene Wirklichkeit. Themen aus der lippischen Sozialgeschichte, Lemgo 2006.

ABBILDUNGSNACHWEIS

Andreas Lange:
Seite 26, 28, 33

Stadtarchiv Lemgo:
Seiten 38, 39, 42 unten, 67

Städtisches Museum Lemgo:
alle anderen Abbildungen

PANU DERECH – BEREITET DEN WEG

Schriftenreihe der Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Lippe e.V.

- Bd. 1:** Gertrud Wagner und Micheline Prüter-Müller (Hrsg.): Schwierige Erinnerung – neue Begegnung. Dokumentation der Besuchswochen ehemaliger jüdischer Bürger in Lemgo und Detmold 1988 und 1989, Detmold 1989
- Bd. 2:** Martin Filitz, Gesetz und Tora bei Paulus, Vortrag, Detmold 1990
- Bd. 3:** Hans Abraham, Von Berlin nach Haifa. Autobiographische Aufzeichnungen, Detmold 1991
- Bd. 4:** Hanne Pohlmann und Jürgen Scheffler (Hrsg.): Die jüdische Familie Katz. Erinnerungsarbeit in Lemgo, Detmold 1991
- Bd. 5:** Martin Filitz, Israel und wir Christen nach dem Golfkrieg, Detmold 1991
- Bd. 6:** Erika und Martin Böttcher (Hrsg.): Ein Denkmal in Bartrup, Detmold 1992
- Bd. 7:** Wolfgang Müller, Gartenstraße 6. Zur Geschichte eines Detmolder „Judenhauses“ und seiner Bewohner, 2. Auflage, Detmold 2001
- Bd. 8:** Klaus Pohlmann, Die Verbreitung der Handwerke unter den Juden. Zur Geschichte der jüdischen Handwerker in Lippe im 18. und 19. Jahrhundert, Detmold 1993
- Bd. 9:** Hans Liedtke, Zur Geschichte der Juden in Schwalenberg, Detmold 1993
- Bd. 10:** Lebenswege – Lippische Juden in Israel. Bilder und Berichte. Fotos: Hermine Oberück. Texte: Ingrid und Karl Heinz Schäfer, Karola Scharfenberg, Detmold 1993
- Bd. 11:** Peter Wagner, Wir werden frei sein. Leopold Zunz, Detmold 1994
- Bd. 12:** Martin Hankemeier, Zur Geschichte der Juden in Lage, Detmold 2003
- Bd. 13:** Klaus Pohlmann, Juden in Lippe in Mittelalter und früher Neuzeit – Zwischen Pogrom und Vertreibung 1350–1614, Detmold 1995
- Bd. 14:** Peter Wagner, „Lobt ihr Völker den Herrn“. Jüdische Wurzeln des christlichen Gottesdienstes, Detmold 1997
- Bd. 15:** Klaus Pohlmann, Der jüdische Hoffaktor Samuel Goldschmidt aus Frankfurt und seine Familie in Lemgo 1670–1750, Detmold 1998
- Bd. 16:** Franz Meyer u.a., Jüdisches Leben in Bad Salzuflen und Schötmar 1918–1945, Detmold 1998
- Bd. 17:** Hanne Pohlmann u. Jochen Bode, Die Kabakers – Rekonstruktion einer Familienbiografie. Rebuilding a shattered life, Detmold 1999
- Bd. 18:** Hugo Rosenthal/Josef Jashuvi, Lebenserinnerungen, Hrsg.: Micheline Prüter-Müller und Peter Wilhelm A. Schmidt, Bielefeld 2000
- Bd. 19:** Gudrun Mitschke-Buchholz, Gedenkbuch für die Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in Detmold, Bielefeld 2001
- Bd. 20:** Ruth und Benjamin Margalith, Zerbrochene Kindheit. Lebenserinnerungen, Hrsg.: Micheline Prüter-Müller und Gertrud Wagner, Detmold 2001
- Bd. 21:** Gudrun Mitschke-Buchholz, Auf jüdischen Spuren. Zwei Stadtrundgänge durch Detmold, Detmold 2001
- Bd. 22:** Bruno Katz (Bruno J. Keith), Mein Kampf ums Überleben in einer Welt von Vorurteilen als Teil der Geschichte Bartrup, Hrsg.: Erika und Martin Böttcher, Detmold 2002
- Bd. 23:** Uta Halle, Zur Geschichte der Lippischen Thonwarenfabrik in Dörentrup, Detmold 2005

AUF DEN SPUREN



PANU DERECH – Bereitet den Weg
Schriften der Gesellschaft
für Christlich-Jüdische
Zusammenarbeit in Lippe
Band 24

ISSN: 0944-2626
ISBN-10:3-89534-634-9
ISBN-13:978-3-89534-634-7